

RheinlandPfalz



Statistisches Landesamt

Statistische Monatshefte

1982

Januar
Februar
März
April
Mai
Juni
Juli
August
September
Oktober
November
Dezember

INHALT

Volkszählung 1983

- 123 Mit Stichtag 27. April 1983 wird eine Volks- und Berufszählung, eine Wohnungszählung mit gebäudestatistischen Feststellungen sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen durchgeführt.
-

Geburtsgewicht und Körperlänge von Neugeborenen

- 128 Geburtsgewicht und Körperlänge Neugeborener weisen Zusammenhänge mit dem Alter der Mutter, der Kinderzahl einer Ehe und der Säuglingssterblichkeit auf.
-

Analyse und Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung

- 131 Prognosen der natürlichen Bevölkerungsbewegung liefern durch Ausschaltung des schwer vorausschätzbaren Entwicklung von Wanderungsbewegungen vor allem für größere Räume relativ gesicherte Aussagen über die künftige Bevölkerungsstruktur.
-

Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk 1971 bis 1981

- 139 Im rheinland-pfälzischen Handwerk haben sich die durchschnittlichen Bruttostunden verdienste von 1971 bis 1981 verdoppelt.
-

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1970 bis 1980

- 143 Zwischen Ertragsentwicklung und Investitionstätigkeit der Unternehmen besteht ein enger Zusammenhang. Aus diesem Grunde stellen die Ergebnisse über die Investitionen im verarbeitenden Gewerbe einen Indikator für die konjunkturelle Entwicklung dar.
-

Anhang

- 41* Zahlenpiegel von Rheinland-Pfalz
47* Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes
-

Volkszählung 1983 mit gekürztem Programm

Die bereits für 1981 geplante Volkszählung ist nun für den 27. April 1983 angeordnet worden. Das Gesetz über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1983) begrenzt allerdings den Umfang des Zensus gegenüber dem ursprünglichen Vorhaben. Insbesondere aus finanziellen Gründen wurde das 81er Programm um die Erfassung der Grundstücke sowie derjenigen Bauwerke und Gebäude, die keine Wohnungen enthalten, gekürzt und hinsichtlich der Zahl der Fragen zu den Gebäuden mit Wohnungen stark reduziert. Durchgeführt werden von dem ursprünglichen Konzept die Volks- und Berufszählung, die Wohnungszählung mit gebäudestatistischen Feststellungen und die Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen. ku

Mehr über dieses Thema auf Seite 123

Längerfristig nur geringe Bevölkerungsabnahme

Nach einer Prognose des Statistischen Landesamtes wird auf Basis der Bevölkerung vom 31. 12. 1980 die Anzahl der Geborenen von 1980 (37 253) bis 1989 (43 558) um fast 17% zunehmen, bis 1995 aber wieder zurückgehen (38 504). Die Zahl der Sterbefälle steigt von 1980 bis 1992 um ca. 11% (von 43 576 auf 48 439) und nimmt in den dann folgenden Jahren wieder etwas ab. Damit liegt die Anzahl der Gestorbenen in jedem Prognosejahr über der Anzahl der Geborenen. Die Bevölkerung von Rheinland-Pfalz wird daher bis 1995 um 2,7% gegenüber 1980 abnehmen. Sie umfaßt dann ca. 3 545 000 Personen. Bei dieser Prognose sind Wanderungsbewegungen nicht berücksichtigt. ic

Mehr über dieses Thema auf Seite 131

Untergewichtige Säuglinge bei alleinstehenden Müttern häufiger

Aus den Angaben über das Geburtsgewicht und die Körpergröße von Neugeborenen errechnete sich für die rund 37 400 Lebendgeborenen des Jahres 1981 in Rheinland-Pfalz eine durchschnittliche Körperlänge von 52 cm und ein Durchschnittsgewicht von fast 3 340 Gramm. Während Jungen nur unwesentlich größer waren als Mädchen, wogen männliche Säuglinge 130 Gramm mehr als weibliche.

Deutliche Unterschiede in Gewicht und Größe waren zwischen ehelich und nichtehelich geborenen Kindern festzustellen. Kinder aus vollständigen Ehen wogen nur in 5,2% der Fälle weniger als 2 500 Gramm, im Vergleich zu etwa jedem zehnten Kind einer alleinstehenden Mutter. Eine Körperlänge von weniger als 50 cm hatten bei der Geburt über 26% der nichtehelichen, aber nur knapp 18% der ehelichen Säuglinge. Für die unterdurchschnittliche Entwicklung von Kindern

alleinstehender Mütter spielte neben der besonderen Lebenssituation dieser Frauen auch ihr niedrigeres Alter eine wichtige Rolle. Im Jahre 1981 waren fast 30% der alleinstehenden Mütter noch keine 20 Jahre alt. Von den verheirateten Müttern entfielen nicht ganz 5% auf diese Altersgruppe. Gegenüber 1975 war ein Anstieg der nichtehelich geborenen Kinder um über 24% festzustellen, während gleichzeitig der Anteil der ganz jungen Frauen an den alleinstehenden Müttern zurückging. Dieser rückläufige Anteil war sicherlich einer der Gründe dafür, daß es 1981 prozentual weniger untergewichtige nichteheliche Kinder gab als 1975. ko

Mehr über dieses Thema auf Seite 128

Weniger legale Schwangerschaftsabbrüche in Rheinland-Pfalz

Im Jahre 1981 wurden in Rheinland-Pfalz 1 243 legale Schwangerschaftsabbrüche gemeldet. Gegenüber 1980 ist die Zahl der gemeldeten Abbrüche um 58 Fälle (4,5%) gesunken. Während in Rheinland-Pfalz die Zahl der Schwangerschaftsabbrüche 1981, bezogen auf 10 000 Geborene, 330 betrug, war sie im Bundesdurchschnitt mit 1 402 Abbrüchen auf 10 000 Geborene mehr als viermal so hoch.

Die meisten Eingriffe, nämlich fast zwei Drittel (64,6%), wurden wegen einer sonstigen schweren Notlage vorgenommen. In 23,6% der Fälle lag eine allgemein-medizinische, in 6,4% eine psychiatrische und in 3,8% eine eugenische Indikation vor.

Rund 45% der Schwangerschaftsabbrüche entfielen auf die Altersgruppe der 18- bis unter 30jährigen und fast ein Drittel (31%) auf die Altersgruppe der 30- bis unter 40jährigen Frauen. 13% der Frauen waren unter 18 Jahre alt und 11% waren 40 Jahre und älter. Verheiratet waren mehr als die Hälfte der Frauen (58,7%), ein Drittel ledig, 6,5% geschieden und 0,6% verwitwet. Bei rund einem Drittel der Frauen erfolgte der Abbruch bei der ersten Schwangerschaft.

Von den gemeldeten legalen Schwangerschaftsabbrüchen wurden 95,7% in Krankenhäusern und 4,3% in einer gynäkologischen Praxis durchgeführt. 98% der Abbrüche verliefen ohne Komplikationen. lh

Studienneigung der Abiturienten nimmt wieder zu

Das Interesse rheinland-pfälzischer Schüler an einem Studium hat wieder zugenommen: Von 14 346 im Februar 1982 befragten Abiturienten und Schülern in den Abschlußklassen der Fachoberschulen hatten 77% (10 973) die Absicht, zu studieren.

Nachdem im Jahre 1972 die Studienneigung bei 90% gelegen hatte, war sie in den Folgejahren immer weiter zurückgegangen. 1980 wollten schließlich nur noch

kurz + aktuell

68% der Abiturienten und Schüler der Abschlußklassen an Fachoberschulen studieren. Im vergangenen Jahr setzte hier eine Trendwende ein, als 72% der Befragten sich für ein Studium entschieden. Dieser Trend hat sich nun weiter fortgesetzt.

Mit der zunehmenden Studienneigung ging gleichzeitig die Unentschlossenheit der Befragten zurück. Nur noch 11% der Schüler (1980: 21%) wußten zum Zeitpunkt der Befragung nicht, ob sie nach dem erreichten Schulabschluß studieren wollten oder nicht. Nochmals etwas angestiegen ist die Zahl (1 754) und der Anteil (12%) derer, die im Februar angaben, nicht studieren zu wollen. 1980 waren noch 1 200 Schüler (11%) ohne Studienabsicht.

Nach wie vor liegt die Studienneigung der Mädchen niedriger als die der Jungen. Nur sieben von zehn Mädchen wollten studieren (Jungen: acht von zehn). Ohne Studienabsicht war jedes fünfte Mädchen, aber nur jeder 15. Junge, während die Unentschlossenheit bei den Mädchen (12%) nur unwesentlich höher war als bei den Jungen. ke

Weiterer Rückgang der Zahl der Lehramtsanwärter

Die Zahl der Lehramtsanwärter ist weiterhin rückläufig: Im März 1982 wurden an den 23 Studienseminares des Landes 1 865 Anwärter auf ein Lehramt vorbereitet, ein Jahr zuvor waren es noch rund 2 140.

Die meisten Studienreferendare, insgesamt 730, wurden an den sechs Studienseminares für das Lehramt an Gymnasien ausgebildet, 388 an den fünf Studienseminares für das Lehramt an berufsbildenden Schulen. Die sechs Studienseminares für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen besuchten im März 365 Anwärter, während sich an vier Seminaren 239 Anwärter auf das Lehramt an Realschulen und 143 (2 Seminare) auf das Lehramt an Sonderschulen vorbereiteten. Aufgrund der Zahlen über die Lehramtsanwärter im Vorbereitungsdienst können allerdings keine Rückschlüsse auf Beschäftigungs- und Übernahmемöglichkeiten in den Schuldienst gezogen werden. ke

Geringe Produktionssteigerung im April

Die Produktion der Industrie in Rheinland-Pfalz verzeichnete im April 1982 gegenüber März eine Zunahme um 1,7%, im Vergleich zum April 1981 jedoch einen Rückgang um 3%. Deutlich mehr Güter als im Vormonat produzierten die Elektrotechnik (+ 31%), die Feinmechanik, Optik und Herstellung von Uhren (+ 19%) sowie der Steine- und Erden-Bereich (+ 17%). Im Ernährungsgewerbe (— 14%) und der Textilindustrie (— 13%) lagen die Ausstoßziffern beträchtlich unter dem Vormonatsergebnis.

Im ersten Jahresspiel blieb die Erzeugung der Industrie um 2,3% unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraumes. fn

Bruttostundenverdienste der Handwerker von 1971 bis 1981 verdoppelt

In Rheinland-Pfalz erhöhten sich die Bruttostundenverdienste aller männlichen Handwerker in neun statistisch erfaßten Handwerkszweigen von 6,68 DM im November 1971 auf 13,37 DM im November 1981. Innerhalb von zehn Jahren haben sich damit die Stundenverdienste verdoppelt. Auf überdurchschnittliche Stundenlöhne kamen die Vollgesellen, die im November 1981 rund 14 DM verdienten. Unter dem Durchschnitt blieben die Junggesellen mit 10,86 DM und die übrigen Arbeiter mit 11,93 DM.

Die Bruttowochenlöhne stiegen im untersuchten Zeitraum von 1971 bis 1981 infolge der um 2,4 Stunden auf 41,4 Stunden verringerten bezahlten Arbeitszeit weniger stark. Alle männlichen Handwerker kamen im November 1981 auf 554 DM, Vollgesellen auf 578 DM, Junggesellen auf 450 DM und die übrigen Arbeiter auf 503 DM. Der für alle männlichen Handwerker im November 1981 ermittelte Bruttowochenverdienst entsprach einem hochgerechneten Bruttomonatsverdienst von rd. 2 330 DM.

Die höchsten Stundenlöhne konnten bei den Malern und Lackierern mit 14,02 DM sowie bei den Zentralheizungs- und Lüftungsbauern (13,96 DM) festgestellt werden. Am niedrigsten lagen sie bei den Kraftfahrzeugmechanikern (12,82 DM) und den Bäckern (12,74 DM). wr

Mehr über dieses Thema auf Seite 139

Hohe Investitionen in der Chemie und im Straßenfahrzeugbau

Von den rund 2 800 rheinland-pfälzischen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten wurden im Jahre 1980 insgesamt 3,5 Mrd. DM investiert. Das sind 18% mehr als im Vorjahr oder fast 5% des Umsatzes. Das höchste Investitionsvolumen brachte mit über 1 Mrd. DM die Chemie und die Mineralölverarbeitung sowie mit 682 Mill. DM der Straßenfahrzeugbau einschließlich Kraftfahrzeugreparatur auf. Die hohe Wachstumsrate der Investitionen, die weit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre liegt, geht maßgeblich auf die Kraftfahrzeugindustrie (+ 85%) - und hier insbesondere auf die Kapazitätsverweiterung eines großen Automobilunternehmens - zurück. Aber auch außerhalb des Straßenfahrzeugbaus sind die Investitionen in Industrie und Handwerk mit + 8% erheblich angestiegen.

Während nach dem Hochkonjunkturjahr 1970 die Ausgaben für Anlagegüter bis Mitte der 70er Jahre fast stetig zurückgegangen waren, trat ab 1976 ein deutlicher Umschwung ein, der in den folgenden Jahren durchweg positive Entwicklungen brachte. mc

Mehr über dieses Thema auf Seite 143

Volkszählung 1983

Konzept der Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung zum 27. April 1983

Mit der Verkündung des Gesetzes über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung (Volkszählungsgesetz 1983) vom 25. März 1982 (BGBI. I S. 369) hat der ursprünglich schon für 1981 geplante Zensus grünes Licht bekommen. Gegenüber dem Konzept für 1981 ist das Programm insbesondere aus finanziellen Gründen gekürzt worden. Es entfallen die flächendeckende Grundstückserhebung, die Erfassung ausschließlich nicht Wohnzwecken dienender Bauwerke und Gebäude, ein großer Teil der gebäudestatistischen Fragen sowie die Frage nach dem Gesamtumsatz in der Arbeitsstättenzählung¹⁾. Das Programm für die Volkszählung 1983 umfaßt somit die Volks- und Berufszählung, die Wohnungszählung mit gebäudestatistischen Feststellungen sowie die nichtlandwirtschaftliche Arbeitsstättenzählung. Zählungstichtag ist der 27. April 1983.

Volks- und Berufszählung

Demographische Grundmerkmale

Das Erhebungsprogramm der Volks- und Berufszählung gliedert sich in mehrere Merkmalskomplexe. An alle Personen richten sich die klassischen Fragen nach Alter, Geschlecht, Familienstand, Religion, Staatsangehörigkeit, Hauptwohnsitz, Stellung zum Erwerbsleben und nach den Quellen des überwiegenden Lebensunterhalts (Erwerbs-/Berufstätigkeit, Arbeitslosengeld/-hilfe, Rente/Pension, Unterhalt durch Angehörige, Einkünfte aus Vermögen, soziale Mittel); Personen, die in Anstalten wohnen, werden außerdem danach gefragt, ob sie zum Personal gehören oder Insasse sind. Diese demographischen Grundmerkmale dienen - teils unmittelbar, teils in Kombination untereinander oder mit weiteren Erhebungstatbeständen - vielfältigen Zwecken, angefangen von ihrer Basisfunktion für die Bevölkerungsforschung und -vorausschätzung und als Auswahlgrundlage für Stichproben bis hin zur Berechnung der Stimmenzahl der Länder im Bundesrat, der Größe der Wahlkreise, der Zahl der Sitze in den kommunalen Parlamenten, der Besoldung der Bürgermeister, des Länder- und kommunalen Finanzausgleichs, des Lehrerbedarfs, von Erwerbsquoten, Heirats-, Sterbetafeln und Fruchtbarkeitsziffern.

¹⁾ Vgl. F. Kuch: Volkszählung 1981. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 32, Heft 9, September 1979.
F. Kuch: Keine Volkszählung 1981. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 33, Heft 9, September 1980.

Erwerbs- und Berufstätigkeit

Auf die Darstellung der Erwerbs- und Berufstätigkeit der Bevölkerung zielt der zweite Merkmalsblock mit Fragen an die Erwerbstätigen nach Voll- und Teilzeitbeschäftigung, Stellung im Beruf (Facharbeiter, Arbeiter, Angestellter usw.), Geschäftszweig der Firma, der hier ausgeübten Tätigkeit und nach einer eventuellen weiteren Erwerbstätigkeit. Die Angaben hierüber liefern Unterlagen über Umfang und voraussichtliche Weiterentwicklung des Arbeitskräftepotentials, für Analysen des Arbeitsmarktes und - in Verbindung mit den demographischen und Ausbildungsmerkmalen - über gesellschaftliche Strukturen und Tendenzen. Mit der Streichung der ursprünglich wie 1970 vorgesehnen Frage nach dem Einkommen (Einkommensgruppen) ist zwar ein wichtiges sozioökonomisches Kriterium entfallen, doch durch Aufgliederung der großen Gruppen der Arbeiter (Fach- und sonstige Arbeiter), der Beamten (Laufbahngruppenbildung über die erfragte Amtsbezeichnung) und der Selbstständigen (mit und ohne Beschäftigte) einerseits, der Möglichkeit zur Verknüpfung mit den Angaben über Arbeitszeit, Nebentätigkeit, überwiegenden Lebensunterhalt und Ausbildung andererseits dürfte ein hinreichend feines Raster der sozialen Bevölkerungsschichtung gewonnen werden.

Ausbildungsfragen

Aus den bisherigen Hinweisen ergibt sich bereits die Bedeutung der Ausbildungsfragen, der dritten Merkmalsgruppe. Ausgewertet werden die jeweils höchsten Abschlüsse an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen oder Hochschulen, bei den beiden letztgenannten auch die Hauptfachrichtung, sowie Art und Dauer einer praktischen Berufsausbildung (Lehre usw.). Es werden hieraus Aufschlüsse erwartet über das allgemeine Ausbildungsniveau und die berufliche Qualifikation der Bevölkerung, welche für die Bildungsplanung ebenso bedeutsam sind wie für arbeitsmarktpolitische Fragen nach Kenntnis beispielsweise der qualitativen Zusammensetzung des Arbeitskräftepotentials oder der zu erwartenden Altersabgängen in einzelnen Berufsgruppen.

Pendelwanderung

Der letzte Erhebungskomplex dient einer seit Jahren zunehmend bedeutungsvolleren Erscheinung, näm-

lich der Pendelwanderung der Erwerbstätigen, Auszubildenden, Schüler und Studenten. Wirtschaftliche Ballungsräume und Zentralisierungen im schulischen Bereich auf der einen Seite, der Trend eines großen Teils der Bevölkerung zum Wohnen im Grünen auf der anderen (begünstigt durch die stetig wachsende Mobilität des einzelnen vom Mofa bis zum PKW) bilden den Hintergrund dieser Erscheinung einer modernen Gesellschaft, die auch soziologische und arbeitsphysiologische Probleme zeitigt. Mit den Fragen nach der Arbeits- bzw. Ausbildungsstätte, nach dem hauptsächlich benutzten Verkehrsmittel und dem Zeitaufwand für den Weg zwischen Wohn- und Zielort sollen jedoch nicht nur verkehrsmäßige und wirtschaftliche Verflechtungen aufgezeigt, sondern auch Ansatzpunkte zur Lösung der hiermit zusammenhängenden Probleme gewonnen werden (Entschärfung des Berufsverkehrs, Bau von Fahrradwegen, Planung von Industrieansiedlungen in Gebieten mit schwacher Infrastruktur, Feststellung der Einzugsbereiche von Realschulen und Gymnasien seien als einige von vielen möglichen verkehrs- und regionalplanerischen Beispielen genannt). Für Rheinland-Pfalz ist vorgesehen, neben den Pendlerströmen zwischen den Gemeinden auch solche nach Gemeindeteilen für bestimmte Einpendlerzentren nachzuweisen. Außerdem wird in Zusammenarbeit mit einigen Städten des Landes für diese die innerstädtische Pendelwanderung aufbereitet.

Wohnungszählung mit gebäudestatistischen Feststellungen

Fragen zum Gebäude

Der Katalog der Fragen zum Gebäude ist gegenüber dem 81er Konzept am stärksten gekürzt worden. Übrig geblieben sind für Gebäude, die Wohnzwecken dienen, die Fragen nach Gebäudeart (Wohngebäude, Nichtwohngebäude, bewohnte Unterkunft) und Baujahr, nach öffentlich geförderten Wohnungen (Erster Förderungsweg) sowie nach dem Vorhandensein von Anstalten oder Heimen (Art). Mit diesem Merkmalskatalog wird es möglich sein, Antwort auf die wichtigsten städtebaulichen Fragen auch für kleine räumliche Einheiten zu geben. Von Gebäudeeigentümern, die woanders wohnen, werden die Gebäudeangaben vor dem Stichtag postalisch erfragt.

Wohnungsstatistische Fragen

Das Erhebungsprogramm für den wohnungsstatistischen Teil der Volkszählung 1983 stützt sich im wesentlichen auf die traditionellen Merkmale, die auch auf unterer regionaler Ebene eine Beurteilung von Umfang, Struktur und Veränderung des Wohnungsbestandes sowie seine Fortschreibung in Übereinstimmung mit den Merkmalen der ab 1979 geltenden reformierten Bautätigkeitsstatistik erlauben. Im Zusammenspiel mit den bevölkerungsstatistischen Angaben werden darüber hinaus Aussagen über die quantitative und qualitative Wohnungsversorgung und die Belastung der Mieter sowie einzelner Bevölkerungsgruppen gewonnen. Die Ermittlung leerstehender Wohnungen, nicht ständig bewohnter Freizeitwohnungen und der Wohnungen, die von Angehörigen ausländischer Streitkräfte oder diplomatischer Vertretungen gemietet

sind, dient einer exakteren Einschätzung der Lage auf dem Wohnungsmarkt. Im einzelnen werden für jede Wohnung Fragen gestellt nach Besitzverhältnis (Eigentümer, Haupt-, Untermieter), Einzugsjahr (sechs Jahresgruppen), Ausstattung (Küche, Kochnische, Bad/Dusche, Toilette), Art der Beheizung (Fern-/Block-, Zentral-, Etagenheizung, Einzel- oder Mehrraumöfen) und der verwendeten Wärmequelle (Gas, Heizöl, Strom, Kohle u. ä.; Fernwärme, Solarzellen/Wärmepumpe), Wohnungsfläche, Zahl, Größe und Nutzungsart der Zimmer, Monatsmiete sowie danach, ob die Wohnung von Angehörigen ausländischer Streitkräfte oder Vertretungen gemietet ist, ob sie Telefonanschluß hat, ob sie eine Freizeitwohnung oder eine Wohnung mit besonderen Mietkonditionen (Dienst-, Werkwohnung) ist, ob sie öffentlich gefördert wurde und wie lange - falls ungenutzt - die Wohnung bereits leersteht (vier Zeitgruppen). Es versteht sich von selbst, daß Freizeit- und leerstehende Wohnungen nur ein Teil der Fragen zu beantworten ist.

Arbeitsstättenzählung

Die Arbeitsstättenzählung erstreckt sich auf alle Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft. Ihr Erhebungsprogramm beschränkt sich im großen und ganzen auf Tatbestände, die sich aus ihrem Charakter als Basiszählung und Auswahlgrundlage für nachfolgende, ausnahmslos postalisch abzuwickelnde Erhebungen in bestimmten Bereichen (produzierendes Gewerbe, Handel und Gastgewerbe, Handwerk) ergeben. Zugleich fallen hierbei jedoch Grunddaten für solche Bereiche an, über die keine oder nur lückenhafte Statistiken vorliegen (Dienstleistungsbereich, Organisationen ohne Erwerbscharakter). Zusätzlich zum Standardprogramm von Arbeitsstättenzählungen werden 1983 nur wenige Angaben verlangt, weil ihnen besondere Aktualität zukommt. So die Angaben über Eröffnungsjahr der Arbeitsstätte und Grund der Eröffnung (Neuerrichtung oder Standortverlagerung) für Zwecke der Raumordnung und Regionalplanung sowie über die Handwerkseigenschaft wegen der bis zum Vorliegen der Ergebnisse nicht mehr aktuellen Daten aus der Handwerkszählung 1977. Der aus der Arbeitsstättenzählung 1983 erwartete Überblick über Zahl, Größe und strukturelle Zusammenhänge der Arbeitsstätten, über ihre Beschäftigten und die gezahlten Lohn- und Gehaltssummen in tiefer regionaler Gliederung dient demnach sowohl allgemeinen Zwecken der Landes- und Regionalplanung, der Wirtschaftsstruktur- und Verkehrspolitik als auch der Lösung ganz spezieller Probleme wie - neben den bereits erwähnten - dem der Ausländerbeschäftigung oder des künftigen Ausbaus der Fernmeldenetze bei Einsatz neuer Techniken.

Das Frageprogramm gliedert sich in mehrere Abschnitte, von denen einzelne nur im zutreffenden Fall auszufüllen sind. Erfragt werden sollen außer Name, Bezeichnung und Anschrift der Arbeitsstätte oder des Unternehmens, die für Anschlußerhebungen benötigt werden, folgende Tatbestände: Art der ausgeübten Tätigkeit bzw. des Aufgabengebiets (Branche, Wirtschaftszweig); Träger der Arbeitsstätte (nur bei Anstalten und Einrichtungen von Behörden, der Sozial-

**Gesetz
über eine Volks-, Berufs-, Wohnungs- und Arbeitsstättenzählung
(Volkszählungsgesetz 1983)**

Vom 25. März 1982

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Nach dem Stand vom 27. April 1983 werden eine Volks- und Berufszählung mit gebäude- und wohnungsstatistischen Fragen sowie eine Zählung der nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen (Arbeitsstättenzählung) durchgeführt.

(2) Vorerhebungen bei Gebäuden sind zulässig.

(3) Probeerhebungen zum Fragenprogramm und zur Zählungs- und Aufbereitungsorganisation sowie Wiederholungsbefragungen zur Prüfung der Zuverlässigkeit der Ergebnisse sind zulässig.

§ 2

Die Volks- und Berufszählung erfaßt:

1. Vor- und Familiennamen, Anschrift, Telefonanschluß, Geschlecht, Geburtstag, Familienstand, rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft, Staatsangehörigkeit;
2. Nutzung der Wohnung als alleinige Wohnung, Haupt- oder Nebenwohnung (§ 12 Abs. 2 des Melderechtsrahmengesetzes);
3. Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes;
4. Beteiligung am Erwerbsleben, Eigenschaft als Hausfrau, Schüler, Student;
5. erlernten Beruf und Dauer der praktischen Berufsausbildung, höchsten Schulabschluß an allgemeinbildenden Schulen, höchsten Abschluß an einer berufsbildenden Schule oder Hochschule sowie Hauptfachrichtung des letzten Abschlusses;
6. bei Erwerbstägigen sowie Schülern und Studenten Namen und Anschrift der Arbeits- oder Ausbildungsstätte, hauptsächlich benutztes Verkehrsmittel und Zeitaufwand für den Weg zur Arbeits- oder Ausbildungsstätte;
7. bei Erwerbstägigen Geschäftszweig des Betriebes, Stellung im Beruf, ausgeübte Tätigkeit, Arbeitszeit, landwirtschaftliche und nichtlandwirtschaftliche Nebentätigkeit;
8. im Anstaltsbereich die Eigenschaft als Insasse oder die Zugehörigkeit zum Personal oder zum Kreis der Angehörigen des Personals.

§ 3

(1) Die gebäudestatistischen Fragen erfassen bei Gebäuden mit Wohnraum und bei ständig bewohnten

Unterkünften Anschrift, Art und Baujahr sowie den Eigentümer oder an seiner Stelle den Nießbrauchberechtigten oder denjenigen, der Anspruch auf Übereignung oder auf Einräumung oder Übertragung eines Erbbaurechts oder Nießbrauchs hat.

(2) Die wohnungsstatistischen Fragen erfassen:

1. Art, Größe, Ausstattung und Verwendungszweck, Art der Beheizung und der Heizenergie sowie Bezugsjahr der Wohnung, Wohnverhältnis, Förderung der Wohnung mit Mitteln des sozialen Wohnungsbaus sowie Zahl und Nutzung der Räume;
2. bei vermieteten Wohnungen außerdem die Höhe der monatlichen Miete;
3. bei leerstehenden Wohnungen außerdem die Dauer des Leerstehens.

§ 4

Die Arbeitsstättenzählung erfaßt:

1. bei allen nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsstätten und Unternehmen
 - a) Namen, Bezeichnung, Anschrift, Telefonanschluß und Zahl der Sprechstellen, Art der Niederlassung, Art der ausgeübten Tätigkeit oder Art des Aufgabengebietes der Arbeitsstätte und des Unternehmens, Eröffnungsjahr, Angaben über Neuerrichtung oder Standortverlagerung, Träger der Arbeitsstätte bei Anstalten, Einrichtungen von Behörden oder der Sozialversicherung sowie von Kirchen, Verbänden oder sonstigen Organisationen,
 - b) Zahl der tätigen Personen nach Geschlecht, Stellung im Betrieb, Zahl der Teilzeitbeschäftigten sowie Zahl der ausländischen Arbeitnehmer nach Geschlecht,
 - c) Summe der Bruttolöhne und -gehälter des vorhergehenden Kalenderjahres;
2. bei Hauptniederlassungen und einzigen Niederlassungen außerdem
 - a) Eintragung des Unternehmens in die Handwerksrolle,
 - b) Rechtsform des Unternehmens;
3. bei Hauptniederlassungen zusätzlich zu den Angaben nach den Nummern 1 und 2 für jede Zweigniederlassung
 - a) Namen, Bezeichnung, Anschrift, Art der ausgeübten Tätigkeit oder des Aufgabengebietes,
 - b) Zahl der tätigen Personen,
 - c) Summe der Bruttolöhne und -gehälter des vorhergehenden Kalenderjahres.

§ 5

(1) Auskunftspflichtig sind

1. bei der Volks- und Berufszählung:

alle Volljährigen oder einen eigenen Haushalt führenden minderjährigen Personen, auch für minderjährige oder behinderte Haushaltsteilnehmer; für Personen in Gemeinschaftsunterkünften, Anstalten und ähnlichen Einrichtungen, auch die Leiter dieser Einrichtungen, soweit Umstände, die in der Person des Auskunftspflichtigen liegen, dies erforderlich machen;

2. bei den gebäudestatistischen Fragen:

die in § 3 Abs. 1 genannten Personen, deren Vertreter oder Gebäudeverwalter;

3. bei den wohnungsstatistischen Fragen:

die Wohnungsinhaber oder deren Vertreter sowie die nach den Nummern 1 und 2 Auskunftspflichtigen;

4. bei der Arbeitsstättenzählung:

die Inhaber oder Leiter der Arbeitsstätten und Unternehmen.

(2) Widerspruch und Anfechtungsklage gegen die Aufforderung zur Auskunftserteilung haben keine aufschiebende Wirkung.

§ 6

(1) Zur Durchführung des Volkszählungsgesetzes 1983 können ehrenamtliche Zähler bestellt werden.

(2) Zur Übernahme der ehrenamtlichen Zählertätigkeit ist jeder Deutsche vom vollendeten 18. bis zum vollendeten 65. Lebensjahr verpflichtet. Befreit ist, wenn eine solche Tätigkeit aus gesundheitlichen oder anderen wichtigen Gründen nicht zugemutet werden kann.

(3) Die Zähler sind berechtigt und verpflichtet, Eintragungen selbst vorzunehmen, soweit dies zur Erfüllung des Zwecks der Zählung erforderlich ist und die Auskunftspflichtigen einverstanden sind.

§ 7

(1) Bund, Länder, Gemeinden, Gemeindeverbände und sonstige Körperschaften des öffentlichen Rechts sind verpflichtet, ihre Bediensteten auf Anforderung der Erhebungsstellen für die Zählertätigkeit zur Verfügung zu stellen.

(2) Lebenswichtige Tätigkeiten öffentlicher Dienste dürfen durch diese Verpflichtung nicht unterbrochen werden.

§ 8

Die für die Grundsteuer zuständigen Stellen der Gemeinden teilen den Erhebungsstellen auf Anforderung Namen und Anschrift der Eigentümer der nach § 3 Abs. 1 zu erfassenden Bauwerke mit.

§ 9

(1) Angaben der Volkszählung nach § 2 Nr. 1 und 2 können mit den Melderegistern verglichen und zu deren Berichtigung verwendet werden. Aus diesen Angaben gewonnene Erkenntnisse dürfen nicht zu Maßnahmen

gegen den einzelnen Auskunftspflichtigen verwendet werden.

(2) Einzelangaben ohne Namen über die nach den §§ 2 bis 4 erfaßten Tatbestände dürfen nach § 11 Abs. 3 des Bundesstatistikgesetzes vom 14. März 1980 (BGBl. I S. 289) von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder an die fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden übermittelt werden, soweit sie zur rechtmäßigen Erfüllung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Aufgaben erforderlich sind. Mit Ausnahme des Merkmals rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft in § 2 Nr. 1 sowie der nach § 4 Nr. 1 Buchstabe c und § 4 Nr. 3 Buchstabe c erfaßten Tatbestände gilt Satz 1 auch für die Übermittlung an die von den fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden bestimmten Behörden, sonstigen öffentlichen und nichtöffentlichen Stellen, soweit die Übermittlung zur Durchführung der von den fachlich zuständigen obersten Bundes- und Landesbehörden übertragenen Aufgaben erforderlich ist. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(3) Für Zwecke der Regionalplanung, des Vermessungswesens, der gemeindlichen Planung und des Umweltschutzes dürfen den Gemeinden und Gemeindeverbänden die erforderlichen Einzelangaben ohne Namen über die nach den §§ 2 bis 4 mit Ausnahme des Merkmals rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft in § 2 Nr. 1 sowie der nach § 4 Nr. 1 Buchstabe c und § 4 Nr. 3 Buchstabe c erfaßten Tatbestände der Auskunftspflichtigen ihres Zuständigkeitsbereiches von den Statistischen Ämtern der Länder übermittelt werden. Für eigene statistische Aufbereitungen können den Gemeinden und Gemeindeverbänden Einzelangaben über die nach den §§ 2 bis 4 erfaßten Tatbestände von den Statistischen Landesämtern zur Verfügung gestellt werden. Absatz 1 Satz 2 gilt entsprechend.

(4) Für wissenschaftliche Zwecke dürfen die erforderlichen Einzelangaben ohne Namen und Anschrift über die nach den §§ 2 bis 4 mit Ausnahme des Merkmals rechtliche Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft in § 2 Nr. 1 sowie der nach § 4 Nr. 1 Buchstabe c und § 4 Nr. 3 Buchstabe c erfaßten Tatbestände von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder an Amtsträger und für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichtete übermittelt werden.

(5) Die nach den Absätzen 2 bis 4 übermittelten Einzelangaben dürfen von den Empfängern nur für die Zwecke verwendet werden, für die sie übermittelt wurden.

(6) Einzelangaben in statistischen Ergebnissen über die nach § 2 Nr. 1 erfaßten Angaben zur rechtlichen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer Religionsgesellschaft, gegliedert nach Altersgruppen und Geschlecht, über die nach § 4 Nr. 1 Buchstabe b erfaßten Tatbestände, gegliedert nach Art der ausgeübten Tätigkeit der Arbeitsstätten und Unternehmen, sowie über die nach § 4 Nr. 3 Buchstabe b erfaßten Tatbestände dürfen von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder veröffentlicht werden.

(7) § 11 des Bundesstatistikgesetzes gilt auch für Personen, die bei Stellen beschäftigt sind, denen Einzelangaben zugeleitet werden.

(8) Die Statistischen Landesämter leiten dem Statistischen Bundesamt auf Anforderung Einzelangaben für Zusatzaufbereitungen für Bundeszwecke zu, wenn und soweit sie diese nicht selbst durchführen.

§ 10

(1) Zur Vorbereitung der Volkszählung 1983 können im Jahr 1982 bis zu drei Probeerhebungen unter Einbeziehung aller Erhebungsteile durchgeführt werden.

(2) Die Probeerhebungen erfolgen in ausgewählten Erhebungsbereichen, die so abzugrenzen sind, daß höchstens 25 000 Haushalte und höchstens 5 000 Arbeitsstätten jeweils in die Erhebungen einbezogen werden.

(3) Die Probeerhebungen können erfassen:

1. in § 2 genannte Tatbestände bei den Haushalten und Personen;
2. in § 3 Abs. 1 genannte Tatbestände bei den Bauwerken;
3. in § 3 Abs. 2 genannte Tatbestände bei den Wohnungen;
4. in § 4 genannte Tatbestände bei den Arbeitsstätten und Unternehmen.

(4) Befragt werden bei den Probeerhebungen:

1. zur Volks- und Berufszählung die in § 5 Abs. 1 Nr. 1 genannten Personen;
2. zu den gebäudestatistischen Fragen die in § 5 Abs. 1 Nr. 2 genannten Personen;
3. zu den wohnungsstatistischen Fragen die in § 5 Abs. 1 Nr. 3 genannten Personen;
4. zur Arbeitsstättenzählung die in § 5 Abs. 1 Nr. 4 genannten Personen.

(5) Die Erteilung der Auskünfte bei den Probeerhebungen ist freiwillig. Die Auskünfte dürfen nur für den in Absatz 1 genannten Zweck verwendet werden.

§ 11

Der Bund gewährt den Ländern zum Ausgleich der Mehrbelastungen, die ihnen und den Gemeinden durch dieses Gesetz auferlegt werden, eine Finanzzuweisung in Höhe von 2,50 Deutsche Mark je Einwohner. Maßgebend ist die Wohnbevölkerung, die das Statistische Bundesamt für den 27. April 1983 feststellt. Die Finanzzuweisung ist in drei gleichen Teilbeträgen am 1. Juli 1983, 1. Juli 1984 und 1. Juli 1985 zu zahlen.

§ 12

Dieses Gesetz gilt nach Maßgabe des § 13 Abs. 1 des Dritten Überleitungsgesetzes auch im Land Berlin.

§ 13

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Die Bundesregierung hat dem vorstehenden Gesetz die nach Artikel 113 des Grundgesetzes erforderliche Zustimmung erteilt.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit ausgefertigt und wird im Bundesgesetzblatt verkündet.

Bonn, den 25. März 1982

Der Bundespräsident
Carstens

Der Bundeskanzler
Schmidt

Der Bundesminister des Innern
Baum

Der Bundesminister der Finanzen
Hans Matthöfer

versicherung, von Kirchen, Verbänden und sonstigen Organisationen); Niederlassungsart (einige, Haupt-, Zweigstellenniederlassung); Zahl der im Betrieb tätigen Inhaber, Familienangehörigen, Angestellten, Arbeiter (sieben Gruppen), der Teilzeitbeschäftigen sowie der Ausländer; Lohn- und Gehaltssumme des Jahres 1982; Handwerkseigenschaft und Rechtsform des

Unternehmens (nur bei einzigen und Hauptniederlassungen); bei Hauptniederlassungen außerdem für jede Zweigniederlassung Name, Bezeichnung, Anschrift, Art der ausgeübten Tätigkeit oder des Aufgabengebiets, Zahl der tätigen Personen sowie Lohn- und Gehaltssumme 1982.

Diplom-Volkswirt F. Kuch

Geburtsgewicht und Körperlänge von Neugeborenen

Für die Erfassung des Geburtengeschehens werden in der amtlichen Statistik Zählkarten verwendet. Auf diesen werden alle zur Erstellung der Geburtenstatistik notwendigen Daten eingetragen. Die Merkmale sind im bevölkerungsstatistischen Gesetz von 1957 (Neufassung vom März 1980) genannt. Ab 1972 wurden die bei einer Geburt zu erfassenden Tatbestände um die Merkmale „Körpergewicht“ und „Körperlänge“ der Neugeborenen erweitert. Gleichzeitig mußten diese Angaben auch bei Säuglingssterbefällen erfaßt werden. Damit wurde die Kombination dieser Angaben mit weiteren Merkmalen ermöglicht, wodurch nicht zuletzt Ansatzpunkte für eine verbesserte Vorsorge bei den Risikogruppen der Schwangeren gefunden werden konnten mit dem Ziel, die Säuglingssterblichkeit weiter zu senken.

Im folgenden werden die Zusammenhänge zwischen den bei Geburten und Säuglingssterbefällen anfallenden statistischen Daten des Jahres 1981 und der Vergleichsjahre 1975 und 1980 dargestellt. Die vielfältigen sonstigen Gesichtspunkte dieser Problematik, z. B. medizinische und soziologische Zusammenhänge, bleiben unberücksichtigt.

1981 wurden 37 400 Kinder geboren

Im Jahre 1981 wurden in Rheinland-Pfalz 37 402 Kinder lebend geboren. Das waren 0,4% mehr als 1980 und 8,8% mehr als 1975. Von den Neugeborenen waren 19 293 bzw. 51,6% Jungen und 18 109 Mädchen. Das ergab eine Relation von rund 106 männlichen zu 100 weiblichen Kindern, ein Zahlenverhältnis, das in dieser Größenordnung seit Jahren in etwa konstant bleibt. Von den Geborenen waren 2 436 oder 6,5% nichtehelich, 1975 betrug dieser Anteil erst 5,7%.

Im Jahre 1981 wurden 199 Kinder totgeboren, knapp 28% weniger als sechs Jahre zuvor. Auf 1 000 Gebur-

Geborene und gestorbene Säuglinge 1975 – 1981

Merkmal	1975	1980	1981
Lebendgeborene insgesamt	34 377	37 253	37 402
männlich	17 668	18 982	19 293
weiblich	16 709	18 271	18 109
ehelich	32 414	34 844	34 966
nichtehelich	1 963	2 409	2 436
Totgeborene insgesamt	276	203	199
männlich	139	113	112
weiblich	137	90	87
ehelich	259	174	172
nichtehelich	17	29	27
Gestorbene im 1. Lebensjahr insgesamt	737	478	422
männlich	433	301	235
weiblich	304	177	187
in den ersten 7 Tagen	424	255	204
in den ersten 28 Tagen	505	306	251
Gestorbene auf 1 000 Lebendgeborene			
im 1. Lebensjahr	21,3	12,9	11,3
in den ersten 7 Tagen	12,3	6,8	5,5
in den ersten 28 Tagen	14,7	8,2	6,7

ten kamen 1981 noch 5,3 Totgeborenen. 1975 lag dieser Wert mit 8 noch deutlich höher. Der Anteil der nichtehelichen Kinder lag mit 13,6% bei den Totgeborenen weit höher als bei den Lebendgeborenen (6,5%).

Es starben 422 Säuglinge, das waren 43% weniger als 1975. Über 48% der im ersten Lebensjahr gestorbenen Kinder überlebten die erste Woche nach der Geburt nicht. Auf die ersten vier Lebenswochen entfielen sogar fast 60% aller Säuglingssterbefälle des Jahres 1981. Gegenüber 1975 ist bei dieser Frühsterblichkeit eine deutliche Verbesserung eingetreten. Die Abnahmen lagen mit über 50% wesentlich höher als bei der Gesamtheit der Säuglingssterbefälle.

Der Rückgang der Säuglingssterblichkeit in den letzten Jahren wird auch dadurch verdeutlicht, daß 1981 auf 1 000 Lebendgeborene 11,3 Sterbefälle von Säuglingen kamen, während dieser Wert 1975 mit 21,3 noch fast doppelt so hoch lag. Im gleichen Zeitraum ging die Sterblichkeit innerhalb der ersten Lebenswoche von 12,3 auf 5,5 zurück.

Durchschnittliche Körpergröße etwa 52 cm

Errechnete man aus den Angaben über die Körperlänge aller Neugeborenen einen Durchschnittswert, dann zeigte sich, daß männliche Kinder (52,3 cm) nur unwesentlich größer waren als weibliche (51,6 cm). Der Vergleich mit dem Jahre 1975 ließ keine Veränderung erkennen. Bekanntlich können Änderungen in der Körperlänge von Neugeborenen nur über längere Zeiträume hinweg nachgewiesen werden. Dafür fehlen der amtlichen Statistik aber die exakten Daten.

Von den 37 402 Neugeborenen des Jahres 1981 waren knapp 70% bei der Geburt zwischen 50 und 55 cm groß. Nicht ganz 12% waren noch größer. Eine Körperlänge zwischen 45 und 50 cm erreichten 16,5% der Säuglinge. Weniger als 45 cm maßen 2% der Neugeborenen.

Die Unterschiede in der Körpergröße zwischen Jungen und Mädchen traten sowohl bei der Gruppe 45 bis 50 cm als auch bei 55 und mehr cm hervor. Während nur gut 13% aller Knaben bei der Geburt zwischen 45 und 50 cm groß waren, erreichte dieser Anteil bei den neugeborenen Mädchen fast 20%. 55 cm und größer waren 15% der männlichen aber nur 8% der weiblichen Säuglinge.

Eine Aufteilung nach der Ehelichkeit bei den geborenen Kindern zeigt deutliche Unterschiede. Waren bei den ehelich Geborenen über 70% 50 bis 55 cm groß, so erreichte dieser Anteil bei nichtehelichen Kindern nur 65%. Noch deutlicher traten die Abweichungen zwischen diesen beiden Gruppen bei Kindern mit unterdurchschnittlicher Körperlänge hervor. Von den Kindern aus vollständigen Ehen waren 16,1% zwischen 45 und 50 cm, 1,8% weniger als 45 cm groß. Diese Anteile lagen bei den Kindern alleinstehender Mütter mit 22,1 und 4,1% beträchtlich höher.

Fast 40% der Neugeborenen wogen zwischen sechs und sieben Pfund

Das durchschnittliche Geburtsgewicht von Jungen lag 1981 bei 3 400 g, das von Mädchen mit 3 270 g etwas

Durchschnittliche Körperlänge und Gewicht von Lebendgeborenen nach dem Geschlecht 1975 – 1981

Merkmale	Insgesamt			Männlich			Weiblich		
	1975	1980	1981	1975	1980	1981	1975	1980	1981
Durchschnittliche Körperlänge in Zentimeter	52,1	51,9	52,0	52,4	52,2	52,3	51,7	51,7	51,6
Durchschnittliches Körpergewicht in Gramm	3 330	3 332	3 337	3 396	3 391	3 401	3 259	3 270	3 270

niedriger. Auch hier waren keine Veränderungen im Vergleichszeitraum festzustellen.

Zwischen 3 000 und 3 500 g wogen gut 39% der Kinder des Jahres 1981 bei ihrer Geburt, zwischen sieben und acht Pfund noch über 29%. Gut 8% der Neugeborenen erreichten sogar ein Geburtsgewicht von 4 000 bis 4 500 g. Nicht ganz 17% der Säuglinge wogen zwischen fünf und sechs Pfund. Weniger als 2 500 g hatten 5,6% aller Geborenen.

Das etwas niedrigere Durchschnittsgewicht von Mädchen spiegelte sich auch bei der Aufteilung nach Gewichtsgruppen wider. So fielen nicht ganz 37% der Jungen, aber fast 42% der Mädchen in die Hauptgruppe (3 000 bis 3 500 g). Sieben bis acht Pfund wogen über 32% der männlichen, aber nicht ganz 26% der weiblichen Säuglinge. Etwa jeder zehnte Junge und jedes 18. Mädchen waren bei der Geburt zwischen 4 000 und 4 500 g schwer. 14% der männlichen und knapp 20% der weiblichen Neugeborenen erreichten ein Geburtsgewicht zwischen fünf und sechs Pfund. Unter 2 500 g wogen bei der Geburt 5% der Jungen und gut 6% der Mädchen.

Bei den ehelich geborenen Kindern erreichte jedes 19. nicht das Gewicht von 2 500 g, bei den Neugeborenen alleinstehender Mütter war es sogar jedes zehnte Kind. Zwischen fünf und sechs Pfund wogen 16,5% der ehelichen, aber 22,2% der nichtehelichen Kinder. Bei den schwereren Kindern waren die Gegebenheiten umgekehrt. So wogen fast 30% der Säuglinge aus vollständigen Familien zwischen sieben und acht Pfund, aber nicht ganz 23% der nichtehelich Geborenen erreichten dieses Gewicht. Zwischen 4 000 und 4 500 g Geburtsgewicht hatten über 8% der ehelichen Kinder. Bei den Säuglingen alleinstehender Mütter erreichte diese Gruppe gerade 5%.

Fast 30% der alleinstehenden Mütter unter 20 Jahre alt

Die durchschnittlich geringere Körpergröße und das niedrigere Gewicht von nichtehelich geborenen Kindern war auch 1975 zu beobachten. Zum damaligen Zeitpunkt maßen 4,4% dieser Neugeborenen weniger als 45 cm, 12,1% wogen unter 2 500 g. Die Vergleichszahlen für Kinder aus vollständigen Ehen waren mit 1,9 bzw. 5,6% deutlich niedriger. Die im Zeitablauf eingetretenen Veränderungen bei den Kindern alleinstehender Mütter werden klarer, wenn die unteren Körperlängen- und Gewichtsgruppen weiter aufgeteilt werden.

Extrem klein (unter 35 cm) waren 1975 noch 0,7% der nichtehelichen Kinder, 1981 war dieser Anteil mit 0,2% kaum mehr erwähnenswert. Dafür war die Gruppe 35 bis 40 cm 1981 mit 1,4% stärker besetzt als 1975 (0,9%). Rückläufig waren die Anteile der Gruppen 40 bis 45 cm von 2,9 auf 2,4% und 45 bis 50 cm von 24,2 auf 22,1%. Dem stand die deutliche Zunahme bei der wichtigsten Gruppe (50 bis 55 cm) von 62,1 auf 65% gegenüber.

Beim Geburtsgewicht verlief die Entwicklung eindeutiger in Richtung positiv. Extrem untergewichtig (weniger als 1 500 g) waren 1981 nur noch 1,7% der nichtehelichen Kinder, 1975 waren es 2%. Zwischen 1 500 und 2 000 g wogen 1975 2,3%, 1981 noch 1,8% der Kinder alleinstehender Mütter. Der Anteil der Neugeborenen, die 2 000 bis 2 500 g schwer waren, ging im Vergleichszeitraum von 7,8 auf 6,7% zurück. Ebenfalls rückläufig war der Prozentsatz der Kinder mit einem Geburtsgewicht zwischen fünf und sechs Pfund (von 23,7 auf 22,2%). Dagegen wurde bei der wichtigsten Gruppe (3 000 bis 3 500 g) eine Zunahme von 37,5 auf 39,3% verzeichnet.

Lebendgeborene nach Körperlänge und Geburtsgewicht 1981

Geburtsgewicht	Insgesamt		Körperlänge in Zentimeter						
			unter 35	35	40	45	50	55	und mehr
	Anzahl	%	Anzahl						
unter 1 500 Gramm	247	0,7	58	115	69	2	3	–	–
1 500 – 2 000 "	402	1,1	4	14	259	120	5	–	–
2 000 – 2 500 "	1 432	3,8	5	1	134	1 184	107	1	–
2 500 – 3 000 "	6 297	16,8	6	2	24	3 243	3 008	12	2
3 000 – 3 500 "	14 653	39,2	11	11	12	1 503	12 743	373	–
3 500 – 4 000 "	10 933	29,2	5	10	–	100	8 840	1 978	–
4 000 – 4 500 "	3 024	8,1	2	1	–	4	1 379	1 638	–
4 500 – 5 000 "	373	1,0	–	1	–	–	67	305	–
5 000 und mehr "	36	0,1	–	–	–	–	5	31	–
Ohne Angabe	5	0,0	–	–	–	–	–	–	5
Insgesamt	37 402	100,0	91	155	498	6 156	26 157	4 338	7

Merkmale	Ins-gesamt	davon mit einem Geburtsgewicht in Gramm								
		unter 1 500	1 500 - 2 000	2 000 - 2 500	2 500 - 3 000	3 000 - 3 500	3 500 - 4 000	4 000 - 4 500	4 500 und mehr	ohne Angabe
	Anzahl	%								
Von Müttern im Alter von unter 20 Jahren	1 601	0,3	0,9	5,2	18,6	39,7	28,2	5,9	1,1	-
20 - 25 "	10 870	0,7	0,9	3,8	17,8	41,6	27,7	6,9	0,7	-
25 - 30 "	13 501	0,5	1,0	3,3	15,9	39,3	30,4	8,5	1,1	0,0
30 - 35 "	6 882	0,6	1,3	3,5	15,2	37,0	31,0	9,8	1,5	0,0
35 - 40 "	1 612	0,9	0,7	4,4	15,7	32,6	32,9	10,7	2,0	-
40 und mehr "	500	0,4	1,2	4,6	15,2	32,2	30,4	13,0	3,0	-
In der bestehenden Ehe geboren als 1. Kind	17 848	0,6	1,0	4,1	18,2	41,6	27,2	6,5	0,7	0,0
2. Kind	11 926	0,6	1,0	3,0	14,5	37,9	32,2	9,5	1,4	0,0
3. Kind	3 619	0,5	1,0	3,7	14,8	34,5	32,6	11,2	1,7	-
4. und weiteres Kind	1 573	1,0	1,4	3,6	15,4	32,2	31,8	12,5	2,1	-
Ins gesamt	34 966	0,6	1,0	3,6	16,5	39,2	29,7	8,3	1,1	0,0

Die Gründe für die bezüglich Körpergröße und -gewicht unterdurchschnittliche Entwicklung nichtehelicher Neugeborener sind sicherlich sehr vielschichtig. Während Ursachen, wie die besondere Lebenssituation alleinstehender Mütter und die damit verbundenen psychischen Belastungen sich aus dem vorliegenden statistischen Material nicht belegen lassen, kann der Einfluß des Alters der Mütter bei der Geburt ihrer Kinder deutlich nachgewiesen werden. Die Mütter nichtehelicher Kinder sind im Durchschnitt wesentlich jünger als die verheirateten Mütter. So waren 1981 fast 30% der alleinstehenden Mütter bei der Geburt eines Kindes noch keine 20 Jahre alt. Von den verheirateten Müttern entfielen nicht ganz 5% auf diese Altersgruppe. Gut 39% der Frauen, die ein nichteheliches Kind zur Welt brachten, waren zwischen 20 und 25, 18% zwischen 25 und 30 Jahre alt. Von den Kindern aus vollständigen Ehen hatten im Berichtsjahr gut 31% eine 20- bis 25jährige Mutter, fast 39% eine im Alter von 25 bis 30 Jahren. Zwischen 30 und 35 Jahre waren gut 9% der Mütter nichtehelicher und fast 20% der Mütter ehelicher Kinder.

Gegenüber 1975 war im Zeitablauf ein deutlicher Rückgang der unter 20jährigen Mütter festzustellen. Der Anteil der unter 20jährigen alleinstehenden Mütter betrug 1975 noch fast 40% im Vergleich zu den bereits genannten knapp 30% des Jahres 1981. Auch bei den verheirateten Frauen ist der Anteil dieser Altersgruppe im Vergleichszeitraum von unter 8 auf unter 5% zurückgegangen. Dieser rückläufige Anteil sehr junger alleinstehender Mütter ist sicherlich auch einer der Gründe dafür, daß es 1981 prozentual weniger untergewichtige nichteheliche Kinder gab als 1975.

Überdurchschnittlich schwere Neugeborene häufiger bei älteren Müttern

Die Zusammenhänge zwischen Geburtsgewicht des Kindes und Alter der Mutter können auch bei den in vollständigen Ehen geborenen Kindern dargestellt werden.

Der höchste Anteil (6,4%) an Kindern mit dem kritischen Gewicht von weniger als 2 500 g wurde 1981 bei den Müttern unter 20 Jahren registriert. Dieser Prozentsatz ging in den folgenden Altersgruppen zurück und erreichte bei den 25- bis 30jährigen Müttern

ehelicher Säuglinge mit 4,8% das Minimum. In höherem Alter steigt der Anteil von Kindern mit weniger als fünf Pfund wieder an. Bei den über 40 Jahre alten Müttern ist die Gefahr, ein untergewichtiges Kind zur Welt zu bringen, fast genauso groß (6,2%) wie bei den ganz jungen Frauen. Zwischen 2 500 und 3 000 g wiegen 18,6% der Kinder von unter 20jährigen Müttern. Mit steigendem Alter nimmt der Anteil der Kinder dieses Geburtsgewichts kontinuierlich auf 15,2% bei über 40jährigen Frauen ab. Die Wahrscheinlichkeit, ein Kind mit einem überdurchschnittlich hohen Körpergewicht zur Welt zu bringen, steigt mit zunehmendem Alter. Wegen bei den unter 20 Jahre alten Müttern nur knapp 6% der Kinder zwischen acht und neun Pfund, so waren es bei den über 40jährigen bereits 13%. Mehr als 4 500 g Geburtsgewicht hatten 3% der Säuglinge von Frauen über 40 Jahren, aber nur gut 1% der Neugeborenen ganz junger Mütter.

Von den 34 966 Lebendgeborenen aus vollständigen Ehen waren 1981 51% das erste, 34,1% das zweite Kind der bestehenden Ehe. Über 10% wurden als drittes und 4,5% als viertes oder weiteres Kind geboren. Bei den Erstkindern waren Säuglinge mit 4 000 bis 4 500 g Gewicht zu 6,5%, mit einem noch höheren Geburtsgewicht zu 0,7% vertreten. Bei Zweitkindern lagen diese Anteile mit 9,5 bzw. 1,4% bereits höher. Noch darüber lagen sie auch bei den Drittkindern und erreichten bei Neugeborenen mit vier oder einer höheren Ordnungszahl 12,5 und 2,1%. Untergewichtige Kinder mit weniger als 2 500 g wurden bei Erstkindern in 5,7% der Fälle gezählt, bei Zweitkindern erreichte dieser Anteil nur 4,6%. Beim dritten Kind einer Ehe wiesen bereits wieder 5,2% der Säuglinge dieses niedrige Gewicht auf. Vierte und weitere Kinder waren 1981 sogar zu 6% in dieser Gruppe zu finden. In der am stärksten besetzten Gruppe zwischen 3 000 und 3 500 g, in die auch das Durchschnittsgewicht fiel, waren fast 42% der Erstkinder, aber nur noch knapp ein Drittel der als viertes oder weiteres Kind Geborenen zu finden.

Totgeborene deutlich untergewichtig

In der Zusammenfassung der Lebend- und Totgeborenen wird auch eine Unterscheidung nach Einzel- und Mehrlingsgeburten möglich.

Von den 716 Kindern, die 1981 als Mehrlingskinder lebend oder tot zur Welt kamen, hatten mehr als die Hälfte (52%) ein Gewicht von weniger als 2 500 g. Bei den Einzelgeburten kamen nur knapp 5% nicht auf das Geburtsgewicht von fünf Pfund. Nicht ganz jedes dritte Mehrlingskind wog zwischen 2 000 und 2 500 g, jedes 13. sogar weniger als 1 500 g. Ein überdurchschnittliches Gewicht (mehr als 3 500 g) hatten 39% der einzeln geborenen Säuglinge, aber nur gut 1% der Mehrlingskinder.

Auch bei der Körperlänge traten erwartungsgemäß deutliche Unterschiede auf. Während Kinder aus Mehrlingsgeburten nur zu knapp 24% zwischen 50 und 55 cm groß waren, erreichte dieser Anteil bei den einzeln geborenen Säuglingen über 70%. Mehr als die Hälfte (fast 53%) der Mehrlingsgeburten maß zwischen 45 und 50 cm bei der Geburt, bei den einzeln Geborenen waren es nicht ganz 16%.

Die 199 Kinder, die 1981 tot zur Welt kamen, zeigten bezüglich ihres Körpergewichts und ihrer Größe deutliche Abweichungen von den Lebendgeborenen. Als Zeichen einer unvollständigen Entwicklung kann der hohe Anteil von über 56% der Totgeborenen, die weniger als 2 500 g wogen, angesehen werden. Über 21% dieser Totgeborenen hatte sogar ein Geburtsgewicht von unter 1 500 g. Fast 61% maßen weniger als 50 cm, nicht ganz 17% sogar weniger als 40 cm bei der Geburt. Bei den Lebendgeborenen lagen diese Anteile mit gut 18 bzw. weniger als 1% weit darunter.

Fast die Hälfte der gestorbenen Säuglinge wog bei der Geburt weniger als 2 500 g

Ahnlich wie bei den Totgeborenen waren 1981 auch bei den Säuglingen, die im Verlauf ihres ersten Lebensjahres starben, ein stark unterdurchschnittliches Gewicht und eine geringere Körpergröße bei der Geburt festgestellt worden. Von den 422 gestorbenen Kindern wogen fast 48% weniger als 2 500 g bei der Geburt, knapp 29% sogar weniger als 1 500 g. Ein überdurchschnittliches Körpergewicht (mehr als 3 500 g) zum Zeitpunkt der Geburt hatten nicht ganz 15% der später gestorbenen Neugeborenen, während bei der Gesamtheit aller Lebendgeborenen mehr als 38% mit diesem Geburtsgewicht auf die Welt kamen. Weniger als 50 cm maßen bei der Geburt gut 61% der gestorbenen Säuglinge, rund 26% sogar weniger als 40 cm.

Die in diesen Ergebnissen zutage tretende körperliche Unterentwicklung der gestorbenen Säuglinge

Geborene und gestorbene Säuglinge nach Gewicht und Körperlänge bei der Geburt 1981

Merktal	Lebend- und Totgeborene aus Mehrlingsgeburten	Nicht-ehelich Lebendgeborene	Totgeborene	Im 1. Lebensjahr Gestorbene
Geburtsgewicht in Gramm				
unter 1 500	55	41	42	122
1 500 – 2 000	98	44	32	32
2 000 – 2 500	219	162	38	48
2 500 – 3 000	247	540	38	72
3 000 – 3 500	88	957	27	85
3 500 u. mehr	9	692	22	62
Ohne Angabe	–	–	–	1
Körperlänge in Zentimeter				
unter 35	19	5	8	48
35 – 40	31	35	25	62
40 – 45	113	59	37	49
45 – 50	379	539	51	100
50 – 55	170	1 584	64	140
55 u. mehr	4	214	14	22
Ohne Angabe	–	–	–	1
Ins gesamt	716	2 436	199	422

spiegelte sich auch in den Todesursachen dieser Kinder wider. An erster Stelle standen mit fast 44% Krankheiten, die ihren Ursprung in der Perinatalzeit hatten. Besonders hervorzuheben war hier die extreme Unreife einschließlich sonstiger Frühgeburten. Auf diese Todesursache kam fast jeder fünfte Säuglingssterbefall. An zweiter Stelle folgten mit nicht ganz 24% die angeborenen Anomalien.

Der Rückgang der gesamten Säuglingssterbefälle um fast 43% seit 1975 fiel bei den Neugeborenen mit einem Geburtsgewicht von weniger als 2 500 g deutlich stärker aus (– 50,4%) als bei den über diesem Körpergewicht liegenden Kindern (– 27,5%). Auch bei den Neugeborenen mit einer unterdurchschnittlichen Körpergröße (weniger als 50 cm) war der Rückgang der Säuglingssterblichkeit mit fast 48% weit größer als bei Kindern, die bei der Geburt mehr als 50 cm maßen. Deren Zahl ging zwischen 1975 und 1981 nur um 25% zurück.

Diplom-Volkswirt H. Kollmar

Analyse und Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung

Ausklemmern der unsicheren Wanderungsbewegungen

Daten über Bestand und Entwicklung der Bevölkerung sind Grundlage zahlreicher Entscheidungen. Sie dienen z. B. zur Abschätzung des Arbeitskräfteangebots, des Studienplatzbedarfs und von Nachfrageentwicklungen nach Konsumgütern; sie sind Basis für

die Planung von Kindergärten, Altenheimen, Infrastrukturreinrichtungen und vielem anderen mehr. Bevölkerungsbewegungen werden bestimmt durch die Entwicklung von Sterbefällen, Geburten und Wanderungen. Prognosen dieser drei Komponenten ergeben Anhaltspunkte über zukünftige Bevölkerungsbestände. Regionale Bevölkerungsprognosen für Rheinland-

Eheschließungen, Geborene und Gestorbene 1960 – 1980

Jahr	Eheschließungen		Lebendgeborene		Totgeborene		Gestorbene		Geborenen- bzw. Gestorbenen-(-) überschuß
	Anzahl	auf 1 000 Einwohner	Anzahl	auf 1 000 Einwohner	Anzahl	auf 1 000 Einwohner	Anzahl	auf 1 000 Einwohner	
1960	31 924	9,4	64 251	18,9	1 023	15,7	39 533	11,6	24 718
1965	27 642	7,7	64 480	18,1	794	12,2	40 145	11,3	24 335
1970	27 665	7,6	48 706	13,4	514	10,4	43 694	12,0	5 012
1971	27 077	7,4	46 049	12,5	482	10,4	44 001	12,0	2 048
1972	26 444	7,2	41 035	11,1	442	10,7	43 914	11,9	- 2 879
1973	25 641	6,9	37 000	10,0	341	9,1	44 186	12,0	- 7 186
1974	24 444	6,6	35 885	9,7	303	8,4	43 487	11,8	- 7 602
1975	25 674	7,0	34 377	9,3	276	8,0	44 943	12,2	- 10 566
1976	24 199	6,6	34 544	9,4	251	7,2	44 706	12,2	- 10 162
1977	23 720	6,5	34 129	9,4	207	6,0	41 941	11,5	- 7 812
1978	21 613	5,9	34 346	9,5	231	6,7	44 029	12,1	- 9 683
1979	22 756	6,3	34 805	9,6	199	5,7	43 108	11,9	- 8 303
1980	23 268	6,4	37 253	10,2	203	5,4	43 576	12,0	- 6 323

Pfalz werden seit 1975 vom Statistischen Landesamt durchgeführt. Das verwendete Modell wurde bereits ausführlich dargestellt¹⁾.

Die Prognose der Wanderungsbewegungen ist unter den Komponenten einer Abschätzung der Bevölkerungsentwicklung diejenige mit dem größten Unsicherheitsbereich, da die Wanderungen durch zahlreiche nicht oder nur schwer vorhersehbare Einflußfaktoren determiniert werden. Aus diesem Grund klammert man häufig im Rahmen einer Bevölkerungsprognose Wanderungen aus. Es wird dann nur noch die sogenannte natürliche Bevölkerungsbewegung als Ergebnis der auf eine gewisse zeitlich festgelegte Basisbevölkerung folgenden Sterbefälle und Geburten betrachtet. Basisbevölkerung ist die nach der letzten Volkszählung fortgeschriebene, nach Alter und Geschlecht untergliederte Bevölkerung eines für die Prognose bestimmten Jahres. Die Berücksichtigung von Wanderungen bleibt dem Benutzer durch Anbringen entsprechender Zu- oder Abschläge an den prognostizierten Werten der natürlichen Bevölkerungsbewegung selbst überlassen.

Um die Aufstellung möglichst realistischer Annahmen (über Trendfunktionen usw.) für das Prognosemodell zu gewährleisten, hat vor Durchführung der Prognose zunächst eine Analyse der Vergangenheit zu erfolgen. Im folgenden wird daher zunächst die Bevölkerungsentwicklung von Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren betrachtet. Anschließend werden Ergebnisse der voraussichtlichen natürlichen Bevölkerungsbewegung bis 1995 erörtert. Die Ergebnisse gelten natürlich nur dann, wenn auch die zugrundegelegten Annahmen Gültigkeit beanspruchen können. Damit zeigt die Prognose nur gewisse Grundrichtungen auf.

Bevölkerung von 1961 bis 1980 um 5,9% gestiegen

Am 31. 12. 1980 lebten 3 642 482 Personen in Rheinland-Pfalz. Damit hat die Wohnbevölkerung von 1961 bis 1980 um mehr als 200 000 Personen (5,9%) zugenommen. Den höchsten Stand in diesem Zeitraum erreichte sie 1973 mit ca. 3 701 000 Personen. Fast die Hälfte der Bevölkerung lebt in Rheinhessen-Pfalz,

mehr als ein Drittel im Regierungsbezirk Koblenz. Die Bevölkerungszunahme war mit 7,8% (1980 gegenüber 1961) im Regierungsbezirk Koblenz am stärksten, in Rheinhessen-Pfalz betrug sie 6% und im Regierungsbezirk Trier weniger als 1%. Vergleicht man die Bestände von 1980 mit den jeweils höchsten Beständen der vorangegangenen Jahre, so ist für Koblenz ein Rückgang von 1,2% (gegenüber 1973), für Trier von 2,3% (gegenüber 1971) und für Rheinhessen-Pfalz von 1,7% (gegenüber 1973) zu verzeichnen. Unter den Altersjahrgängen fällt insbesondere eine starke Zunahme der 13- bis 20jährigen für das Jahr 1980 auf, die durch die hohen Geburtenzahlen in den frühen 60er Jahren zu erklären ist.

Zahl der Eheschließungen ansteigend

Im Jahre 1980 wurden in Rheinland-Pfalz 23 268 Ehen geschlossen, das sind 512 bzw. 2,2% mehr als im Vorjahr und 1 655 bzw. 7,7% mehr als 1978. Gegenüber 1960 bedeutet dies einen Rückgang von 27,1%. Auf 1 000 Einwohner bezogen wurden 1980 6,4, im Vorjahr 6,3 und 1978 5,9 Ehen geschlossen. Die gegenwärtig zunehmende Tendenz dürfte wegen der in das Heiratsalter aufrückenden geburtenstarken Jahrgänge anhalten.

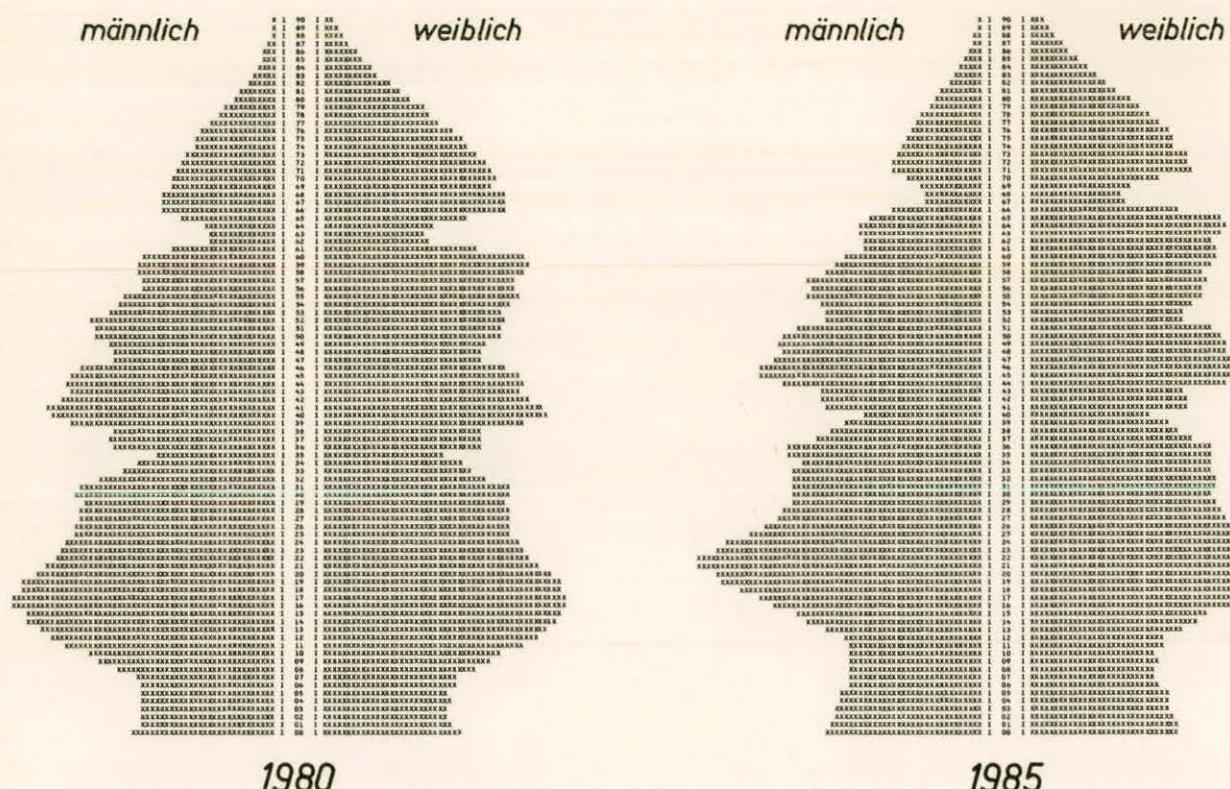
Geringere Säuglingssterblichkeit

Die Entwicklung der Anzahl der Sterbefälle zeigt für die letzten Jahre einen relativ konstanten Verlauf. Betrachtet man den Zeitraum seit 1960, so läßt sich zwar zwischen dem Jahr mit der niedrigsten Anzahl von Sterbefällen (1961 mit 38 037 Gestorbenen) und dem mit der höchsten Anzahl (1975 mit 44 943 Gestorbenen) ein Anstieg von 18% feststellen. Berücksichtigt man jedoch die unterschiedlichen Bevölkerungsbestände und bezieht die Anzahl der Sterbefälle auf jeweils 1 000 Einwohner, so reduziert sich die maximale Differenz auf 12% (10,9 für 1964 zu 12,2 für 1976/77). Hinsichtlich solcher Unterschiede zeigt sich jedoch keine einheitliche Tendenz, vielmehr lösen Zunahmen jährlich einander mehr oder weniger zufällig ab. So ist auch das Ansteigen der Gestorbenenzahl von 1979 auf 1980 um 1,1% keinesfalls als

¹⁾ Vgl. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jahrgang 33, Heft 2, Februar 1980.

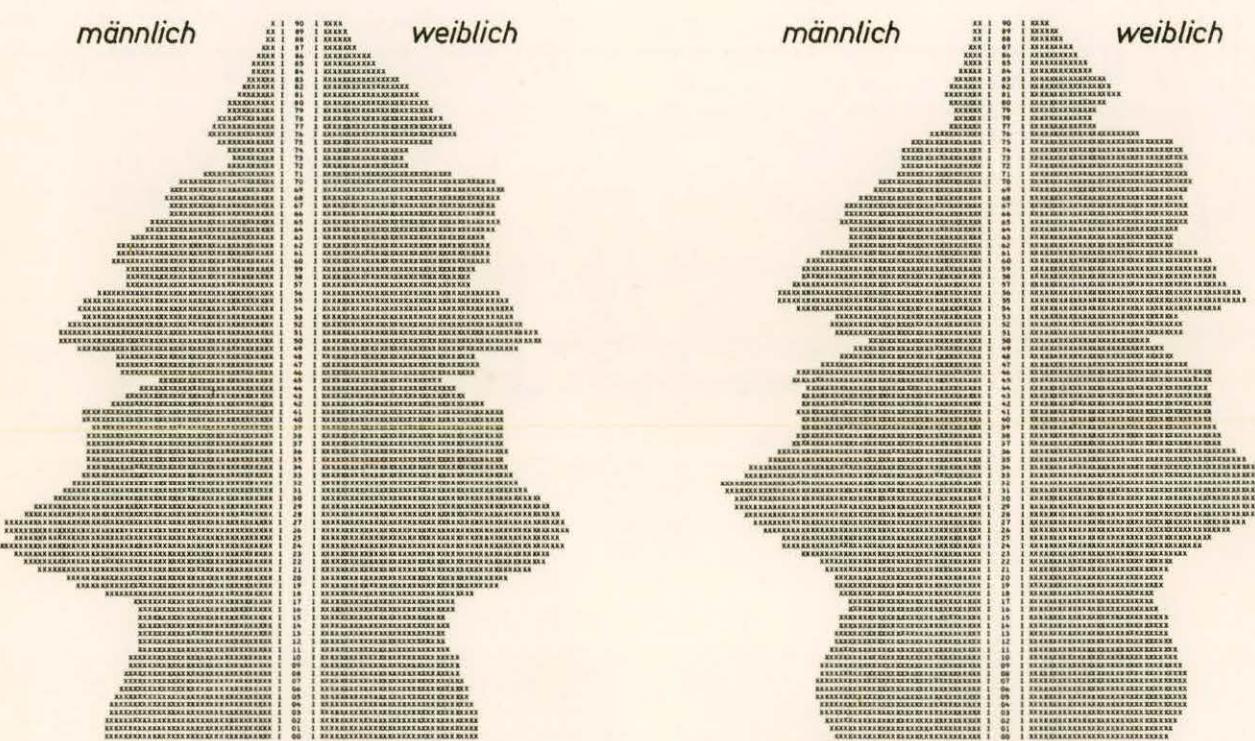
Wohnbevölkerung nach Geschlecht und Altersjahren 1980, 1985, 1990 und 1995

1 Druckstelle = 632 Personen



1980

1985



1990

1995

Wohnbevölkerung in den Regierungsbezirken
am 31. Dezember 1961 – 1980

Jahr	Rheinland-Pfalz	Regierungsbezirk						
		Koblenz		Trier		Rheinhessen-Pfalz		
		1961 1 000 = 100						
1961	3 439	100,0	1 265	100,0	467	100,0	1 706	100,0
1962	3 474	101,0	1 281	101,3	470	100,6	1 724	101,1
1963	3 510	102,1	1 297	102,5	473	101,3	1 740	102,0
1964	3 545	103,1	1 313	103,8	476	101,9	1 757	103,0
1965	3 582	104,2	1 328	105,0	478	102,4	1 776	104,1
1966	3 613	105,1	1 342	106,1	481	103,0	1 791	105,0
1967	3 625	105,4	1 351	106,8	481	103,0	1 793	105,1
1968	3 645	106,0	1 359	107,4	482	103,2	1 803	105,7
1969	3 671	106,7	1 369	108,2	481	103,0	1 821	106,7
1970	3 659	106,4	1 359	107,4	482	103,2	1 818	106,6
1971	3 679	107,0	1 367	108,1	482	103,2	1 829	107,2
1972	3 690	107,3	1 374	108,6	482	103,2	1 834	107,5
1973	3 701	107,6	1 380	109,1	481	103,0	1 840	107,9
1974	3 688	107,2	1 376	108,8	478	102,4	1 834	107,5
1975	3 666	106,6	1 369	108,2	477	102,1	1 820	106,7
1976	3 649	106,1	1 364	107,8	475	101,7	1 810	106,1
1977	3 639	105,8	1 361	107,6	473	101,3	1 805	105,8
1978	3 631	105,6	1 359	107,4	471	100,9	1 801	105,6
1979	3 633	105,6	1 360	107,5	471	100,9	1 802	105,6
1980	3 642	105,9	1 364	107,8	471	100,9	1 808	106,0

Indiz für eine zunehmende Tendenz der Sterblichkeit in den kommenden Jahren zu werten.

Eine klare Tendenz zeigt die Entwicklung der Säuglingssterblichkeit. Bezieht man die Anzahl der im ersten Lebensjahr Gestorbenen auf jeweils 1 000 Lebendgeborene, so ist von 1960 (36,9) bis 1980 (12,8) ein Rückgang auf fast ein Drittel des Ausgangswertes zu verzeichnen. Dabei sind zwar auch zwischenzeitliche Zunahmen festzustellen, die jedoch auf zufällige Einflüsse zurückzuführen sein dürften. Eine ebenfalls fallende Tendenz zeigt die Anzahl der Totgeborenen. Mußte man 1960 noch 15,7 Totgeborene auf 1 000 Geburten verzeichnen, so waren es 1980 nur noch 5,4.

1980 erstmals wieder steigende Fruchtbarkeit

Die Zahl der Lebendgeborenen zeigt von 1963 (67 768) bis 1977 (34 129) einen kontinuierlich fallenden Verlauf. Seit 1978 kann ein Anstieg verzeichnet werden, der bis 1980 8,5% ausmacht. Auf 1 000 Einwohner bezogen betrug die Zahl der Geburten 10,2 für 1980 gegenüber 9,5 für 1978 bzw. 19,4 für 1963. Entsprechend der Entwicklung der Geburten und Sterbefälle entwickelte sich der Saldo dieser beiden Größen. War bis 1971 stets die Anzahl der Geburten größer als die der Sterbefälle, so übersteigen seit 1972 die Gestorbenenzahlen die Geburtenzahlen. Der Gestorbenenüberschuß war 1976 mit 10 566 am größten, er betrug 1980 immer noch 6 323.

Veränderungen der Geburtenzahlen einer Bevölkerung sind nicht zwangsläufig durch ein verändertes generatives Verhalten bedingt. Die Anzahl der Geburten erhöht sich ceteris paribus schon bei Ände-

¹⁾ Eine ausführliche Darstellung hierzu findet man in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jahrgang 33, Heft 1, Januar 1980, S. 14 ff.

rungen im Altersaufbau der Bevölkerung, nämlich dann, wenn geburtenstarke Jahrgänge in das gebärfähige Alter kommen. Genau dies ist in den nächsten Jahren gegeben, so daß bei gleichbleibendem generativen Verhalten mit einer Zunahme der Anzahl der Geborenen gerechnet werden kann. Zur Beurteilung der Fruchtbarkeit einer Bevölkerung, unabhängig von deren Altersaufbau, zieht man üblicherweise den so genannten Gesamtindex der Fruchtbarkeit heran. Dieser wird als Summe der altersspezifischen Geburtenziffern (Anzahl der Lebendgeborenen für jeweils 1 000 Frauen der einzelnen Altersjahre zwischen 15 und 49) berechnet¹⁾. Von 1960 bis 1979 ist der Gesamtindex für Rheinland-Pfalz um 45,7% von 2 608,3 auf 1 415,2 gefallen. Für 1980 ist gegenüber dem Vorjahr ein leichter Anstieg von 5% zu verzeichnen. Ob hier tatsächlich eine Tendenzwende vorliegt, muß die Entwicklung der kommenden Jahre zeigen.

Die Fruchtbarkeitsziffern sind regional recht unterschiedlich. In den kreisfreien Städten ist die Fruchtbarkeit eher niedriger, in den Landkreisen eher höher. Die Variationsbreite für den Gesamtindex reicht 1980 von 1 014 für Mainz bis 2 138 für Daun. Der niedrige Wert für Mainz ist auf die Einbeziehung der Studenten an der dortigen relativ großen Universität zurückzuführen. Die Darstellung sämtlicher Kreiswerte findet man in dem oben erwähnten Aufsatz.

Grundlegende Unterschiede in der Fruchtbarkeit bestehen auch zwischen deutschen Frauen und den in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen. 1980 brachten 78 von 1 000 ausländischen Frauen, aber nur 40 von 1 000 deutschen Frauen ein Kind zur Welt. Dieser Unterschied ist jedoch nicht derart relevant, wie es im ersten Moment scheint, denn die Anzahl ausländischer Frauen (43 630) ist im Vergleich zur Anzahl deutscher Frauen (840 031) relativ klein. Aus diesem Grund unterscheidet sich auch der Gesamtindex der Fruchtbarkeit der deutschen Frauen (1 442,9) von dem deutscher und ausländischer Frauen zusammen (1 485,9) kaum, während der Gesamtindex allein für ausländische Frauen (2 298,4) wesentlich höher liegt.

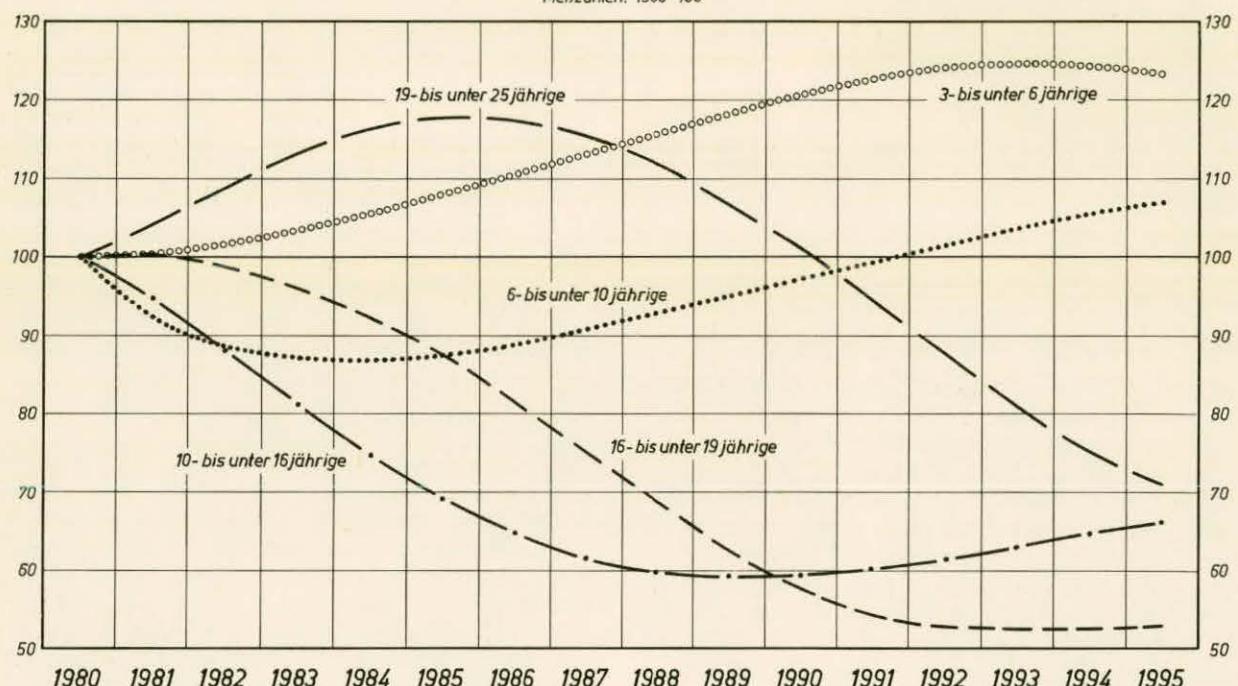
Gesamtindex der Fruchtbarkeit 1960 – 1980

Jahr	Gesamtindex	1960 = 100
1960	2 608,3	100,0
1961	2 713,9	104,0
1962	2 693,2	103,3
1963	2 769,2	106,2
1964	2 669,0	102,3
1965	2 714,8	104,1
1966	2 745,0	105,2
1967	2 657,6	101,9
1968	2 559,4	98,1
1969	2 345,4	89,9
1970	2 136,4	81,9
1971	2 001,6	76,7
1972	1 765,1	67,7
1973	1 483,2	56,9
1974	1 523,1	58,4
1975	1 458,9	55,9
1976	1 456,0	55,8
1977	1 426,6	54,7
1978	1 419,5	54,4
1979	1 415,2	54,3
1980	1 485,9	57,0

Wohnbevölkerung im Kindergarten-, Schul- und Studienalter 1980-1995

Prognoseergebnisse ohne Berücksichtigung der Wanderungsbewegung

Meßzahlen: 1980=100

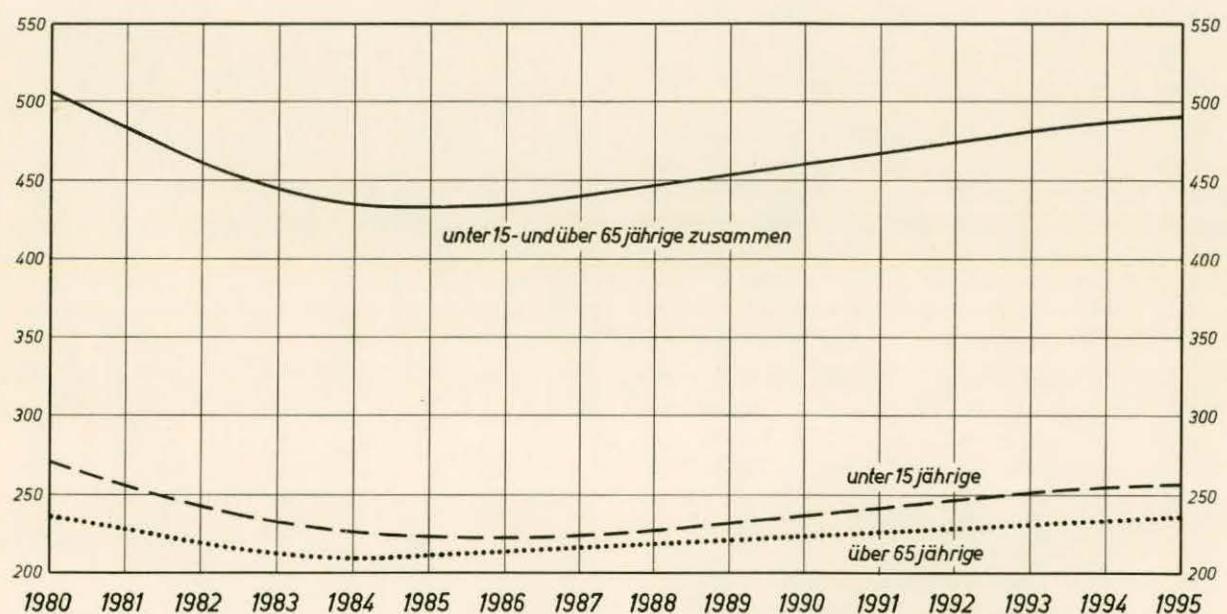


64/82

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

Belastungsquoten 1980-1995

Personen im nichterwerbsfähigen Alter je 1000 Personen im erwerbsfähigen Alter



65/82

STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ H

Jahr	Lebendgeborene	Gestorbene	Gestorbenenüberschuß
1980	37 253	43 576	6 323
1981	37 823	45 122	7 299
1982	38 531	45 747	7 216
1983	39 337	46 313	6 976
1984	40 329	46 851	6 522
1985	41 275	47 298	6 023
1986	42 144	47 652	5 508
1987	42 852	47 907	5 055
1988	43 345	48 129	4 784
1989	43 558	48 282	4 724
1990	43 459	48 347	4 888
1991	43 024	48 391	5 367
1992	42 289	48 439	6 150
1993	41 241	48 386	7 145
1994	39 960	48 370	8 410
1995	38 504	48 292	9 788

Vergleicht man altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern für 1960, 1970 und 1980, so ist folgendes zu erkennen: Insgesamt gesehen hat die Fruchtbarkeit von 1960 über 1970 bis 1980 abgenommen. Auch sind nahezu alle altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern gesunken. Bemerkenswert ist jedoch, daß für unter 21-jährige die Fruchtbarkeitsziffern für 1970 gegenüber 1960 größer sind. Damit einhergehend liegt eine Verschiebung des Altersjahrgangs mit der höchsten Fruchtbarkeitsziffer vor. Während 1960 und 1980 die 25jährigen mit 190 bzw. 126 Geburten je 1 000 Frauen die meisten Kinder zur Welt brachten, waren es 1970 die 23jährigen mit 147 Lebendgeborenen auf 1 000 Frauen.

Extrapoliert man die Entwicklung der Jahre 1970 bis 1980, so erhält man für 1990 Fruchtbarkeitsziffern, die bei den 24- bis 32jährigen Frauen etwas über den Werten von 1980 liegen, bei allen anderen Jahrgängen geringfügig kleiner als 1980 sind. Eine solche Prognose ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt allerdings problematisch, da schwierig zu entscheiden ist, inwieweit die erwähnte Zunahme der Fruchtbarkeit 1979/80 im Vorhersagezeitraum berücksichtigt werden soll.

Ab 1986 wachsende Gestorbenenüberschüsse

Die prognostizierten altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern bestimmen zusammen mit den prognostizierten weiblichen Bevölkerungsbeständen für einzelne Altersjahre die Anzahl der Lebendgeborenen im Prognosezeitraum. Danach wird die Anzahl der Lebendgeborenen von 1980 mit 37 253 zunächst bis 1989 um 16,9% auf 43 558 ansteigen und dann bis 1995 auf 38 504 (um 11,6%) zurückgehen.

Hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Anzahl der Gestorbenen unterstellt das Prognosemodell eine Konstanz der Sterblichkeitsverhältnisse für den Prognosezeitraum. Dies bedeutet, daß das Modell mit konstanten altersspezifischen Sterbeziffern arbeitet. Die Gesamtzahl der Sterbefälle je Prognosejahr ist dann nur abhängig von der Bestandsgröße der einzelnen Altersjahrgänge. Darüber hinaus verwendet das Modell für alle Kreise die gleichen (landesdurchschnittlichen) altersspezifischen Sterbeziffern. Eine Konstanz der Sterbeziffern für die Zukunft dürfte für

einen mittelfristigen Prognosehorizont vertretbar sein, da die Sterblichkeitsverhältnisse in aller Regel keine größeren Schwankungen aufweisen.

In Abweichung hierzu geht die Prognose der Säuglingssterblichkeit davon aus, daß die in der Vergangenheit beobachtete rückläufige Tendenz auch im Prognosezeitraum anhält. Dabei wird wieder mit landesdurchschnittlichen Werten für alle Kreise gerechnet.

Bei den so unterstellten künftigen Sterblichkeitsverhältnissen wird die Anzahl der Gestorbenen von 43 576 im Jahre 1980 bis 1992 um 11,2% auf 48 439 ansteigen, in den dann folgenden Jahren jedoch wieder leicht zurückgehen. Damit überwiegt die Anzahl der Gestorbenen in jedem Prognosejahr die Anzahl der Lebendgeborenen. Der Gestorbenenüberschuß steigt von 1980 (6 323) bis 1981 (7 299) um 15,4% an, fällt dann 1985 unter das Niveau von 1980 zurück, steigt jedoch ab 1990 erneut und wird 1995 bei 9 788 Personen, das sind fast 55% mehr als 1980, liegen.

Geringe Bevölkerungsabnahme

Bei den erwähnten Entwicklungen der Geburten- und Sterblichkeitsverhältnisse wird der Bevölkerungsbestand von Rheinland-Pfalz bis 1995 jährlich um durchschnittlich weniger als 0,2% fallen. Er wird 1995 rund 3 545 000 gegenüber 3 642 000 im Jahre 1980 ausmachen. Bei Betrachtung der Regierungsbezirke zeigt sich für Koblenz und Rheinhessen-Pfalz eine Bevölkerungsabnahme bis 1995 um 3,2% bzw. 3,1% und für Trier eine Zunahme von 0,4%. Danach wird die Bevölkerung 1995 im Regierungsbezirk Koblenz 1 320 000, im Regierungsbezirk Trier 473 000 und in Rheinhessen-Pfalz 1 752 000 Personen umfassen.

Bei Betrachtung der 36 Kreise bzw. kreisfreien Städte stellt man für vier Verwaltungsbezirke bis 1995 leichte Zuwächse (bis 2,8%) fest. Alle anderen Verwaltungsbezirke weisen leichte bzw. teilweise etwas stärker ausgeprägte Abnahmen (bis 6,7% für die Stadt Pirmasens) der Bevölkerungsbestände auf. Diese Zahlen beziehen sich jedoch, wie schon erwähnt,

Prognose der natürlichen Bevölkerungsbewegung
in den Regierungsbezirken
am 31. Dezember 1980 – 1995

Jahr	Rheinland-Pfalz		Regierungsbezirk					
			Koblenz		Trier		Rheinhessen-Pfalz	
	1 000	1980 = 100	1 000	1980 = 100	1 000	1980 = 100	1 000	1980 = 100
1980	3 642	100,0	1 364	100,0	471	100,0	1 808	100,0
1981	3 636	99,8	1 360	99,7	471	100,0	1 805	99,8
1982	3 630	99,7	1 357	99,5	470	99,8	1 803	99,7
1983	3 624	99,5	1 353	99,2	470	99,8	1 800	99,6
1984	3 618	99,3	1 350	99,0	470	99,8	1 798	99,4
1985	3 612	99,2	1 347	98,8	470	99,8	1 795	99,3
1986	3 606	99,0	1 344	98,5	470	99,8	1 792	99,1
1987	3 601	98,9	1 342	98,4	471	100,0	1 789	98,9
1988	3 596	98,7	1 339	98,2	471	100,0	1 786	98,8
1989	3 591	98,6	1 337	98,0	471	100,0	1 782	98,6
1990	3 585	98,4	1 335	97,9	472	100,2	1 778	98,3
1991	3 579	98,3	1 333	97,7	472	100,2	1 774	98,1
1992	3 572	98,1	1 330	97,5	473	100,4	1 769	97,8
1993	3 564	97,9	1 327	97,3	473	100,4	1 764	97,6
1994	3 555	97,6	1 324	97,1	473	100,4	1 758	97,2
1995	3 545	97,3	1 320	96,8	473	100,4	1 752	96,9

lediglich auf die natürlichen Bevölkerungsbewegungen, sind also noch um die Entwicklung der Wanderungsbewegungen zu korrigieren. Die Ergebnisse können dann erheblich anders ausfallen.

Geburtenausfälle der Kriegsjahre beeinflussen zukünftige Altersstruktur

Die zukünftige Entwicklung einzelner Altersklassenbestände verfolgt man am anschaulichsten an den grafischen Darstellungen der Bevölkerungspyramiden. Die Alterspyramide der Bevölkerung von Rheinland-Pfalz weist folgende für die deutsche Bevölkerung typischen Charakteristika auf.

- Tiefe Einschnitte aufgrund der Geburtenausfälle des ersten Weltkrieges (für 1980 geringe Besetzung der Jahrgänge der 61- bis 66jährigen), der Jahre nach der Weltwirtschaftskrise von 1930 (wenige 47- bis 50jährige) sowie der Zeit während des zweiten Weltkrieges und der Jahre danach (wenige Personen im Alter von 32 bis 39 Jahren),
- Hohe Geburtenzahlen in den Jahren 1956 bis 1969, also für 1980 starke Besetzung der Altersklasse der 11- bis 24jährigen. Diese sind in erster Linie durch die geburtenstarken Jahrgänge in der Zeit von 1936 bis 1941 bedingt, die in den späten 50er- bzw. 60er-Jahren in das gebärfähige Alter kamen.
- Frauenüberschuß bei den über 52jährigen, der zum kleineren Teil durch die geringere Sterblichkeit der Frauen in höheren Altersklassen, zum größeren Teil jedoch durch die Kriegsverluste der Männer zu erklären ist.
- Geringe Männerüberschüsse bei allen anderen Jahrgängen, die dadurch bedingt sind, daß mehr Knaben als Mädchen geboren werden.

Diese charakteristischen Zeichen der Bevölkerungspyramide im Basisjahr wirken sich natürlich in starkem Maße auf die Struktur der Alterspyramiden in den Prognosejahren aus. So erkennt man z. B. die für 1985 zu erwartenden starken Altersjahrgänge der 16- bis 29jährigen oder die extrem geringe Besetzung für die 71- bis 76jährigen im Jahre 1990 usw. Auf diese Weise erhält man erste Anhaltspunkte über den Bevölkerungsaufbau und damit erste wichtige Entscheidungsgrundlagen.

Die Geschlechterrelation wird sich insgesamt leicht zugunsten der Männer entwickeln. Waren 1980 von 1 000 Personen 522 Frauen, so werden es 1995 nur noch 515 sein. Betrachtet man einzelne Altersgruppen, so sind 1980 von 1 000 unter 18jährigen 487 Frauen (1995: 488). Bei den 18- bis 45jährigen sind es 1980 486 Frauen (1995: 479), bei den 45- bis 65jährigen 565 (508), bei den über 65jährigen 639 (649).

Bei der Betrachtung der Entwicklung von Altersgruppen erkennt man insbesondere eine Zunahme der unter 6jährigen, sowie der 60- bis 65jährigen, und zwar sowohl absolut als auch anteilmäßig an der Gesamtbevölkerung. Dabei wächst die Zahl der 60- bis 65jährigen von 1980 bis 1990 um 43,1%, geht dann aber bis 1995 wieder etwas zurück. Die Zahl der unter 6jährigen erreicht 1992 mit einem Zuwachs von 21,8% gegenüber 1980 ihren höchsten Stand. Die

Wohnbevölkerung in den Verwaltungsbezirken am 31. Dezember 1980 – 1995

Verwaltungsbezirk	1980	1985	1990	1995	Ver-
					änder-
	1 000				%
Kreisfreie Stadt Koblenz	114	112	110	107	- 5,7
Landkreise					
Ahrweiler	111	109	108	106	- 3,8
Altenkirchen (Ww.)	123	122	122	123	- 0,0
Bad Kreuznach	147	145	144	143	- 2,8
Birkenfeld	87	86	85	83	- 4,4
Cochem-Zell	61	61	61	61	- 1,4
Mayen-Koblenz	190	188	187	185	- 2,4
Neuwied	155	152	149	146	- 5,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	90	89	89	88	- 3,2
Rhein-Lahn-Kreis	118	115	113	111	- 5,6
Westerwaldkreis	168	167	167	166	- 1,0
RB Koblenz	1 364	1 347	1 335	1 320	- 3,2
Kreisfreie Stadt Trier	96	95	94	93	- 2,9
Landkreise					
Bernkastel-Wittlich	107	106	106	105	- 1,5
Bitburg-Prüm	89	89	90	92	2,8
Daun	56	55	56	57	2,1
Trier-Saarburg	124	124	126	126	2,2
RB Trier	471	470	472	473	0,4
Kreisfreie Städte					
Frankenthal (Pfalz)	44	43	43	43	- 2,6
Kaiserslautern	99	98	96	95	- 4,0
Landau i. d. Pfalz	37	36	36	35	- 4,8
Ludwigshafen a. Rhein	159	157	155	151	- 5,2
Mainz	187	187	183	175	- 6,7
Neustadt a. d. Weinstr.	50	49	48	47	- 5,7
Pirmasens	50	49	48	46	- 6,6
Speyer	44	44	43	43	- 2,9
Worms	74	73	72	70	- 4,4
Zweibrücken	35	35	34	34	- 2,9
Landkreise					
Alzey-Worms	97	96	96	95	- 1,8
Bad Dürkheim	116	115	114	113	- 2,9
Donnersbergkreis	67	66	65	64	- 3,5
Germersheim	101	101	102	101	0,2
Kaiserslautern	96	95	94	93	- 2,6
Kusel	75	74	74	73	- 2,5
Südliche Weinstraße	95	95	94	94	- 1,8
Ludwigshafen	126	126	125	125	- 0,9
Mainz-Bingen	158	158	158	157	- 0,8
Pirmasens	99	98	98	98	- 0,6
RB Rheinhessen-Pfalz	1 808	1 795	1 778	1 752	- 3,1
Rheinland-Pfalz	3 642	3 612	3 585	3 545	- 2,7
Kreisfreie Städte	987	978	962	939	- 4,9
Landkreise	2 655	2 634	2 623	2 606	- 1,9

Alter	1980	1985	1990	1995
Anteile in %				
unter 6 Jahre	5,8	6,4	7,1	6,9
6 - 15 "	12,2	9,2	9,2	10,3
15 - 18 "	5,5	4,5	2,9	3,0
18 - 21 "	5,3	5,5	4,0	3,1
21 - 45 "	32,8	33,9	36,4	36,2
45 - 60 "	18,9	20,1	19,3	18,9
60 - 65 "	4,0	5,8	5,9	5,7
65 - 75 "	9,7	8,0	8,5	9,9
75 und mehr "	5,9	6,7	6,8	5,9
Ins gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0
1980 = 100				
unter 6 Jahre	100,0	110,4	120,8	117,1
6 - 15 "	100,0	94,5	74,1	81,9
15 - 18 "	100,0	81,0	53,2	53,5
18 - 21 "	100,0	103,1	74,9	57,9
21 - 45 "	100,0	102,5	109,4	107,6
45 - 60 "	100,0	105,6	100,5	97,7
60 - 65 "	100,0	142,2	143,1	137,3
65 - 75 "	100,0	81,8	85,6	98,8
75 und mehr "	100,0	112,0	112,7	97,3
Ins gesamt	100,0	99,2	98,4	97,3

stärksten Rückgänge sind bei den 15- bis 21jährigen zu verzeichnen. Dabei nimmt die Zahl der 15- bis 18jährigen bis 1995 um 46,5%, die der 18- bis 21jährigen um 42,1% gegenüber dem Niveau von 1980 ab. Der Anteil an der Gesamtbevölkerung sinkt damit von 5,5% bzw. 5,3% auf 3,0% bzw. 3,1%.

Wechselnde Auslastung der Bildungseinrichtungen

Von besonderem Interesse sind Aussagen über die zukünftige Entwicklung von Bevölkerungsgruppen im Kindergarten-, Schul- und Studienalter. Prognosen hierüber stellen die Basis für die Planung öffentlicher und privater Bildungseinrichtungen dar. Üblicherweise betrachtet man hier die folgenden Altersgruppen:

3- bis 6jährige (Bevölkerung im Kindergartenalter),
6- bis 10jährige (Alter für die Grundschule),
10- bis 16jährige (Alter für die Sekundarstufe I),
16- bis 19jährige (Alter für die Sekundarstufe II),
19- bis 25jährige (Bevölkerung im Studienalter).

Natürlich können Zahlen über die Entwicklung dieser Altersgruppen nur erste Anhaltspunkte für die tatsächliche Inanspruchnahme der Bildungseinrichtungen geben. So ist z. B. denkbar, daß trotz einer Abnahme der Bevölkerungsgruppe der 19- bis 25jährigen die Zahl der Studenten, zumindest vorübergehend, dennoch zunimmt, wenn die Studienneigung wächst. Aussagen über die zukünftige Entwicklung der Schülerzahlen vermittelt ein beim Statistischen Landesamt vorliegendes gesondertes Schülerprognosemodell.

Nach der vorliegenden Prognose wird die Bevölkerung im Kindergartenalter bis 1994 kontinuierlich an-

steigen und erstmals 1995 wieder leicht fallen. Bei der Bevölkerung im Schulalter ist die Entwicklung recht unterschiedlich. Die Anzahl der 6- bis 10jährigen sinkt bis 1984 auf den im Prognosezeitraum niedrigsten Wert ab (137 500) und wächst bis 1995 auf ein Niveau an, das ca. 7% höher liegt als das Basisniveau von 1980. Die Gruppe der 10- bis 16jährigen erreicht 1989 ihren niedrigsten Stand, wächst zwar wieder leicht, umfaßt aber 1995 immer noch 34% Personen weniger als 1980. Noch extremer sieht es bei den 16- bis 19jährigen aus, deren Zahl von 1980 bis 1995 um mehr als 47% abnimmt. Die Bevölkerungsgruppe im Studienalter wächst von 1980 bis 1985 um ca. 18% auf 412 000 Personen, sinkt dann aber rapide ab und erreicht einen Stand von 248 700 Personen, das sind 29% weniger als 1980.

Zunächst fallende, dann wieder ansteigende Belastungsquoten

Bei der Berechnung sog. Belastungsquoten werden Personen im nicht-erwerbsfähigen Alter zu Personen im erwerbsfähigen Alter in Beziehung gesetzt. Dabei stellt die Jugendlichenbelastungsquote den Quotienten aus den unter 15jährigen und den 15- bis 65jährigen dar. Bei der Altenbelastungsquote dividiert man die Anzahl der Personen, die über 65 Jahre alt sind, durch die Zahl der 15- bis 65jährigen. Diese Quotienten bringen zum Ausdruck, wie groß die Zahl der Personen ist, für die die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aufkommen muß. Üblicherweise gibt man dabei die Anzahl der nicht-erwerbsfähigen Personen auf jeweils 1 000 erwerbsfähige Personen an. Danach wird die Jugendlichenbelastungsquote zunächst von 270 (1980) auf 222 (1986) fallen und bis 1995 auf 257 ansteigen. Die Altenbelastungsquote hat den niedrigsten Stand mit 209 Personen im Jahre 1984, gegenüber 236 Personen in den Jahren 1980 und 1995. Damit ergeben sich für die gesamte Belastungsquote, die sich aus Jugendlichen- und Altenbelastungsquote zusammensetzt, Werte von 506 (1980), 434 (niedrigster Stand, 1985) und 492 (1995).

Wegen Verlängerung der Schulzeit und Herabsetzung des Rentenalters sollte man realistischerweise von einer anderen Abgrenzung der Altersgruppen ausgehen. Nimmt man als Gruppe der erwerbsfähigen Personen nur noch die 15- bis 63jährigen, so erhält man für die Altenbelastungsquote (Personen über 63 Jahren je 1 000 Personen im erwerbsfähigen Alter) Werte von 260 für 1980, 251 für 1984 und 276 für 1990. Bedingt durch die stark variierende Zahl der 64- und 65jährigen im Prognosezeitraum übersteigen die Werte der Belastungsquote nach neuer Definition diejenigen nach konventioneller Definition in unterschiedlichem Ausmaß. Bei der Jugendlichenbelastungsquote wären ähnliche Überlegungen anzustellen. So könnte man die Grenze der jugendlichen Nichterwerbsfähigen bei 16, ggf. sogar bei 17 Jahren festlegen.

Diplom-Ökonom G. Ickler

Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk 1971 bis 1981

In der Bundesrepublik Deutschland hat das Handwerk traditionsgemäß eine erhebliche wirtschaftliche Bedeutung. An der Wertschöpfung der deutschen, ebenso wie der rheinland-pfälzischen Wirtschaft ist es mit einem Anteil von rd. 10% beteiligt. Es stellt somit einen wichtigen Bereich der Wirtschaft dar, der einer großen Anzahl von Arbeitnehmern Beschäftigung bietet. Von hoher Bedeutung sind vor allem auch die Leistungen, die das Handwerk im Rahmen der Berufsausbildung erbringt. Kennzeichnend für diesen Wirtschaftsbereich sind seine mittelständische Struktur und die große Zahl kleinerer Betriebe, die über das ganze Land gestreut sind.

Die Verdiensterhebung im Handwerk wird als Bundesstatistik seit 1957 halbjährlich in den Monaten Mai und November durchgeführt. Rechtsgrundlage ist das Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 (BGBI. I S. 429). Die Angaben werden nach dem Lohnsummenverfahren auf repräsentativer Grundlage erhoben

und dienen zur Darstellung der Entwicklung der laufend gezahlten Effektivverdienste und der Arbeitszeiten der vollbeschäftigte männlichen Arbeiter in neun wichtigen Handwerkszweigen. Reine Familienbetriebe sowie handwerkliche Nebenbetriebe werden nicht berücksichtigt. Strukturelle Einblicke in das Lohn- und Gehaltsgefüge, z. B. durch Gliederung der Ergebnisse nach Alter, Betriebszugehörigkeit und Lohnform, können durch die Verdiensterhebung im Handwerk nicht gewonnen werden. Die repräsentativen Daten werden auf Schätzwerte einer gleichartigen Totalerhebung hochgerechnet.

Im Berichtsmonat Mai 1979 wurde der weitaus größte Teil der seit dem letzten Berichtskreiswechsel im Jahre 1966 erfaßten Firmen gegen dahin nicht auskunftspflichtige Betriebe ausgetauscht. Gleichzeitig mit der Neuauswahl der Berichtsbetriebe erfolgten einige methodische Anpassungen an veränderte Erfordernisse. So wurde der zu erfassende Personenkreis

Durchschnittliche Arbeitszeiten und Bruttoverdienste der männlichen Arbeiter im Handwerk
in Rheinland-Pfalz 1971 - 1981

Jahr Monat	Bezahlte Wochenstunden			Bruttowochenverdienst			Bruttostundenverdienst				
	alle männlichen Arbeiter	darunter		alle männlichen Arbeiter	darunter		alle männlichen Arbeiter	darunter			
		Voll- gesellen	Jung- gesellen		Voll- gesellen	Jung- gesellen		Voll- gesellen	Jung- gesellen		
Stunden			DM			DM			DM		
1971											
	Mai	44,3	44,3	43,9	281	296	230	6,35	6,69	5,24	5,57
November		43,8	43,8	43,4	293	308	242	6,68	7,04		
1972											
	Mai	43,4	43,3	43,6	306	319	257	7,03	7,37	5,90	
November		43,7	43,7	43,7	331	346	277	7,57	7,92	6,33	
1973											
	Mai	43,4	43,4	43,4	348	365	287	8,02	8,41	6,61	
November		43,3	43,2	43,1	357	372	295	8,26	8,61	6,85	
1974											
	Mai	42,8	42,7	42,6	371	385	316	8,67	8,99	7,42	
November		43,1	43,1	42,9	385	399	324	8,93	9,25	7,56	
1975											
	Mai	42,0	42,0	42,5	388	403	324	9,24	9,57	7,63	
November		43,0	42,9	43,0	411	424	339	9,56	9,90	7,89	
1976											
	Mai	42,6	42,4	42,5	416	433	338	9,77	10,20	7,94	
November		42,5	42,4	42,2	418	439	339	9,84	10,37	8,02	
1977											
	Mai	41,7	41,8	41,6	433	450	362	10,36	10,77	8,69	
November		42,1	42,0	42,1	439	458	365	10,42	10,91	8,66	
1978											
	Mai	41,6	41,4	42,1	450	465	390	10,81	11,22	9,25	
November		42,2	42,0	42,3	466	483	404	11,05	11,49	9,53	
1979											
	Mai 1)	42,0	41,9	41,7	485	505	402	11,56	12,05	9,63	
November		42,0	41,9	41,4	494	517	406	11,78	12,33	9,80	
1980											
	Mai	41,9	41,8	41,6	522	543	437	12,45	12,99	10,52	
November		42,0	42,0	41,8	534	559	433	12,70	13,30	10,34	
1981											
	Mai	41,7	41,6	41,4	555	577	454	13,32	13,85	10,97	
November		41,4	41,3	41,4	554	578	450	13,37	13,99	10,86	

1) Neuer Firmenkreis. Die bisher veröffentlichten Ergebnisse wurden nach jedem Firmenkreiswechsel mit den ermittelten Korrekturfaktoren zu einer durchgehenden Zeitreihe verkettet.

Durchschnittliche Arbeitszeiten und Bruttoverdienste der männlichen Arbeiter im Handwerk
im Bundesgebiet 1971 – 1981

Jahr Monat	Bezahlte Wochenstunden			Bruttowochenverdienst			Bruttostundenverdienst		
	alle männlichen Arbeiter	darunter		alle männlichen Arbeiter	darunter		alle männlichen Arbeiter	darunter	
		Voll- gesellen	Jung- gesellen		Voll- gesellen	Jung- gesellen		Voll- gesellen	Jung- gesellen
Stunden			DM			DM			
1971	Mai November	44,1	44,2	43,4	296	312	241	6,70	7,06
		43,9	44,0	43,2	307	324	253	6,98	7,36
1972	Mai November	43,6	43,6	42,8	322	339	265	7,38	7,78
		43,7	43,7	42,9	337	354	280	7,72	8,10
1973	Mai November	43,5	43,6	42,8	360	377	301	8,26	8,64
		43,3	43,3	42,6	373	390	312	8,63	9,01
1974	Mai November	42,8	42,8	42,1	393	410	324	9,17	9,58
		42,9	42,9	42,3	406	424	336	9,47	9,89
1975	Mai November	42,2	42,2	41,6	412	430	336	9,76	10,19
		42,5	42,5	42,0	425	444	346	10,00	10,44
1976	Mai November	42,4	42,4	41,7	438	458	355	10,32	10,78
		42,4	42,4	41,7	442	464	359	10,43	10,94
1977	Mai November	42,1	42,1	41,5	460	481	374	10,91	11,41
		42,2	42,2	41,6	468	491	380	11,08	11,62
1978	Mai November	41,9	41,9	41,4	480	502	392	11,44	11,98
		42,1	42,2	41,6	495	520	403	11,74	12,33
1979	1) Mai November	41,9	41,9	41,4	510	533	421	12,16	12,72
		41,9	41,9	41,5	518	543	426	12,35	12,95
1980	Mai November	41,8	41,8	41,4	545	569	450	13,04	13,62
		41,9	41,9	41,4	557	583	459	13,30	13,92
1981	Mai November	41,7	41,7	41,3	577	602	479	13,83	14,42
		41,6	41,6	41,2	580	607	483	13,94	14,56
									11,60
									11,71

1) Neuer Firmenkreis. Die bisher veröffentlichten Ergebnisse wurden nach jedem Firmenkreiswechsel mit den ermittelten Korrekturfaktoren zu einer durchgehenden Zeitreihe verkettet.

auf die männlichen Arbeiter beschränkt, da die Zahl der weiblichen Arbeitskräfte und die der Angestellten im Handwerk generell nur von geringer Bedeutung ist. Weiterhin verzichtete man mit dem Berichtskreiswechsel auf die Gewerbezweige Herrenschneiderei und Damenschneiderei. Dafür kam neu hinzu der Zweig Zentralheizungs- und Lüftungsbau, der bisher teilweise im Bereich Klempnerei, Gas- und Wasserinstallation enthalten war. Die Bezeichnung Gewerbezweig stellt übrigens inhaltlich keine Änderung gegenüber der früheren Bezeichnung Handwerkszweig dar. Es handelt sich lediglich um eine Anpassung an die Terminologie der Handwerkssystematik. Schließlich ist von den bisherigen Erhebungsmerkmalen mit der Einführung des neuen Berichtskreises das Merkmal geleistete Arbeitsstunden, dem geringe Bedeutung zu kam, weggefallen. Es werden nur noch die bezahlten Arbeitsstunden und die bezahlten Mehrarbeitsstunden erfragt.

Auswahlgrundlage für den neuen Berichtskreis waren die Ergebnisse der Handwerkszählung 1977. Aufgrund des Stichprobenplans für Rheinland-Pfalz er-

folgte eine Schichtung der Auswahlmasse von 10 300 Betrieben nach neun Gewerbezweigen und innerhalb dieser nach insgesamt fünf Beschäftigtengrößenklassen. Hieron wurden 1 665 Betriebe, das ist ein Auswahl- satz von 16,2%, in die Stichprobe einbezogen. Durch ein spezielles Umrechnungsverfahren wurde die Aufstellung durchlaufender Zeitreihen ermöglicht, so daß sich die Werte für den alten Berichtskreis vor Mai 1979 mit denen des neuen ab Mai 1979 vergleichen lassen.

Bruttostundenverdienste der Handwerker von 1971 bis 1981 verdoppelt

Vorweg einige definitorische Anmerkungen: Zu den Vollgesellen zählen die Gesellen der handwerklichen Fachrichtung, die mindestens in die Lohnklasse des im Tarifvertrag festgelegten Ecklohnes (100%) eingestuft sind. Dazu gehören auch die qualifizierten Gesellen, die einen Zuschlag zum Ecklohn erhalten (z. B. Erstgesellen, Altgesellen, Vorarbeiter, Meister im Stundenlohn). Als Junggesellen gelten diejenigen Gesellen, deren Lohn aufgrund ihres geringen Lebens-

Durchschnittliche Arbeitszeiten und Bruttoverdienste der männlichen Arbeiter nach ausgewählten Gewerbezweigen
in Rheinland-Pfalz im November 1981

Gewerbezweig	Arbeitergruppe	Bezahlte Wochen- arbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttowochenverdienst	
			ins- gesamt	Ver- änderung zu November 1971	ins- gesamt	Ver- änderung zu November 1971
			Stunden	DM	%	DM
Maler und Lackierer	Vollgesellen	40,6	14,23	107,1	578	96,6
	Junggesellen	40,5	11,95	106,7	484	102,5
	Übrige Arbeiter	(41,2)	(11,89)	105,0	(489)	106,3
	Zusammen	40,6	14,02	107,7	570	98,6
Schlosser	Vollgesellen	42,2	14,43	109,7	609	93,9
	Junggesellen	41,9	10,81	107,9	453	98,7
	Übrige Arbeiter	44,3	12,60	123,8	558	108,2
	Zusammen	42,4	13,60	115,2	577	101,7
Kraftfahrzeugmechaniker	Vollgesellen	39,9	13,41	92,7	534	81,0
	Junggesellen	39,9	10,14	95,4	405	85,8
	Übrige Arbeiter	42,0	11,33	99,5	476	90,4
	Zusammen	40,0	12,82	95,4	514	84,2
Klempner-, Gas- und Wasser- installateure	Vollgesellen	40,6	14,18	72,7	576	65,0
	Junggesellen	40,2	11,30	101,1	455	90,4
	Übrige Arbeiter	42,8	12,30	78,5	526	83,9
	Zusammen	40,7	13,62	79,7	554	72,6
Zentralheizungs- ¹⁾ und Lüftungsbauer	Vollgesellen	42,0	14,72	-	619	-
	Junggesellen	41,9	11,41	-	479	-
	Übrige Arbeiter	(42,3)	(12,77)	-	(540)	-
	Zusammen	42,0	13,96	-	587	-
Elektroinstallateure	Vollgesellen	41,6	13,71	102,8	570	88,1
	Junggesellen	42,2	10,85	79,9	458	74,1
	Übrige Arbeiter	43,3	12,35	144,1	535	115,7
	Zusammen	41,7	13,30	104,0	555	89,4
Tischler	Vollgesellen	42,3	13,95	119,0	590	109,2
	Junggesellen	41,6	11,13	108,4	463	96,2
	Übrige Arbeiter	41,4	12,02	117,0	498	107,5
	Zusammen	42,0	13,23	117,2	556	108,2
Bäcker	Vollgesellen	42,2	13,49	98,1	570	88,1
	Junggesellen	42,2	10,42	105,1	440	93,8
	Übrige Arbeiter	40,7	11,11	94,2	452	72,5
	Zusammen	42,1	12,74	96,3	536	84,8
Fleischer	Vollgesellen	41,3	14,11	96,0	584	81,9
	Junggesellen	41,7	10,28	76,9	428	68,5
	Übrige Arbeiter	43,3	10,85	139,5	470	128,2
	Zusammen	41,5	13,25	94,3	551	81,3
Alle ausgewählten Gewerbezweige	Vollgesellen	41,3	13,99	98,7	578	87,7
	Junggesellen	41,4	10,86	95,0	450	86,0
	Übrige Arbeiter	42,2	11,93	115,0	503	106,1
	Insgesamt	41,4	13,37	100,1	554	89,1

1) Ab 1979 in die Erhebung einbezogen.

alters oder ihrer geringen Anzahl von Berufsjahren einem tariflich vorgesehenen Abschlag gegenüber dem Ecklohn unterliegt. Die übrigen Arbeiter haben aufgrund ihrer Berufsausbildung und ihrer Tätigkeit keinen Anspruch auf den tariflichen Ecklohn (z. B. an-gelernte Arbeiter, ungelernte Arbeiter, Fahrpersonal).

In Rheinland-Pfalz erhöhten sich die Bruttostundenverdienste aller männlichen Arbeiter in den erfaßten Gewerbezweigen von 6,68 DM im November 1971 auf 13,37 DM im November 1981. Innerhalb von zehn Jahren haben sich somit die Stundenverdienste verdoppelt. Die durchschnittliche jährliche Lohnerhöhung belief sich im untersuchten Zeitraum auf nicht weniger als 7,2%. Auf überdurchschnittliche Stundenlöhne kamen die Vollgesellen, die im November vergangenen Jahres 13,99 DM (+ 99% gegenüber November 1971) verdienten, darunter blieben die Junggesellen mit

10,86 DM (+ 95%) und die übrigen Arbeiter mit 11,93 DM (+ 115%).

Die Bruttowochenlöhne erhöhten sich im untersuchten Zeitraum von 1971 bis 1981 infolge der rückläufigen Entwicklung der Arbeitszeit weniger stark. Alle männlichen Handwerker kamen im November 1981 auf 554 DM (+ 89% gegenüber November 1971), Vollgesellen auf 578 DM (+ 88%), Junggesellen auf 450 DM (+ 86%) und die übrigen Arbeiter auf 503 DM (+ 106%). Der für alle männlichen Arbeiter im November 1981 ermittelte Bruttowochenverdienst entsprach einem hochgerechneten Bruttomonatsverdienst von rd. 2 330 DM.

Die höchsten Stundenlöhne konnten bei den Malern und Lackierern mit 14,02 DM sowie den Zentralheizungs- und Lüftungsbauern (13,96 DM) festgestellt

werden, am niedrigsten lagen sie bei den Kraftfahrzeugmechanikern (12,82 DM) und Bäckern (12,74 DM). Von November 1971 bis November 1981 stiegen die Stundenlöhne am stärksten bei den Tischlern an (+ 117%), am geringsten fiel die Zunahme für Klempner, Gas- und Wasserinstallateure aus (+ 80%).

Von den erfaßten Handwerkern waren 77% Vollgesellen, 13% Junggesellen und das restliche Zehntel die übrigen Arbeiter. Die meisten Handwerker sind als Kraftfahrzeugmechaniker, Bäcker und Tischler tätig. Vergleichsweise kamen die rheinland-pfälzischen männlichen Industriearbeiter auf deutlich höhere Stundenlöhne als die Handwerker. Erstere verdienten im Oktober 1981 je Stunde 14,79 DM, das waren 1,42 DM mehr als einen Monat später für die Handwerker errechnet wurde.

Stundenlöhne der Handwerker in Ballungsräumen höher

Ein Vergleich der Verdienste im Handwerk in Rheinland-Pfalz mit denen im Bundesgebiet zeigt, daß letztere im November 1981 geringfügig höher ausfielen. So kamen die männlichen Handwerker im Bundesgebiet auf durchschnittliche Stundenlöhne von 13,94 DM, das waren 57 Pfennig oder 4,3% mehr als in Rheinland-Pfalz. Die Bruttowochenlöhne lagen im Bundesgebiet mit 580 DM um 26 DM oder 4,7% über den rheinland-pfälzischen. Die Gründe hierfür dürften vorwiegend darin zu finden sein, daß in den drei Stadtstaaten und den Ballungsgebieten Nordrhein-Westfalens meist höhere Löhne gezahlt werden. Der prozentuale Anstieg der Löhne lief von 1971 bis 1981 im Bundesgebiet parallel mit dem in Rheinland-Pfalz. Die Bruttostundenlöhne aller männlichen Handwerker

Durchschnittliche Arbeitszeiten und Bruttoverdienste der männlichen Arbeiter nach ausgewählten Gewerbezweigen im Bundesgebiet im November 1981

Gewerbezweig	Arbeitergruppe	Bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttostundenverdienst		Bruttowochenverdienst	
			insgesamt	Veränderung zu November 1971	insgesamt	Veränderung zu November 1971
			Stunden	DM	%	DM
Maler und Lackierer	Vollgesellen	41,0	14,62	100,0	599	93,2
	Junggesellen	40,5	12,42	108,4	503	100,4
	Übrige Arbeiter	41,9	13,28	113,2	556	104,4
	Zusammen	41,0	14,36	101,7	589	93,8
Schlosser	Vollgesellen	42,4	14,65	96,1	621	82,6
	Junggesellen	42,0	12,10	111,2	508	101,6
	Übrige Arbeiter	42,6	12,67	98,3	540	86,2
	Zusammen	42,4	13,92	99,4	590	86,7
Kraftfahrzeugmechaniker	Vollgesellen	40,8	13,94	96,3	568	86,8
	Junggesellen	40,5	11,08	96,5	449	89,5
	Übrige Arbeiter	41,4	11,78	103,8	487	95,6
	Zusammen	40,8	13,24	100,0	540	90,8
Klempner-, Gas- und Wasserinstallateure	Vollgesellen	41,6	15,43	95,3	642	84,5
	Junggesellen	40,9	12,51	100,5	511	89,3
	Übrige Arbeiter	41,6	13,29	108,3	553	97,5
	Zusammen	41,5	14,85	99,1	616	88,4
Zentralheizungs- ¹⁾ und Lüftungsbauer	Vollgesellen	41,8	15,59	-	652	-
	Junggesellen	41,5	12,60	-	523	-
	Übrige Arbeiter	41,7	13,32	-	556	-
	Zusammen	41,8	14,91	-	623	-
Elektroinstallateure	Vollgesellen	41,9	14,15	90,7	594	80,0
	Junggesellen	41,0	11,58	90,5	474	80,2
	Übrige Arbeiter	42,5	12,95	92,7	551	81,3
	Zusammen	41,8	13,69	93,4	573	82,5
Tischler	Vollgesellen	42,0	14,52	103,9	609	92,7
	Junggesellen	41,8	11,81	117,9	493	109,8
	Übrige Arbeiter	41,3	12,63	107,7	521	95,1
	Zusammen	41,8	13,87	104,6	580	92,7
Bäcker	Vollgesellen	42,7	14,03	103,0	599	92,0
	Junggesellen	41,9	10,70	102,7	449	90,3
	Übrige Arbeiter	43,5	11,69	115,3	508	110,8
	Zusammen	42,7	13,15	104,5	561	93,4
Fleischer	Vollgesellen	41,8	14,40	92,3	602	81,3
	Junggesellen	41,5	10,90	89,6	452	79,4
	Übrige Arbeiter	43,2	11,53	111,6	498	99,2
	Zusammen	41,9	13,44	93,4	563	82,8
Alle ausgewählten Gewerbezweige	Vollgesellen	41,6	14,56	97,8	607	87,3
	Junggesellen	41,2	11,71	100,2	483	90,9
	Übrige Arbeiter	42,1	12,53	102,8	527	93,8
	Insgesamt	41,6	13,94	99,7	580	88,9

1) Ab 1979 in die Erhebung einbezogen.

erhöhten sich auch dort von November 1971 bis November 1981 um 100% und die Bruttowochenverdienste um 89%. Von den einzelnen Gewerbezweigen kamen im Bundesgebiet die Zentralheizungs- und Lüftungsbauer mit 14,91 DM auf die höchsten Stundenlöhne, gefolgt von den Klempnern, Gas- und Wasserinstallateuren (14,85 DM). Am Ende der Lohnskala befanden sich die Bäcker mit 13,15 DM. Von den erfaßten Handwerkern waren 75% Vollgesellen, 14% Junggesellen und 11% zählten zu den übrigen Arbeitern. Der Anteil der Vollgesellen lag damit in Rheinland-Pfalz um zwei Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt.

Wöchentliche Arbeitszeit bei den Schlossern mit 42,4 Stunden am höchsten

Die bezahlten Wochenstunden entwickelten sich von November 1971 bis November 1981 in Rheinland-

Pfalz wie im Bundesgebiet in nahezu gleichem Maße rückläufig. In Rheinland-Pfalz ergab sich in diesem Zeitraum für alle Handwerker eine Verringerung um 2,4 auf 41,4 Stunden und im Bundesgebiet um 2,3 auf 41,6 Stunden. Voll- und Junggesellen kamen auf fast die gleiche bezahlte Arbeitszeit. In Rheinland-Pfalz waren es bei den Vollgesellen 41,3 Stunden und bei den Junggesellen 41,4 Stunden, im Bundesgebiet lauteten die entsprechenden Werte 41,6 bzw. 41,2 Stunden. In den einzelnen rheinland-pfälzischen Gewerbezweigen differierte die wöchentliche bezahlte Arbeitszeit zwischen durchschnittlich 42,4 Stunden bei den Schlossern und 40 Stunden bei den Kraftfahrzeugmechanikern. Im Bundesgebiet arbeiteten die Bäcker mit 42,7 Stunden pro Woche am längsten, während die Kraftfahrzeugmechaniker mit 40,8 Stunden leicht über der 40-Stundenwoche lagen.

Diplom-Volkswirt A. Wachweger

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe 1970 bis 1980

Zwischen der Ertragsentwicklung der Unternehmen und ihrer Investitionstätigkeit besteht ein enger Zusammenhang. Es müssen Erträge erzielt werden, um die erforderlichen Investitionen finanzieren zu können. Auch werden die Unternehmen nur dann investieren, wenn Aussicht besteht, daß die mit den neuen Anlagen produzierten Güter abgesetzt werden können. Insofern stellen die Investitionen einen Indikator für die Beobachtung der konjunkturellen Entwicklung dar. In einem früheren Beitrag¹⁾ wurde an Hand der Ergebnisse der Jahre 1970 bis 1980 aufgezeigt, daß auf ein Jahr mit hohem Investitionswachstum bei sonst unveränderten wirtschaftlichen Verhältnissen in der Regel nach zwei bis drei Jahren ein erhöhter Anstieg des Bruttoinlandsproduktes folgt.

Da die Unternehmen die Investitionsangaben zur Statistik in der Regel ihren Bilanzen entnehmen, die häufig erst in der zweiten Hälfte des auf das Berichtsjahr folgenden Jahres vorgelegt werden, liegen die Daten der jährlichen Investitionserhebung erst nach einem Jahr vor. Um zu aktuelleren statistischen Ergebnissen zu kommen, führt das Statistische Landesamt regelmäßig im November eine manuelle Vorweg-aufbereitung der Investitionen der Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten durch, so daß bereits Anfang Dezember vorläufige Resultate für das vorausgegangene Jahr zur Verfügung stehen. Eine Beschränkung der Aufbereitung auf die größeren Betriebe ist sinnvoll, weil diese fast 90% des gesamten Investitionsvolumens aufbringen.

Chemie und Mineralölverarbeitung investierten über 1 Mrd. DM

Von den rund 2 800 rheinland-pfälzischen Betrieben des verarbeitenden Gewerbes mit 20 und mehr Beschäftigten, die jährlich zur Investitionserhebung be-

richten, wurden im Jahr 1980 knapp 3,5 Mrd. DM in Anlagegüter investiert. Das sind fast 5% des erzielten Umsatzes von 72 Mrd. DM. Von den Anlageinvestitionen, die im Geschäftsjahr aktivierten Bruttozugänge an Sachanlagen einschließlich der Instandhaltungen und Erneuerungen von Anlagen (Ersatzinvestitionen) umfassen, entfielen 1980 vier Fünftel auf Maschinen, maschinelle Anlagen sowie Betriebs- und Geschäftsausstattungen und ein Fünftel auf Grundstücke und Gebäude.

Mit 1,4 Mrd. DM oder 41% wurde 1980 im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe am meisten investiert. Zu diesem Betrag trugen die chemische Industrie und die Mineralölverarbeitung mit einem Investitionsvolumen von 1 Mrd. DM am stärksten bei. Mit Abstand folgen Steine und Erden (197 Mill. DM) und Gummiverarbeitung (86 Mill. DM). Die eisenschaffende Industrie und NE-Metallerzeugung, die - gemessen an Beschäftigtenzahl und Umsatzhöhe - direkt nach dem Steine und Erden-Bereich kommt, wendete 31 Mill. DM für Investitionsgüter auf.

An zweiter Stelle unter den Hauptgruppen stand mit 1,2 Mrd. DM oder 35% der im verarbeitenden Gewerbe getätigten Investitionen das Investitionsgüter produzierende Gewerbe. Den größten Anteil hatten der Straßenfahrzeugbau einschließlich Reparatur von Kraftfahrzeugen (682 Mill. DM) sowie der Maschinenbau mit Büromaschinen, ADV-Geräten und -einrichtungen (293 Mill. DM). Das sind 80% der in der Hauptgruppe getätigten Investitionen bei einem Umsatzanteil von 78%.

An dritter und vierter Stelle unter den Hauptgruppen rangierten mit 16 bzw. 9% der Investitionen des verarbeitenden Gewerbes das Verbrauchsgüter produzierende Gewerbe und der Nahrungs- und Genußmittelbereich. Das größte Investitionsvolumen erbrachten hier die Kunststoffwarenindustrie (132 Mill. DM)

¹⁾ H.-H. Meincke: Investitionen und wirtschaftliches Wachstum. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 34, Heft 2, Februar 1981.

Wirtschaftszweig	Betriebe	Be-schäftigte	Umsatz 1)	Anlage-	
				insgesamt	Ver-änderung zu 1979
	Ende September		1 000 DM	%	
<u>Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe</u> ²⁾					
Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	267	18 131	2 692 761	196 981	10,9
Gewinnung von Natursteinen	36	1 275	247 854	24 248	1,3
Gewinnung von Sand und Kies	21	517	72 665	11 374	39,0
Herstellung von Zement	6	1 134	309 273	26 651	67,4
Ziegeleien	15	2 241	254 214	13 538	- 43,6
Herstellung von feuerfester Grobkeramik	27	3 856	479 067	21 085	119,8
Herstellung von Baustoffen aus Bims	26	1 302	209 545	21 515	8,4
Herstellung von Betonerzeugnissen (ohne Bims, großformatige Fertigbauteile)	44	2 165	313 960	20 797	- 12,7
Verarbeitung von Asbest	6	1 561	198 924	8 531	30,8
Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	15	8 089	2 529 150	30 651	- 40,8
Gießereien	25	6 636	551 593	38 772	64,3
Ziehereien, Kaltwalzwerke; Mechanik	26	1 903	370 093	5 366	3,4
Chemische Industrie; Mineralölverarbeitung	96	73 978	20 671 476	1 004 222	- 3,2
Holzbearbeitung	51	4 373	734 709	29 331	- 20,2
Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappverarbeitung	17	3 067	504 444	24 273	13,1
Gummiverarbeitung	16	6 986	871 689	85 964	104,5
<u>Investitionsgüter produzierendes Gewerbe</u>	1 090	150 955	24 443 081	1 218 501	47,5
Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	108	8 381	764 788	24 457	- 6,4
Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und - Einrichtungen	244	50 612	6 720 344	292 777	17,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeu- gen usw.	342	44 669	12 241 651	681 733	84,8
Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau	5	1 508	90 110	3 076	24,7
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	151	19 954	1 545 099	81 174	29,7
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	58	4 547	368 415	16 177	60,3
Stahlverformung	38	3 890	457 446	28 138	24,1
Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	144	17 394	2 255 228	90 969	9,9
Herstellung von Stahlblechwaren (ohne Möbel)	44	5 539	626 311	37 156	16,1
Herstellung von Schlossern und Beschlägen	7	2 144	214 547	14 146	3,5
Herstellung von Metallwaren (ohne Kurzwaren)	23	3 066	439 840	17 352	17,1
<u>Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe</u>	941	104 058	11 407 421	541 983	11,9
Feinkeramik	57	6 392	520 837	22 753	- 26,2
Herstellung von Steingut, Feinsteinzeug, Ton- und Töpferwaren	42	3 639	247 724	12 965	- 32,1
Herstellung und Verarbeitung von Glas	23	8 981	1 173 930	72 085	48,6
Holzverarbeitung	145	14 245	1 595 036	52 864	- 23,4
Herstellung von Holzmöbeln (ohne Polstermöbel)	62	5 816	689 126	17 929	- 29,7
Herstellung von Musikinstrumenten usw.; Schmuckwaren, Edelsteingewerbe	44	2 597	260 553	5 281	11,8
Papier- und Pappverarbeitung	52	6 856	1 012 209	40 521	26,5
Herstellung von Tapeten, Spezialpapieren, Verpackungsmitteln	35	3 323	485 108	22 419	13,4
Druckerei, Vervielfältigung	96	8 245	1 091 896	95 123	113,7
Herstellung von Kunststoffwaren	133	15 346	2 257 139	131 535	0,2
Ledererzeugung	7	372	73 206	·	·
Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	42	4 042	257 617	·	·
Herstellung von Schuhen	183	20 514	1 632 579	42 105	0,7
Textilgewerbe	47	8 807	942 071	58 503	- 2,5
Bekleidungsgewerbe	112	7 661	590 348	12 628	- 4,0
<u>Nahrungs- und Genußmittelgewerbe</u>	216	21 017	6 807 834	296 449	21,3
Ernährungsgewerbe	210	20 028	6 454 053	·	·
Obst- und Gemüseverarbeitung	15	1 327	188 345	5 409	- 37,2
Molkerei, Käseerei; Herstellung von Milchpräparaten, Schmelzkäse	12	1 288	835 224	11 512	21,2
Brauereien und Mälzereien	33	4 255	903 004	101 472	16,3
Herstellung von Spirituosen	6	1 542	878 301	8 789	- 22,5
Herstellung und Verarbeitung von Wein	19	1 511	718 735	39 433	32,1
Mineralbrunnen, Herstellung von Mineralwasser und Limonaden	30	3 476	638 463	64 950	35,7
Tabakverarbeitung	6	989	353 781	·	·
<u>Verarbeitendes Gewerbe</u> ²⁾	2 762	399 276	71 618 040	3 475 034	17,7

1) Ohne Umsatzsteuer. - 2) Einschl. Bergbau.

investitionen des verarbeitenden Gewerbes 1980

mit 20 und mehr Beschäftigten)

investitionen					Wirtschaftszweig	
je Be- schäftigten	Anteil am Umsatz	Grundstücke und Gebäude	Maschinen und maschinelle Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung			
			zusammen	Anteil		
DM	%	1 000 DM		%		
11 506	4,9	222 153	1 195 948	84,3	Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ²⁾	
10 864	7,3	44 131	152 850	77,6	Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden	
19 018	9,8	1 620	22 628	93,3	Gewinnung von Natursteinen	
22 000	15,7	2 008	9 366	82,3	Gewinnung von Sand und Kies	
23 502	8,6	8 002	18 649	70,0	Herstellung von Zement	
6 041	5,3	5 653	7 885	58,2	Ziegeleien	
5 468	4,4	3 374	17 711	84,0	Herstellung von feuerfester Grobkeramik	
16 525	10,3	6 238	15 277	71,0	Herstellung von Baustoffen aus Bims	
9 606	6,6	3 695	17 102	82,2	Herstellung von Betonerzeugnissen	
5 465	4,3	1 089	7 442	87,2	(ohne Bims, großformatige Fertigbauteile)	
3 789	1,2	6 192	24 459	79,8	Verarbeitung von Asbest	
5 843	7,0	4 342	34 430	88,8	Eisenschaffende Industrie; NE-Metallerzeugung	
2 820	1,4	912	4 454	83,0	Gießereien	
13 575	4,9	152 209	852 013	84,8	Ziehereien, Kaltwalzwerke; Mechanik	
6 707	4,0	4 687	24 644	84,0	Chemische Industrie; Mineralölverarbeitung	
7 914	4,8	1 109	23 164	95,4	Holzbearbeitung	
12 305	9,9	7 074	78 890	91,8	Zellstoff-, Holzschliff-, Papier- und Pappeverarbeitung	
8 072	5,0	274 600	943 901	77,5	Gummiverarbeitung	
2 918	3,2	6 239	18 218	74,5		
5 785	4,4	64 720	228 057	77,9	Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	
15 262	5,6	155 598	526 135	77,2	Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeugbau	
2 040	3,4	853	2 223	72,3	Maschinenbau; Büromaschinen, ADV-Geräte und	
4 068	5,3	11 945	69 229	85,3	-Einrichtungen	
3 558	4,4	5 196	10 981	67,9	Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kraftfahrzeu- zeugen usw	
7 233	6,2	4 037	24 101	85,7	Schiffbau, Luft- und Raumfahrzeugbau	
5 230	4,0	26 012	64 957	71,4	Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	
6 708	5,9	18 652	18 504	49,8	Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	
6 598	6,6	1 242	12 904	91,2	Stahlverformung	
5 659	3,9	757	16 595	95,6	Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren	
5 208	4,8	132 168	409 815	75,6	Herstellung von Stahlblechwaren (ohne Möbel)	
3 560	4,4	4 914	17 839	78,4	Herstellung von Schlössern und Beschlägen	
3 563	5,2	3 648	9 317	71,9	Herstellung von Metallwaren (ohne Kurzwaren)	
8 026	6,1	15 178	56 907	78,9		
3 711	3,3	16 606	36 258	68,6	Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	
3 083	2,6	6 503	11 426	63,7	Feinkeramik	
2 034	2,0	845	4 436	84,0	Herstellung von Steingut, Feinsteinzeug, Ton- und	
5 910	4,0	7 502	33 019	81,5	Töpferwaren	
6 747	4,6	3 164	19 255	85,9	Herstellung und Verarbeitung von Glas	
11 537	8,7	.	.	.	Holzverarbeitung	
8 571	5,8	19 487	112 048	85,2	Herstellung von Holzmöbeln (ohne Polstermöbel)	
.	Herstellung von Musikinstrumenten usw.;	
2 053	2,6	14 806	27 299	64,8	Schmuckwaren, Edelsteingewerbe	
6 643	6,2	9 413	49 090	83,9	Papier- und Pappeverarbeitung	
1 648	2,1	5 050	7 578	60,0	Herstellung von Tapeten, Sepzialpapieren,	
14 105	4,4	75 392	221 057	74,6	Verpackungsmitteln	
4 076	2,9	791	4 618	85,4	Druckereien, Vervielfältigung	
8 938	1,4	.	.	.	Herstellung von Kunststoffwaren	
23 848	11,2	21 980	79 492	78,3	Ledererzeugung	
5 700	1,0	.	.	.	Lederverarbeitung (ohne Herstellung von Schuhen)	
26 097	5,5	16 975	22 458	57,0	Herstellung von Schuhen	
18 685	10,2	13 421	51 529	79,3	Textilgewerbe	
.	Bekleidungsgewerbe	
8 703	4,9	704 313	2 770 721	79,7	Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	
					Ernährungsgewerbe	
					Obst- und Gemüseverarbeitung	
					Molkerei, Käsekerei; Herstellung von Milchpräparaten,	
					Schmelzkäse	
					Brauereien und Mälzereien	
					Herstellung von Spirituosen	
					Herstellung und Verarbeitung von Wein	
					Mineralbrunnen, Herstellung von Mineralwasser	
					und Limonaden	
					Tabakverarbeitung	
					Verarbeitendes Gewerbe ²⁾	

sowie die Brauereien und Mälzereien (101 Mill. DM). Die Schuhindustrie, die - gemessen am Umsatz in Rheinland-Pfalz - ein wesentlich größeres Gewicht hat als die Brauereien, investierte 42 Mill. DM.

Ein Branchenvergleich läßt sich mit der Relation Anlageinvestitionen je Beschäftigten, der sog. Investitionsintensität, anstellen. Hier wird über die Beschäftigtenzahl das unterschiedliche Gewicht der einzelnen Wirtschaftszweige berücksichtigt. Betriebe mit einer hohen Arbeitsproduktivität (Umsatz je Beschäftigten) weisen wegen des hohen Kapitaleinsatzes auch eine hohe Investitionsintensität auf. Mit 14 105 DM Investitionsaufwand je Beschäftigten lag hier das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe vorn, gefolgt vom Grundstoff- und Produktionsgütersektor (11 506 DM), dem Investitionsgüter (8 072 DM) und dem Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe (5 208 DM). Unter den Industriezweigen nahmen somit Zweige wie die Weinverarbeitung (26 097 DM), die Brauereien und Mälzereien (23 848 DM) und die Zementindustrie (23 502 DM), bei denen die Arbeitsproduktivität zum Teil weit über dem Durchschnitt aller Industriezweige lag, erste Positionen ein. Relativ niedrig waren 1980 die Pro-Kopf-Investitionen in der Schmuckwarenindustrie (896 DM), der Herstellung von Polstermöbeln (942 DM), der Bekleidungs- (1 648 DM) und in der Schuhbranche (2 053 DM).

Hohes Wachstum der Investitionen durch Kapazitätserweiterung im Straßenfahrzeugbau

Die Investitionstätigkeit im verarbeitenden Gewerbe hat sich gegenüber dem Vorjahr um 17,7% erhöht. Die hohe Wachstumsrate, die weit über dem Durchschnitt der letzten zehn Jahre liegt, geht in erster Linie auf die Entwicklung in der Kraftfahrzeugindustrie (+ 85%) und dort insbesondere auf die Kapazitätserweiterungen eines Automobilunternehmens zurück. Auch die Investitionen in Industrie und Handwerk ohne den Straßenfahrzeugbau liegen mit + 8,1% über den Zuwachsraten der vorausgegangenen Jahre. Dem Straßenfahrzeugbau ist es zuzuschreiben, daß das Investitionskonto der Betriebe des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes um fast 48% höher abschloß als im Jahr davor. Eine überdurchschnittliche Steigerung der Investitionstätigkeit verzeichnete mit + 21% auch das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe, während das Verbrauchsgüter produzierende (+ 11,9%) und das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (+ 1,5%) deutlich darunter blieben.

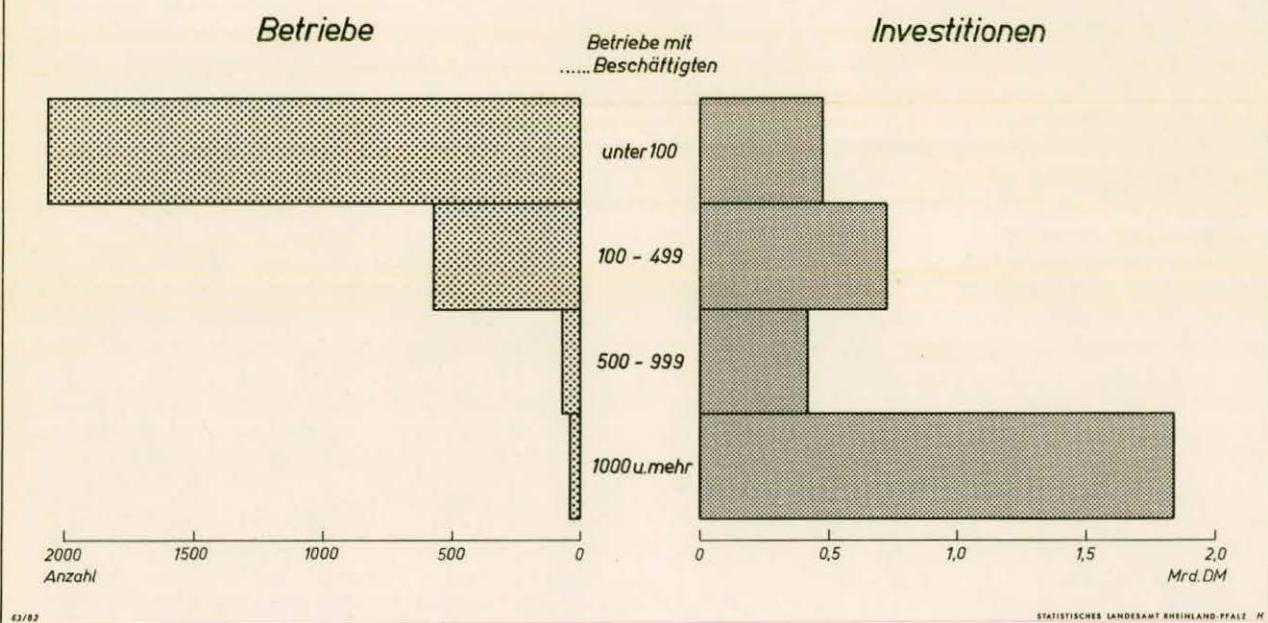
Die in den einzelnen Industriezweigen sehr unterschiedliche Investitionstätigkeit zeigt besondere Expansion bei den Herstellern von feuerfester Grobkeramik (+ 120%), den Druckereien (+ 114%), den Bearbeitern von Edel- und Schmucksteinen (+ 111%),

Anlageinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes 1971 – 1980
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980
Mill. DM										
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ¹⁾	1 135	1 186	1 175	1 232	1 088	1 225	1 577	1 491	1 397	1 418
Steine und Erden	179	191	187	113	102	111	147	137	178	197
Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung	491	602	787	934	805	942	1 180	1 143	1 037	1 004
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	652	419	447	483	483	415	485	619	826	1 219
Maschinenbau einschl. ADV-Geräte und -Einrichtungen	183	134	118	145	153	136	147	181	250	293
Straßenfahrzeugbau	255	114	129	156	135	115	170	268	369	682
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	565	393	448	357	273	286	340	456	485	542
Herstellung von Kunststoffwaren	73	68	99	77	54	55	68	102	131	132
Herstellung von Schuhen	25	22	18	18	29	27	30	36	42	42
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	229	275	232	158	190	213	215	193	244	296
Brauereien und Mälzereien	54	73	61	38	47	55	76	67	87	101
 Insgesamt¹⁾	2 581	2 273	2 302	2 231	2 034	2 139	2 617	2 759	2 952	3 475
1970 = 100										
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ¹⁾	78,9	82,4	81,6	85,6	75,6	85,1	109,5	103,6	97,0	98,5
Steine und Erden	107,2	114,0	112,1	67,4	61,1	66,6	88,1	81,9	106,2	117,8
Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung	48,8	59,7	78,1	92,7	79,9	93,5	117,1	113,4	102,9	99,6
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	139,5	89,7	95,6	103,3	103,2	88,8	103,7	132,5	176,7	260,7
Maschinenbau einschl. ADV-Geräte und -Einrichtungen	112,9	82,7	72,7	89,6	94,2	83,7	90,7	111,9	154,5	180,7
Straßenfahrzeugbau	234,3	104,7	118,9	143,1	124,1	105,4	156,0	246,2	339,2	626,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	126,9	88,2	100,6	80,2	61,2	64,2	76,2	102,2	108,8	121,6
Herstellung von Kunststoffwaren	70,4	65,6	95,0	73,9	51,3	52,3	64,9	97,5	125,8	126,0
Herstellung von Schuhen	61,6	52,7	44,5	44,4	70,0	66,7	73,5	88,6	102,4	103,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	119,5	143,7	121,0	82,4	99,5	111,4	112,7	100,9	127,6	154,8
Brauereien und Mälzereien	104,0	138,4	115,8	71,6	90,1	105,9	145,8	128,6	166,6	193,8
 Insgesamt¹⁾	101,5	89,4	90,5	87,7	80,0	84,1	102,9	108,5	116,0	136,6

1) Einschl. Bergbau.

Struktur der Investitionen im verarbeitenden Gewerbe nach Betriebsgrößenklassen 1980



den Gummiverarbeitern (+ 105%) sowie den Herstellern von Polstermöbeln (+ 100%). Während die starke Ausweitung des Investitionsvolumens bei den Herstellern von feuerfester Grobkeramik auch auf die Erhöhung der Zahl der Betriebe um 2 auf 27 zurückzuführen ist, war das Investitionswachstum bei den Bearbeitern von Edel- und Schmucksteinen sowie bei den Druckereien sogar von einer Schrumpfung der Zahl der Betriebe um fünf bzw. vier Betriebe begleitet.

Unter den für das gesamte Wachstum besonders bedeutsamen Wirtschaftszweigen hat die chemische Industrie mit Mineralölverarbeitung einen Rückgang der Investitionen gegenüber dem Vorjahr um 3,2% zu verzeichnen. Der Maschinenbau einschließlich Büromaschinen und ADV-Einrichtungen und -geräte hat dagegen seine Anlageinvestitionen um 17% ausgeweitet. Von den Zweigen mit einem Umsatz von mehr als 1 Mrd. DM wiesen die Herstellung und Verarbeitung von Glas (+ 49%), Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten (+ 30%) sowie Papier- und Pappeverarbeitung (+ 27%) eine besonders günstige Entwicklung auf. Einen starken Rückgang der Investitionstätigkeit verzeichneten dagegen die eisenschaffende Industrie und NE-Metallerzeugung (- 41%) und die Holzverarbeitung (- 23%), hier jedoch ausschließlich bedingt durch die Entwicklung bei den Herstellern von Holzmöbeln ohne Polstermöbel (- 30%).

Ab 1977 wieder zunehmende Investitionen

In den letzten zehn Jahren war das investive Verhalten sehr unterschiedlich. Während nach dem Hochkonjunkturjahr 1970 die Investitionen im verarbeitenden Gewerbe bis Mitte der 70er Jahre fast stetig zurückgegangen waren, trat ab 1976 ein Umschwung ein,

der in den folgenden Jahren nur noch positive Wachstumsraten brachte. Die höchste Steigerungsquote wurde mit 22% im Jahre 1977 erzielt, nach dem höchsten Zuwachs von 28% im Jahre 1970. Verteilte sich die Investitionssteigerung 1977 relativ gleichmäßig auf die wichtigsten Wirtschaftszweige, war sie 1980 differenziert mit einem Schwerpunkt im Straßenfahrzeugbau.

Die stärkste Expansion verzeichnete in den 70er Jahren das Investitionsgüter produzierende Gewerbe. Im Jahre 1971 hatte es schon ein überdurchschnittliches Wachstum von 40%, das nach zurückhaltender Investitionsneigung in den Folgejahren ab 1977 jährlich steigende Wachstumsraten aufwies, zuletzt von 48%. Auch im Straßenfahrzeugbau zeigte sich nach hohen Investitionen in den Jahren 1970 (+ 119%) und 1971 (+ 134%) eine Phase der Konsolidierung. Sie mündete 1977 in einen Investitionsboom, der in den folgenden Jahren Wachstumsraten zwischen 38 und 85% brachte. Im Jahre 1980 wurde mehr als das Sechsfache des 1970er Betrages investiert. Die Investitionstätigkeit im Maschinenbau einschließlich EDV-Einrichtungen und -Geräte wies in dieser Zeit eine ähnliche Entwicklung aber mit wesentlich geringeren Veränderungsraten auf. Auch hier erreichten die Investitionen 1980 ein Niveau, das um 81% über demjenigen von 1970 lag. Mit einem Anteil von 28% an den Investitionen des verarbeitenden Gewerbes haben diese beiden Industriezweige das Wachstum der rheinland-pfälzischen Wirtschaft in den letzten zehn Jahren maßgeblich bestimmt.

Einen wesentlich geringeren Einfluß auf den Verlauf der Investitionen im verarbeitenden Gewerbe übten in den vergangenen zehn Jahren die Hauptgruppen Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe sowie Nah-

rungs- und Genußmittelgewerbe aus, die 1980 zusammen weniger als ein Viertel der gesamten Investitionssumme von Industrie und Handwerk aufbrachten. Beim Verbrauchsgüterbereich fällt im Vergleich zu den übrigen Hauptgruppen vor allem das extrem starke Tief Mitte der 70er Jahre auf, das in der zweiten Hälfte der Dekade durch eine Phase ständig steigender Investitionen abgelöst wurde. Zu dieser Entwicklung trug die Kunststoffwarenindustrie, die 1975 nur etwa die Hälfte des 1970er Betrages investierte, maßgeblich bei. In den folgenden Jahren erhöhte sich das Investitionsvolumen ständig. Es übertraf 1980 den Stand von 1970 um 26%. Das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe erreichte seinen ersten Investitionshöhepunkt abweichend von den übrigen Hauptgruppen im Jahre 1972. Nach relativ kurzfristigen Schwankungen in den folgenden sechs Jahren erlebte dieser Wirtschaftsbereich in den beiden letzten Jahren mit jährlichen Zuwachsrate von über 20% wieder einen deutlichen Aufschwung, der 1980 zu einem Volumen führte, das um 55% über demjenigen von 1970 lag. Die letzte Phase wurde vor allem von den Brauereien und Mälzereien bestimmt, auf die 1980 mehr als ein Drittel der im Nahrungs- und Genußmittelbereich getätigten Investitionen entfiel.

Als die übrigen Hauptgruppen im Jahre 1971 noch kräftig investierten, wies das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe bereits deutlich schrumpfende Investitionen auf, die sich in den 70er Jahren weiter auf relativ niedrigem Niveau bewegten. Nur einmal, im Jahre 1977, konnte das Volumen von 1970 überschritten werden. Die Entwicklung wurde maßgeblich von der chemischen Industrie und Mineralölverarbeitung getragen, die 1980 nach zwischenzeitlichen starken

Schwankungen allerdings unter den Investitionen von 1970 lag.

Investitionsintensität von der Betriebsgröße abhängig

Es besteht ein Zusammenhang zwischen der Höhe der Investitionen und der Betriebsgröße. Große Betriebe haben einen höheren Instandhaltungs- und Erneuerungsbedarf und zumeist bessere Voraussetzungen für die Finanzierung. Im Jahre 1980 wurde in den 45 Betrieben mit 1 000 und mehr Beschäftigten mehr als die Hälfte der gesamten Investitionen getätigt. Auf sie entfielen weniger als 2% aller Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten. Die 2 066 Betriebe mit weniger als 100 Beschäftigten, die fast drei Viertel aller Betriebe ausmachten, waren mit 14% an der Investitionssumme des verarbeitenden Gewerbes beteiligt. Die Investitionsintensität lag mit 13 169 DM je Beschäftigten bei den Großbetrieben mit mehr als 1 000 Beschäftigten mehr als doppelt so hoch wie bei den Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten (5 451 DM).

Mit 67% der Investitionen der Hauptgruppe lagen die 24 Großbetriebe des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes vor den 13 Großbetrieben des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes (66%). Während im Verbrauchsgüterbereich 15,7% der Investitionen auf Betriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten entfielen, wies das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe keinen Betrieb dieser Größenordnung auf. Die kleingewerbliche Struktur der beiden letztgenannten Hauptgruppen kommt auch in dem Anteil der von Betrieben mit weniger als 100 Beschäftigten getätigten Investitionen zum Ausdruck. Diese Quote belief sich im

Anlageinvestitionen des verarbeitenden Gewerbes nach Beschäftigtengrößenklassen 1980
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Anlageinvestitionen						Anlageinvestitionen je Beschäftigten					
	ins- gesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten					ins- gesamt	in Betrieben mit ... Beschäftigten				
		unter 100	100 -	300 -	500 -	1 000 und mehr		unter 100	100 -	300 -	500 -	1 000 und mehr
	1 000 DM	Anteil in %						DM				
Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe 1)	1 418 101	11,5	8,8	6,2	8,0	65,5	11 506	10 727	9 494	9 772	8 450	12 813
Steine und Erden	196 981	51,6	34,6	9,0	4,8		10 864	12 390	11 564	11 781	3 760	
Chemische Industrie, Mineral- ölverarbeitung	1 004 222	4,0	2,1	4,1	2,9	86,9	13 575	13 128	8 458	12 838	11 896	13 908
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1 218 501	10,0	9,8	6,5	6,3	67,4	8 072	3 524	4 059	5 127	4 254	15 396
Maschinenbau einschl. ADV- Geräte und -Einrichtungen	292 777	11,8	9,4	11,3	13,7	53,8	5 785	4 783	3 177	6 138	4 853	7 280
Straßenfahrzeugbau	681 733	4,4	2,3	1,5	1,5	90,3	15 262	2 479	2 978	7 354	5 104	25 682
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	541 983	20,2	24,2	14,7	25,3	15,6	5 208	3 432	4 729	5 437	8 381	6 295
Herstellung von Kunststoff- waren	131 535	17,3	22,3	24,1		36,3	8 571	5 034	6 790	14 527		11 041
Herstellung von Schuhen	42 105	47,3	26,6	14,8		11,3	2 053	3 206	1 757	1 395		1 374
Nahrungs- und Genußmittel- gewerbe	296 449	30,2	23,0	14,8	32,0		14 105	12 602	11 476	10 540	24 901	
Brauereien und Mälzereien	101 472	16,9	20,2		62,9		23 848	16 067	16 317		33 074	
Insgesamt ¹⁾	3 475 034	13,9	12,8	8,3	12,2	52,8	8 703	5 451	5 816	6 719	8 166	13 169
	2 951 786	14,8	12,7	9,8	10,9	51,8	7 430	4 895	4 918	6 849	6 098	11 176

1) Einschl. Bergbau.

Beschäftigte, Umsatz und Anlageinvestitionen in den Verwaltungsbezirken 1980
 (Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Verwaltungsbezirk	Betriebe	Beschäftigte	Umsatz	Anlageinvestitionen				
				insgesamt		je Beschäftigten	Anteil am Umsatz	
	Ende September	Anteil in %	1 000 DM	Anteil in %	DM	%		
Kreisfreie Stadt Koblenz	60	9 063	2,3	1 515 609	53 354	1,5	5 887	3,5
Landkreise								
Ahrweiler	84	7 074	1,8	999 044	55 513	1,6	7 847	5,6
Altenkirchen (Ww.)	135	16 259	4,1	2 103 084	71 899	2,1	4 422	3,4
Bad Kreuznach	108	15 677	3,9	1 911 326	98 617	2,8	6 291	5,2
Birkenfeld	94	6 499	1,6	787 344	28 299	0,8	4 354	3,6
Cochem-Zell	41	3 318	0,8	520 478	18 063	0,5	5 444	3,5
Mayen-Koblenz	175	16 910	4,2	3 238 713	121 923	3,5	7 210	3,8
Neuwied	140	17 534	4,4	2 559 100	91 195	2,6	5 201	3,6
Rhein-Hunsrück-Kreis	70	7 884	2,0	917 481	47 302	1,4	6 000	5,2
Rhein-Lahn-Kreis	88	7 721	2,0	1 114 597	43 643	1,3	5 653	3,9
Westerwaldkreis	237	18 867	4,7	2 090 647	109 353	3,2	5 796	5,2
RB Koblenz	1 232	126 806	31,8	17 757 423	739 161	21,3	5 829	4,2
Kreisfreie Stadt Trier	94	10 864	2,7	1 975 206	97 812	2,8	9 003	5,0
Landkreise								
Bernkastel-Wittlich	85	7 578	1,9	1 276 609	53 513	1,5	7 062	4,2
Bitburg-Prüm	56	4 914	1,2	701 325	62 186	1,8	12 655	8,9
Daun	58	4 404	1,1	573 450	34 508	1,0	7 836	6,0
Trier-Saarburg	49	7 063	1,8	704 581	44 554	1,3	6 308	6,3
RB Trier	342	34 823	8,7	5 231 171	292 573	8,4	8 402	5,6
Kreisfreie Städte								
Frankenthal (Pfalz)	30	10 845	2,7	1 223 665	39 494	1,1	3 642	3,2
Kaiserslautern	78	17 683	4,4	1 254 474
Landau i.d.Pfalz	38	3 026	0,8	366 894	14 688	0,4	4 854	4,0
Ludwigshafen a.Rhein	78	64 245	16,1	14 155 277	918 598	26,4	14 298	6,5
Mainz	90	24 076	6,0	4 916 894	222 547	6,4	9 244	4,5
Neustadt a.d.Weinstr.	33	3 072	0,8	369 977	8 830	0,3	2 874	2,4
Pirmasens	88	10 717	2,7	1 256 896
Speyer	43	7 719	1,9	2 711 716	69 692	2,0	9 029	2,6
Worms	65	10 506	2,6	1 996 573	83 819	2,4	7 978	4,2
Zweibrücken	25	6 126	1,5	791 336	19 491	0,6	3 182	2,5
Landkreise								
Alzey-Worms	42	2 201	0,6	334 789	14 769	0,4	6 710	4,4
Bad Dürkheim	73	7 294	1,8	1 157 389	41 024	1,2	5 624	3,5
Donnersbergkreis	48	6 459	1,6	939 420	63 933	1,8	9 898	6,8
Germersheim	55	16 762	4,2	11 341 157	120 795	3,5	7 206	1,1
Kaiserslautern	50	5 743	1,4	526 836	19 217	0,6	3 346	3,6
Kusel	36	4 216	1,1	359 697	30 649	0,9	7 270	8,5
Südliche Weinstraße	51	5 970	1,5	749 224	43 856	1,3	7 346	5,9
Ludwigshafen	46	3 671	0,9	455 082	13 410	0,4	3 653	2,9
Mainz-Bingen	70	14 215	3,6	2 508 966	72 794	2,1	5 121	2,9
Pirmasens	149	13 101	3,3	1 213 203	29 057	0,8	2 218	2,4
RB Rheinhessen-Pfalz	1 188	237 647	59,5	48 629 465	2 443 310	70,3	10 281	5,0
Kammerbezirke								
Rheinhessen-Pfalz	267	50 998	12,8	9 757 222	393 929	11,3	7 724	4,0
	921	186 649	46,7	38 872 243	2 049 381	59,0	10 980	5,3
Rheinland-Pfalz	2 762	399 276	100,0	71 618 059	3 475 044	100,0	8 703	4,9
Kreisfreie Städte	722	177 942	44,5	32 534 517	2 144 972	61,7	12 054	6,6
Landkreise	2 040	221 334	55,5	39 083 542	1 330 072	38,3	6 009	3,4

Investitionsquote des verarbeitenden Gewerbes nach Beschäftigtenklassen 1980
(Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten)

Wirtschaftszweig	Ins- gesamt	In Betrieben mit ... Beschäftigten				
		unter 100	100 - 299	300 - 499	500 - 999	1 000 und mehr
		$\%$				
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ¹⁾	4,9	6,0	5,9	1,6	4,8	5,7
Steine und Erden	7,3	7,7	7,9	6,9		3,6
Chemische Industrie, Mineralölverarbeitung	6,1	6,1	4,4	11,8	3,3	6,2
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	5,0	3,0	3,5	4,8	3,7	6,2
Maschinenbau einschl. ADV-Geräte und -Einrichtungen	4,4	4,4	3,4	6,1	3,7	4,5
Straßenfahrzeugbau	5,6	1,6	2,3	9,1	4,3	6,6
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	4,8	4,0	4,2	4,0	6,3	
Herstellung von Kunststoffwaren	5,8	4,2	5,2	6,9		6,8
Herstellung von Schuhen	2,6	5,5	2,3	1,4		1,5
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	4,4	4,6	2,9	3,8	7,3	
Brauereien und Mälzereien	11,2	5,3	9,8	17,2		
Ins gesamt¹⁾	4,9	4,2	4,0	2,8	5,3	6,0
dagegen 1979	4,5	4,0	3,7	3,4	4,1	5,5

1) Einschl. Bergbau.

Verbrauchsgütersektor auf 20% und im Nahrungs- und Genußmittelbereich sogar auf 30%.

Mit 15 396 DM je Beschäftigten verzeichneten die Großbetriebe des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes die höchste Investitionsintensität. In dieser Hauptgruppe ist zudem der Abstand zu den Kleinbetrieben, die je Beschäftigten 3 524 DM und damit 23% des von den Großbetrieben aufgewendeten Betrages investierten, am größten. Die Diskrepanz zwischen Groß- und Kleinbetrieben im Investitionsgüterbereich geht ausschließlich auf das Automobilgewerbe zurück, wo Kleinbetriebe sogar nur 10% der Investitionsintensität der Großbetriebe erreichten. Dies ist dadurch zu erklären, daß sich in der untersten Betriebsgrößenklasse fast ausschließlich arbeitsintensive Reparaturwerkstätten befinden, während die oberste Klasse vom kapitalintensiven Straßenfahrzeugbau besetzt ist. Den geringsten Abstand wies der Grundstoff- und Produktionsgüterbereich auf, in dem die Betriebe mit weniger als 100 Beschäftigten nur eine um 16% niedrigere Investitionsintensität aufwiesen als die Betriebe mit 1 000 und mehr Beschäftigten.

Da die Investitionsintensität sehr stark von der Höhe der Arbeitsproduktivität beeinflußt wird, vermittelt der Anteil der Investitionen am Umsatz, die Investitions-

quote, ein realistischeres Bild von der unterschiedlichen Investitionstätigkeit in den einzelnen Betriebsgrößenklassen. In der Regel gilt aber auch hier, daß je größer ein Betrieb, desto höher der Betrag für investive Zwecke ist. So belief sich die Investitionsquote 1980 bei den Klein- und Mittelbetrieben mit weniger als 500 Beschäftigten auf 3,7% gegenüber 5,8% bei den Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten. Dasselbe gilt abgeschwächt auch für 1979. Bei gleicher Investitionsquote bei den Klein- und Mittelbetrieben wie in 1980 investierten die Großbetriebe 5,2% ihres Umsatzes.

Von den vier Industriehauptgruppen weist nunmehr der Nahrungs- und Genußmittelsektor den größten Abstand zwischen Klein- und Mittelbetrieben einerseits und Großbetrieben andererseits auf. Investierten die erstgenannten 3,7% des Umsatzes, lag die Quote der Großbetriebe bei 7,3%. Der große Unterschied ist auf die Brauereien und Mälzereien zurückzuführen, die in der Größenklasse mit 300 bis 999 Beschäftigten sogar 17,2% ihres Umsatzes wieder in den eigenen Betrieb steckten. Im Bereich Chemie und Mineralölverarbeitung hatten die Großbetriebe eine Investitionsquote von 6%, die kleineren und mittleren Betriebe von 6,8%.

Diplom-Volkswirt H.-H. Meincke

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982		
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit									
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 639	3 642	3 642	3 641	3 642	3 641	3 640	...
Natürliche Bevölkerungsbewegung									
* Eheschließungen 1)	Anzahl	1 939	1 893	1 230	1 578	1 987	925 ^P	1 182 ^P	1 701 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	6,4	6,2	4,4	5,1	6,6	3,0 ^P	4,2 ^P	5,5 ^P
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	3 104	3 117	2 983	3 104	3 056	2 756 ^P	2 837 ^P	3 200 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	10,2	10,3	10,7	10,0	10,2	8,9 ^P	10,2 ^P	10,3 ^P
* Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	3 631	3 689	3 628	4 012	3 490	3 586 ^P	3 464 ^P	4 248 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	12,0	12,2	13,0	13,0	11,7	11,6 ^P	12,4 ^P	13,7 ^P
* Im 1. Lebensjahr Gestorbene 3)	Anzahl	40	35	37	26	29	31 ^P	41 ^P	...
* je 1 000 Lebendgeborene 4)	Anzahl	12,9	11,3	13,2	8,3	9,6	10,4 ^P	15,4 ^P	...
* Überschuß der Geborenen bzw.									
Gestorbenen (-)	Anzahl	- 527	- 572	- 645	- 908	- 434	- 830 ^P	- 627 ^P	- 1 048 ^P
* je 1 000 Einwohner und 1 Jahr	Anzahl	- 1,7	- 1,9	- 2,3	- 2,9	- 1,4	- 2,7 ^P	- 2,2 ^P	- 3,4 ^P
* Wanderungen									
über die Landesgrenze									
* Zugezogene	Anzahl	8 551	7 857	6 214	7 468	7 766	6 732	6 125	...
Ausländer	Anzahl	2 603	1 935	1 614	1 905	1 798	1 784	1 563	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 621	4 257	3 401	4 243	4 304	3 875	3 437	...
* Fortgezogene	Anzahl	7 250	7 390	5 711	7 032	6 759	6 409	6 102	...
Ausländer	Anzahl	1 586	1 650	1 405	1 679	1 468	1 354	1 467	...
Erwerbspersonen	Anzahl	4 208	4 294	3 532	4 465	4 203	3 817	3 547	...
* Wanderungssaldo	Anzahl	1 301	467	503	436	1 007	323	23	...
Ausländer	Anzahl	1 017	285	209	226	330	430	96	...
Erwerbspersonen	Anzahl	414	- 37	- 131	- 222	101	58	110	...
* innerhalb des Landes Umgezogene 5)	Anzahl	11 176	11 190	8 767	10 436	10 641	10 195	9 151	...
Arbeitsmarkt									
* Arbeitslose	Anzahl	50 144	72 334	77 786	69 137	64 212	114 113	110 484	99 085
* Männer	Anzahl	24 008	37 118	44 533	36 950	32 438	69 293	66 073	56 677
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	1 236	1 886	3 144	1 385	915	.	.	1 838
Baugerufe	Anzahl	2 421	4 550	6 346	4 915	3 853	.	.	9 351
Industrielle u. handwerkl. Berufe	Anzahl	17 979	27 184	29 950	27 095	24 897	.	.	39 132
Arbeitslosenquote	%	3,8	5,4	5,8	5,2	4,8	8,4	8,1	7,3
Offene Stellen	Anzahl	15 683	10 740	11 984	12 440	12 332	6 820	7 254	7 341
Männer	Anzahl	10 047	6 714	7 436	7 724	7 693	4 244	4 447	4 511
Ausgewählte Berufsgruppen									
Land- u. forstwirtschaftl. Berufe	Anzahl	485	455	406	580	498	.	.	417
Baugerufe	Anzahl	1 029	613	605	767	763	.	.	480
Industrielle u. handwerkl. Berufe	Anzahl	6 281	3 713	4 249	4 286	4 210	.	.	2 301
Kurzarbeiter	Anzahl	8 558	18 520	22 102	20 531	19 081	31 047	32 773	28 231
Männer	Anzahl	6 245	13 176	16 017	14 133	12 262	24 509	26 450	22 175
Landwirtschaft									
Viehbestand									
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	673	655
* Milchkühe	1 000	235	228
* Schweine	1 000	695	646	.	.	702	.	.	665
Mastschweine	1 000	243	223	.	.	236	.	.	208
* Zuchtsauen	1 000	78	75	.	.	79	.	.	75
* Trächtige Zuchtsauen	1 000	49	48	.	.	51	.	.	47
Schlachtungen von Inlandtieren									
* Rinder	Anzahl	16 413	16 784	15 715	17 311	16 820	16 132	14 145	17 786
* Kälber	Anzahl	369	327	291	302	459	238	250	342
* Schweine	Anzahl	113 707	112 070	109 044	118 029	110 244	108 261	99 460	122 277
* Hausschlachtungen	Anzahl	12 411	11 622	13 822	13 727	11 539	15 628	12 780	14 449
Schlachtmengen 6)									
* Rinder	t	14 061	13 893	13 443	14 602	13 928	13 536	12 202	15 124
* Kälber	t	4 806	4 815	4 611	5 022	4 924	4 670	4 115	5 141
* Schweine	t	36	31	25	28	42	24	24	33
	t	9 134	8 954	8 734	9 466	8 875	8 758	7 987	9 868
Geflügel									
* Eingelegte Bruteier für Legehennenküken 7)	1 000	59	37	46	57	39	38	61	62
Milch									
* Milcherzeugung	1 000 t	80	78	69	81	84	71	68	81
* an Molkereien und Händler geliefert	%	95,0	94,8	93,9	94,0	94,9	94,9	94,3	94,4
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	11,1	11,0	10,4	11,2	11,9	10,0	10,6	11,4
									95,3
									12,0

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 5) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 6) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien. - 7) In Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern. -

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982			
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April	
Produzierendes Gewerbe										
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe¹⁾										
Betriebe	Anzahl	2 899	2 898	2 903	2 900	2 876	2 858	2 860	...	
• Beschäftigte	1 000	392	391	391	390	384	381	382	...	
• Arbeiter ²⁾	1 000	282	276	276	275	269	267	267	...	
• Geleistete Arbeiterstunden	1 000	40 135	38 809	38 859	40 110	39 447	36 980	36 330	41 258	
Löhne und Gehälter	Mill. DM	1 082	1 125	972	1 018	1 034	1 038	1 001	1 087	
• Löhne	Mill. DM	664	682	581	614	631	613	589	656	
• Gehälter	Mill. DM	418	443	391	404	403	425	411	431	
Kohleverbrauch	1000t (SKE ³⁾	82	88	90	94	90	97	85	88	
Gasverbrauch	Mill. cbm	148	175	177	195	170	169	172	197	
Heizölverbrauch	1 000 t	173	138	175	157	137	171	145	150	
• leichtes Heizöl	1 000 t	23	20	29	25	20	28	26	24	
• schweres Heizöl	1 000 t	150	118	146	132	117	143	119	126	
Stromverbrauch	Mill. kWh	992	987	961	1 033	1 003	970	911	1 032	
Stromerzeugung	Mill. kWh	258	218	253	229	218	261	222	220	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	5 996	6 155	5 925	6 397	6 117	5 518	6 259	7 270	
Auslandsumsatz	Mill. DM	1 817	2 179	2 021	2 174	2 106	1 905	2 467	2 884	
Produktionsindex										
(von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	134	135	136	136	145	118	128	135 ^P	
ohne Bauhauptgewerbe	1970 = 100	138	139	146	141	148	129	138	142 ^P	
Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	135	136	142	138	145	124	134	138	
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1970 = 100	129	131	138	139	147	110	126	139	
Herstellung und Verarbeitung von Steinen und Erden	1970 = 100	105	99	69	95	116	31	50	82	
Chemische Industrie	1970 = 100	123	126	147	139	143	113	130	140	
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	145	149	149	140	153	139	149	146	
Maschinenbau: Büromaschinen, ADV - Geräte und -einrichtungen	1970 = 100	144	154	158	139	152	131	151	151 ^P	
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	1970 = 100	126	122	129	128	131	121	121	119	
Herstellung von Schuhen	1970 = 100	61	60	71	66	57	67	70	72	
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	155	155	167	150	149	156	157	158	
Bauhauptgewerbe	1970 = 100	115	111	74	104	129	53	71	97	
Handwerk⁴⁾										
• Beschäftigte (Ende des Vj.)	1976 = 100	104	103	•	102	•	•	•	99	
• Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	VjD 1976=100	133	132	•	107	•	•	•	108	
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	310	309	386	336	296	270	258	269	
Strombezug ⁵⁾	Mill. kWh	2 123	2 212	2 298	2 365	2 141	2 648	2 220	2 341	
Stromlieferungen ⁵⁾	Mill. kWh	870	900	963	969	867	1 005	808	801	
Stromverbrauch	Mill. kWh	1 545	1 603	1 700	1 713	1 553	1 894	1 671	1 810	
Gaserzeugung	Mill. cbm	0,1	0,1	0,4	0,2	0,1	0,4	0,2	...	
Gasbezug	Mill. cbm	310	314	400	355	293	429	381	...	
Gasverbrauch	Mill. cbm	283	295	371	332	275	392	351	...	
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
• Beschäftigte	Anzahl	75 413	74 226	72 103	74 075	74 436	69 681	67 735	69 373 ^P	
Facharbeiter	Anzahl	40 026	39 272	38 347	38 989	39 293	36 096	35 738	36 989 ^P	
Fachwerker und Werker	Anzahl	17 596	17 093	15 917	17 148	17 262	15 897	14 352	14 886 ^P	
• Geleistete Arbeitsstunden	1 000	9 412	8 749	5 707	8 740	9 853	4 052	5 380	8 358 ^P	
Privater Bau	1 000	5 969	5 603	3 861	5 639	6 304	3 047	3 492	5 187 ^P	
Wohnungsbau	1 000	3 932	3 587	2 312	3 590	4 088	1 897	2 102	3 287 ^P	
Landwirtschaftlicher Bau	1 000	71	70	28	83	71	20	39	50 ^P	
Gewerblicher und industrieller Bau	1 000	1 966	1 946	1 521	1 966	2 145	1 130	1 351	1 850 ^P	
Öffentlicher und Verkehrsbau	1 000	3 443	3 146	1 846	3 101	3 549	1 005	1 888	3 171 ^P	
Hochbau	1 000	707	679	489	677	754	323	545	751 ^P	
Tiefbau	1 000	2 736	2 467	1 357	2 424	2 795	682	1 343	2 420 ^P	
Straßenbau	1 000	1 486	1 347	678	1 319	1 553	366	674	1 274 ^P	
Löhne und Gehälter	Mill. DM	178	178	112	163	180	93	118	165 ^P	
• Löhne	Mill. DM	154	152	90	140	157	67	94	139 ^P	
• Gehälter	Mill. DM	24	26	22	23	23	26	24	26 ^P	
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	552	519	264	412	476	290	243	420 ^P	
¹⁾ Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; ohne öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke und ohne Bauindustrie. - ²⁾ Einschl. gewerbl. Auszubildender. - ³⁾ Eine Tonne Steinkohleeinheit (tSKE) = 1 t Steinkohle oder -briketts = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,46 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - ⁴⁾ Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - ⁵⁾ Von bzw. an andere Bundesländer bzw. Ausland (einschl. Durchleitungen).										

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982		
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März
		Anzahl	Mill. DM						
Beugenehmigungen									
• Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	1 304	1 044	941	1 213	1 127	606	763	1 009
• mit 1 Wohnung	Anzahl	945	686	639	808	745	374	514	667
• mit 2 Wohnungen	Anzahl	297	292	251	326	335	171	186	261
• mit 3 und mehr Wohnungen	Anzahl	62	66	51	79	47	61	63	81
• Umbauter Raum	1 000 cbm	1 311	1 103	941	1 335	1 125	689	805	1 203
• Wohnfläche	1 000 qm	210	180	152	218	180	117	132	200
Wohnräume	Anzahl	9 857	8 431	7 142	9 967	8 404	5 635	6 202	9 270
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	340	313	258	371	311	198	236	355
Bauherren									270
Öffentliche Bauherren	Anzahl	5	4	1	4	2	2	9	5
Unternehmen	Anzahl	200	148	143	136	146	111	76	125
Private Haushalte	Anzahl	1 100	892	797	1 073	979	493	678	879
• Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	226	176	145	163	148	119	136	167
• Umbauter Raum	1 000 cbm	879	764	342	752	606	411	721	763
• Nutzfläche	1 000 qm	157	129	65	127	99	68	132	126
Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. DM	166	143	65	146	133	80	254	127
Bauherren									71
Öffentliche Bauherren	Anzahl	39	29	24	36	20	24	14	22
Unternehmen	Anzahl	157	143	116	124	123	95	121	143
Private Haushalte	Anzahl	31	4	5	3	5	-	1	2
• Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	2 224	1 968	1 610	2 306	1 899	1 836	1 540	2 524
									1 605
Handel und Gastgewerbe									
Ausfuhr (Spezialhandel)									
• Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	1 807	2 177	1 988	2 228	2 168	2 028	2 299	...
Nach Warengruppen									...
• Ernährungswirtschaft	Mill. DM	104	120	120	129	117	113	111	...
• Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 703	2 056	1 868	2 099	2 052	1 915	2 188	...
• Rohstoffe	Mill. DM	17	20	16	20	21	14	17	...
• Halbwaren	Mill. DM	98	134	142	133	156	122	127	...
• Fertigwaren	Mill. DM	1 588	1 902	1 710	1 946	1 874	1 779	2 044	...
• Vorerzeugnisse	Mill. DM	536	596	574	640	666	548	590	...
• Enderzeugnisse	Mill. DM	1 052	1 306	1 136	1 306	1 209	1 231	1 454	...
Nach ausgewählten Verbrauchsländern									...
• EG-Länder	Mill. DM	837	904	971	983	945	842	968	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	136	153	168	167	175	141	162	...
Dänemark	Mill. DM	30	32	34	34	35	27	31	...
Frankreich	Mill. DM	250	264	270	287	267	273	305	...
Griechenland	Mill. DM	19	23	17	23	29	13	20	...
Großbritannien	Mill. DM	115	131	137	133	118	113	147	...
Irland	Mill. DM	7	7	6	9	7	7	7	...
Italien	Mill. DM	154	157	194	182	166	154	162	...
Niederlande	Mill. DM	126	137	143	150	148	113	133	...
Österreich	Mill. DM	86	90	87	92	88	78	83	...
Schweiz	Mill. DM	85	91	100	97	89	86	91	...
USA und Kanada	Mill. DM	80	103	87	111	119	88	96	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	395	630	417	565	535	597	701	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	101	91	92	105	129	79	67	...
Einfuhr (Generalhandel)									
Einfuhr insgesamt	Mill. DM	1 412	1 510	1 571	1 667	1 512	1 395	1 414	...
Nach Warengruppen									...
• Ernährungswirtschaft	Mill. DM	168	188	209	201	188	187	198	...
• Gewerbliche Wirtschaft	Mill. DM	1 244	1 322	1 362	1 466	1 324	1 208	1 216	...
Aus ausgewählten Ländern									...
EG-Länder	Mill. DM	712	757	717	865	756	677	777	...
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	179	181	166	188	202	162	176	...
Dänemark	Mill. DM	12	12	13	14	14	10	16	...
Frankreich	Mill. DM	199	198	204	240	194	190	208	...
Griechenland	Mill. DM	7	7	6	7	8	3	6	...
Großbritannien	Mill. DM	54	43	40	45	48	36	43	...
Irland	Mill. DM	6	4	5	5	3	3	3	...
Italien	Mill. DM	108	131	116	153	132	112	139	...
Niederlande	Mill. DM	147	181	166	212	154	160	186	...
Österreich	Mill. DM	48	45	47	51	56	32	46	...
Schweiz	Mill. DM	23	26	22	26	38	21	28	...
USA und Kanada	Mill. DM	100	111	104	108	117	102	98	...
Entwicklungsländer	Mill. DM	393	368	536	389	381	336	244	...
Staatshandelsländer	Mill. DM	44	88	29	116	47	113	98	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982		
		Monatsdurchschnitt	Februar	März	April	Januar	Februar	März	April
Einzelhandel									
Beschäftigte	1970 = 100	108
* Umsatz in jeweiligen Preisen	1970 = 100	220
Waren verschiedener Art	1970 = 100	241
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	220
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	195
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	224
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	204
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	198
Umsatz in Preisen von 1970	1970 = 100	139
Waren verschiedener Art	1970 = 100
Nahrungs- und Genussmittel	1970 = 100	148
Textilwaren und Schuhe	1970 = 100	115
Metallwaren, Hausrat, Wohnbedarf	1970 = 100	138
Elektrotechnische, feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	1970 = 100	139
Fahrzeuge, Maschinen, Büro-einrichtungen	1970 = 100	127
Gastgewerbe									
Beschäftigte	1970 = 100	97
Teilbeschäftigte	1970 = 100	136
* Umsatz	1970 = 100	153
Beherbergungsgewerbe	1970 = 100	172
Gaststättengewerbe	1970 = 100	140
Fremdenverkehr in 288 Berichtsgemeinden									
* Fremdenmeldungen	1 000	420	417	192	257	423	176	190	...
* Ausländer	1 000	76	73	24	28	72	22	25	...
* Fremdenübernachtungen	1 000	1 566	1 548	657	923	1 478	669	676	...
* Ausländer	1 000	242	222	57	74	184	55	68	...
Verkehr									
Binnenschifffahrt									
* Güterempfang	1 000 t	1 613	1 505	1 279	1 499	1 514	1 094	1 360	1 503
* Güterversand	1 000 t	1 502	1 376	1 247	1 404	1 645	622	1 101	1 586
Straßenverkehr									
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	13 420	13 417	13 942	20 303	18 137	9 970	12 819	20 812
Krafträder und Motorroller	Anzahl	740	1 342	913	2 408	2 914	426	1 309	2 995
* Personen- und Kombinationskraftwagen	Anzahl	11 516	11 125	12 018	16 553	13 951	8 965	10 816	16 511
* Lastkraftwagen	Anzahl	689	545	552	754	728	333	367	561
Zugmaschinen	Anzahl	367	307	376	446	409	173	257	582
* Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	9 237	9 259	7 725	8 264	8 774	10 457	7 424	8 599
* Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	1 931	1 819	1 291	1 609	1 871	1 112	1 307	1 617
Unfälle mit nur Sachschäden	Anzahl	7 306	7 440	6 434	6 655	6 903	9 345	6 117	6 982
Verunglückte Personen	Anzahl	2 676	2 478	1 755	2 158	2 552	1 558	1 770	2 169
* Getötete	Anzahl	70	62	57	67	52	33	35	51
Pkw-Insassen	Anzahl	34	32	40	42	25	17	22	...
Fußgänger	Anzahl	15	11	10	18	5	10	9	...
* Verletzte	Anzahl	2 606	2 416	1 698	2 091	2 500	1 525	1 735	2 118
Pkw-Insassen	Anzahl	1 477	1 357	1 131	1 174	1 322	1 090	1 176	...
Fußgänger	Anzahl	259	236	237	250	259	181	210	...
Schwerverletzte	Anzahl	835	761	540	639	766	431	510	643
Pkw-Insassen	Anzahl	417	385	327	321	362	283	327	...
Fußgänger	Anzahl	118	104	111	109	118	82	93	...

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982					
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	April		
Geld und Kredit												
Kredite und Einlagen 1) (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)												
* Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. DM	58 422	63 997	59 221	60 192	60 331	64 105	64 180	64 501	64 608		
* darunter: Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. DM	57 122	62 594	57 934	58 912	59 043	62 645	62 727	63 096	63 173		
an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	46 964	51 189	47 495	48 163	48 187	51 013	51 199	51 576	51 586		
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	10 157	11 405	10 439	10 749	10 856	11 632	11 529	11 520	11 586		
* Kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	12 527	14 184	12 630	13 015	12 840	14 135	14 193	14 401	14 146		
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	12 163	13 334	12 271	12 609	12 462	13 255	13 358	13 530	13 387		
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	364	850	359	406	379	880	834	871	759		
* Mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 955	8 123	7 057	7 362	7 444	8 127	8 097	8 169	8 248		
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	5 918	6 481	5 945	6 009	6 013	6 380	6 386	6 548	6 598		
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 037	1 642	1 112	1 353	1 431	1 747	1 712	1 621	1 650		
* Langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	37 640	40 286	38 247	38 535	38 759	40 383	40 438	40 526	40 779		
an Unternehmen u. Privatpersonen	Mill. DM	28 883	31 374	29 279	29 545	29 712	31 378	31 455	31 498	31 602		
an öffentliche Haushalte	Mill. DM	8 756	8 912	8 968	8 990	9 047	9 006	8 983	9 028	9 177		
* Einlagen von Nichtbanken	Mill. DM	48 947	52 450	49 562	48 402	48 883	52 366	52 818	52 669	52 972		
* Sichteinlagen	Mill. DM	7 299	7 200	7 199	6 495	6 959	6 935	7 142	6 933	6 986		
* von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	6 793	6 755	6 689	6 125	6 448	6 448	6 476	6 559	6 313		
* von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	506	445	509	370	511	486	666	374	673		
Termingelder	Mill. DM	15 091	18 840	16 022	16 344	16 547	19 008	19 100	19 152	19 381		
von Unternehmen u. Privatpers.	Mill. DM	13 717	17 382	14 537	14 917	15 256	17 621	17 709	17 709	18 006		
von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	1 374	1 458	1 484	1 427	1 291	1 386	1 392	1 443	1 375		
* Spareinlagen	Mill. DM	26 556	26 410	26 153	25 563	25 377	26 424	26 575	26 584	26 606		
* bei Sparkassen	Mill. DM	15 290	15 269	15 023	14 797	14 589	15 397	15 533	15 590	15 606		
* Gutschriften auf Sparkonten 2)	Mill. DM	1 286	1 450	1 214	1 320	1 277	2 069	1 448	1 542	1 500		
* Lastschriften auf Sparkonten	Mill. DM	1 266	1 476	1 344	1 773	1 625	2 060	1 296	1 533	1 488		
Zahlungsschwierigkeiten												
* Konkurse 3)	Anzahl	37	51	44	49	53	57	60	66	78		
Angemeldete Forderungen	1 000 DM	13 883	25 505	30 280	20 395	18 464	26 123	49 829	19 106	25 241		
* Vergleichsverfahren	Anzahl	.	.	.	2	—	—	—	—	—		
* Wechselproteste (ohne Post)	Anzahl	919	1 043	816	971	1 285	964	869	1 091	1 290		
* Wechselsumme	1 000 DM	9 171	8 170	5 993	6 660	7 109	6 082	5 527	7 273	8 191		
Steuern												
Steueraufkommen nach Steuerarten												
* Gemeinschaftsteuern	1 000 DM	1 119 293	1 104 967	1 163 696	1 189 403	644 253	952 084	1 182 224	1 246 799	728 495		
* Steuern vom Einkommen	1 000 DM	773 282	759 347	759 225	911 739	341 705	503 173	833 350	949 324	385 554		
* Lohnsteuer 4)	1 000 DM	515 079	524 985	714 625	320 313	323 756	455 462	756 582	342 500	373 580		
Einnahmen aus der Lohnsteuer-zerlegung	1 000 DM	108 527	102 977	350 662	—	—	—	363 206	—	—		
Veranlagte Einkommensteuer	1 000 DM	154 712	135 811	— 2 626	407 984	— 5 980	23 187	— 1 742	403 458	— 24 998		
Nichtveranlagte Steuern v. Ertrag	1 000 DM	16 351	17 011	5 252	3 229	8 260	20 041	5 799	4 944	10 384		
Körperschaftsteuer 4)	1 000 DM	87 141	81 540	41 974	180 213	15 669	4 483	72 711	198 422	26 588		
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer-zerlegung	1 000 DM	13 731	12 011	33 478	—	—	—	53 457	—	—		
Steuern vom Umsatz	1 000 DM	346 011	345 619	404 471	277 664	302 548	448 911	348 874	297 475	342 941		
Umsatzsteuer	1 000 DM	228 992	213 926	286 615	121 254	183 028	330 627	227 568	125 735	201 920		
Einfuhrumsatzsteuer	1 000 DM	117 019	131 693	117 856	156 410	119 520	118 284	121 306	171 740	141 021		
Bundessteuern	1 000 DM	154 241	161 613	173 108	162 358	149 049	73 755	195 770	170 825	160 514		
Zölle	1 000 DM	9 232	10 338	9 302	14 081	9 640	9 662	9 236	16 173	9 671		
Verbrauchsteuem (ohne Biersteuer)	1 000 DM	133 812	149 008	161 172	146 532	137 419	62 363	181 415	152 486	148 182		
Landessteuern	1 000 DM	67 563	70 238	80 047	57 483	54 900	45 588	86 980	80 312	57 808		
Vermögensteuer	1 000 DM	14 826	16 540	36 793	5 345	2 837	1 463	45 162	5 968	2 653		
Kraftfahrzeugsteuer	1 000 DM	34 028	33 972	22 049	30 103	32 979	29 317	24 903	39 440	38 200		
Biersteuer	1 000 DM	6 387	6 537	5 352	5 271	5 897	6 912	1 951	8 416	6 211		
Gemeindesteuern 5)	1 000 DM	491 895	456 688	.	424 521		
Grundsteuer A	1 000 DM	8 046	7 858	.	6 859		
Grundsteuer B	1 000 DM	71 639	73 216	.	57 143		
Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (brutto)	1 000 DM	367 982	336 120	.	322 314		
Lohnsummensteuer 6)	1 000 DM	5 573	208	.	262		
Grunderwerbsteuer	1 000 DM	27 940	28 627	.	28 616		

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute ohne Landeszentralbank, die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31.12.1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie die Postscheck- und Postsprakssenämter; ohne durchlaufende Kredite. - 2) Einschl. Zinsgutschriften. - 3) Eröffnete und mangellos Messe abgeleitete Konkurse. - 4) Nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung. - 5) Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen. - 6) Ab 1980 nur noch Reste aus der bis 1979 erhobenen Lohnsummensteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981			1982			
		Monatsdurchschnitt		Februar	März	April	Januar	Februar	März	
Steuerverteilung auf die Gebietskörperschaften										
• Steuereinnahmen des Bundes	1 000 DM	728 650	737 589	824 302	728 330	527 553	529 117	811 818	743 842	538 893
• Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	335 700	329 329	325 075	401 204	146 442	215 487	359 948	416 039	163 198
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	233 563	233 299	325 068	164 737	194 898	243 508	254 046	156 893	180 068
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	1 051	31	37 164	- 3 633	2 054	85	35 113
• Steuereinnahmen des Landes	1 000 DM	565 662	565 912	567 601	567 115	378 444	458 823	595 935	629 326	413 499
• Anteil an den Steuern v. Einkommen	1 000 DM	334 313	327 808	323 900	399 729	145 325	214 103	357 917	417 399	165 011
• Anteil an den Steuern vom Umsatz	1 000 DM	149 640	154 518	162 603	109 872	141 055	202 765	148 984	131 530	155 567
• Anteil an der Gewerbesteuerumlage	1 000 DM	14 145	13 347	1 051	31	37 164	- 3 633	2 054	85	35 113
• Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	1 000 DM	705 455	674 522	.	631 160
• Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) 1)	1 000 DM	281 635	256 714	.	246 532
• Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	1 000 DM	299 907	297 241	.	282 422
Preise										.
• Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte im Bundesgebiet	1976 = 100	117,0	123,9	121,2	122,0	122,8	127,9	128,2	128,4	129,0
• Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	116,2	116,9	118,4	121,7	122,6	123,2	124,5
• Preisindex für Wohngebäude im Bundesgebiet, Bauleistungen am Gebäude	1976 = 100	134,1	142,0	138,4
Löhne und Gehälter										.
Arbeiter										.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau										.
Bruttowochenverdienste	DM	545	575	.	.	564	581	.	.	.
• Männliche Arbeiter	DM	582	611	.	.	601	619	.	.	.
• Facharbeiter	DM	617	648	.	.	636	656	.	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	555	579	.	.	573	584	.	.	.
Hilfsarbeiter	DM	475	497	.	.	490	496	.	.	.
• Weibliche Arbeiter	DM	388	412	.	.	403	421	.	.	.
• Hilfsarbeiter	DM	373	397	.	.	389	403	.	.	.
Bruttostundenverdienste	DM	13,08	13,86	.	.	13,68	14,26	.	.	.
• Männliche Arbeiter	DM	13,80	14,59	.	.	14,42	15,05	.	.	.
• Facharbeiter	DM	14,54	15,39	.	.	15,17	15,87	.	.	.
Angelernte Arbeiter	DM	13,22	13,88	.	.	13,78	14,27	.	.	.
Hilfsarbeiter	DM	11,37	12,05	.	.	11,94	12,29	.	.	.
• Weibliche Arbeiter	DM	9,84	10,46	.	.	10,28	10,77	.	.	.
• Hilfsarbeiter	DM	9,50	10,06	.	.	9,90	10,32	.	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	41,7	41,3	.	.	41,3	40,7	.	.	.
Männliche Arbeiter	Std.	42,2	41,8	.	.	41,7	41,1	.	.	.
Weibliche Arbeiter	Std.	39,5	39,4	.	.	39,2	39,1	.	.	.
Angestellte										.
Bruttonatverdienste										.
in Industrie und Handel zusammen	DM	2 819	2 983	.	.	2 940	3 059	.	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 521	2 657	.	.	2 629	2 726	.	.	.
männlich	DM	3 085	3 232	.	.	3 202	3 313	.	.	.
weiblich	DM	1 987	2 112	.	.	2 081	2 172	.	.	.
Technische Angestellte	DM	3 515	3 709	.	.	3 628	3 791	.	.	.
männlich	DM	3 598	3 795	.	.	3 709	3 879	.	.	.
weiblich	DM	2 409	2 579	.	.	2 542	2 629	.	.	.
in Industrie, Hoch- und Tiefbau	DM	3 268	3 454	.	.	3 384	3 524	.	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 951	3 119	.	.	3 070	3 191	.	.	.
männlich	DM	3 490	3 690	.	.	3 639	3 785	.	.	.
weiblich	DM	2 313	2 438	.	.	2 389	2 485	.	.	.
Technische Angestellte	DM	3 572	3 767	.	.	3 677	3 833	.	.	.
männlich	DM	3 646	3 846	.	.	3 754	3 912	.	.	.
weiblich	DM	2 510	2 670	.	.	2 602	2 729	.	.	.
im Handel, bei Kreditinstituten und Versicherungen	DM	2 264	2 373	.	.	2 354	2 439	.	.	.
Kaufmännische Angestellte	DM	2 249	2 357	.	.	2 337	2 417	.	.	.
männlich	DM	2 778	2 871	.	.	2 852	2 932	.	.	.
weiblich	DM	1 816	1 935	.	.	1 912	1 999	.	.	.

1) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981				1982		
		Monatsdurchschnitt		Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung am Monatsende	1 000	61 566	61 682	61 659	61 658	61 654	61 713
Eheschließungen 1)	Anzahl	30 201	29 900 ^p	15 507 ^p	18 977 ^p	24 988 ^p	28 240 ^p	14 573 ^p
Lebendgeborene 2)	Anzahl	51 721	51 728 ^p	48 071 ^p	48 879 ^p	51 885 ^p	51 185 ^p	49 560 ^p
Gestorbene 3) (ohne Totgeborene)	Anzahl	59 510	59 931 ^p	60 299 ^p	58 037 ^p	65 664 ^p	65 214 ^p	62 112 ^p
Überschuß der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-+)	Anzahl	- 7 788	- 8 203 ^p	- 12 228 ^p	- 9 158 ^p	- 13 779 ^p	- 14 029 ^p	- 12 552 ^p
Arbeitslose	1 000	889	1 272	1 309	1 300	1 210	1 704	1 950	1 935	1 811
Männer	1 000	426	652	729	724	643	955	1 153	1 144	1 040
Offene Stellen	1 000	308	208	228	239	247	118	122	132	134
Männer	1 000	198	127	139	145	151	70	71	77	79
Kurzarbeiter	1 000	137	347	402	374	405	506	539	587	551
Männer	1 000	98	239	299	267	285	368	408	456	426
Landwirtschaft										
Schweinebestand	1 000	22 553	23 310	22 310
Schlachtmenge 4)	1 000 t	373	366	377	341	382	355
Produzierendes Gewerbe 5)										
Index der Nettoproduktion für das Produzierende Gewerbe (von Kalender- unregelmäßigkeiten bereinigt)										
Produzierendes Gewerbe insgesamt	1970 = 100	123	121	109	122	122	117	111	119	122
ohne Baugewerbe	1970 = 100	125	124	116	128	126	124	119	127	127
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe	1970 = 100	122	121	110	123	123	119	114	122	124
Grundstoff- und Produktionsgüter- gewerbe	1970 = 100	122	119	108	123	125	104	110	118	123
Investitionsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	124	123	108	126	124	131	115	129	129
Verbrauchsgüter Produzierendes Gewerbe	1970 = 100	120	114	110	119	118	107	109	112	115
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	1970 = 100	130	134	127	132	130	132	131	132	128
Baugewerbe	1970 = 100	107	98	59	73	88	64	51	61	82
Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe										
Beschäftigte	1 000	7 660	7 489	7 555	7 536	7 530	7 381	7 317	7 297	7 294
Gehaltete Arbeiterstunden	Mill.	762	726	721	733	772	680	683	692	777
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	99 639	104 661	93 574	98 607	108 473	110 897	95 494	101 911	118 745
Auslandsumsatz	Mill. DM	24 198	27 262	22 266	24 618	27 723	31 183	25 014	28 111	33 197
Öffentliche Energieversorgung										
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	24 862	25 145	29 691	27 313	27 437	29 685	29 942	26 450	28 370
Gaserzeugung	Mill. cbm	3 569	3 380	3 985	3 643	3 911	4 497	3 844	2 955	...
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe										
Beschäftigte	1 000	1 263	1 226	1 193	1 174	1 233	1 172	1 094	1 071	1 110 ^p
Geleistete Arbeitsstunden	Mill.	145	134	74	91	141	82	56	85	133 ^p
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	9 374	9 244	5 654	5 503	7 320	12 188	5 120	4 730	...
Baugenehmigungen										
Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	16 378	13 607	11 460	11 606	16 493	9 444	8 550	9 118	12 053
mit 1 und 2 Wohnungen	Anzahl	15 191	12 324	10 411	10 668	15 207	8 096	7 243	7 945	10 648
Wohnfläche	1 000 qm	2 926	2 588	2 163	2 145	3 025	2 022	1 903	1 907	2 452
Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	3 239	2 844	2 410	2 227	2 902	2 264	2 017	1 973	2 554
Wohnungen insgesamt (alle Bau- maßnahmen)	Anzahl	31 718	29 669	24 566	24 113	33 345	24 615	24 286	23 078	29 677
Handel										
Ausfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	29 200	33 083	27 952	30 155	33 747	35 949	31 403	34 454	41 756
EG-Länder	Mill. DM	14 019	15 507	13 042	14 737	16 666	15 807	15 058	17 038	20 360
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 290	2 410	2 109	2 300	2 603	2 367	2 393	2 625	3 189
Dänemark	Mill. DM	556	627	492	579	638	628	607	656	833
Frankreich	Mill. DM	3 885	4 327	3 653	4 073	4 687	4 521	4 523	5 239	5 822
Griechenland	Mill. DM	315	388	270	356	449	414	323	380	480
Großbritannien	Mill. DM	1 910	2 181	1 551	1 685	2 214	2 434	2 080	2 379	3 021
Irland	Mill. DM	111	140	102	134	165	134	130	158	192
Italien	Mill. DM	2 495	2 609	2 417	2 671	2 876	2 533	2 511	2 707	3 255
Niederlande	Mill. DM	2 773	2 824	2 447	2 740	3 034	2 776	2 491	2 895	3 567
Österreich	Mill. DM	1 605	1 668	1 319	1 545	1 742	1 612	1 416	1 617	1 994
Schweiz	Mill. DM	1 667	1 727	1 504	1 745	1 806	1 758	1 523	1 773	2 097
USA und Kanada	Mill. DM	1 971	2 393	1 871	1 910	2 208	2 841	2 271	2 394	2 869
Entwicklungsänder	Mill. DM	4 315	5 883	4 628	4 794	5 280	6 862	5 776	5 843	7 157
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 617	1 629	1 488	1 536	1 754	2 034	1 371	1 361	1 997

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien und Geflügel; ohne Schweineausschlachtungen. - 5) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; öffentliche Gas- und Elektrizitätswerke.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1980		1981				1982		
		Monatsdurchschnitt	Januar	Februar	März	Dezember	Januar	Februar	März	
Einfuhr (Spezialhandel)	Mill. DM	28 438	30 760	28 191	29 285	33 920	30 808	30 289	30 830	35 360
EG-Länder	Mill. DM	13 117	14 545	13 416	13 695	16 107	15 118	14 076	14 841	17 588
Belgien / Luxemburg	Mill. DM	2 039	2 056	1 796	1 884	2 310	2 028	1 813	2 011	2 408
Dänemark	Mill. DM	478	494	399	479	497	500	441	468	594
Frankreich	Mill. DM	3 049	3 344	3 050	3 152	4 150	3 257	3 484	3 389	4 520
Griechenland	Mill. DM	230	246	210	214	268	228	187	252	268
Großbritannien	Mill. DM	1 906	2 287	2 278	2 102	2 213	2 943	2 029	2 208	2 417
Irland	Mill. DM	127	144	129	142	141	161	117	142	166
Italien	Mill. DM	2 257	2 297	1 992	2 180	2 499	2 093	2 112	2 394	2 820
Niederlande	Mill. DM	3 261	3 678	3 562	3 541	4 029	3 908	3 893	3 976	4 396
Österreich	Mill. DM	819	859	668	775	982	835	739	901	1 060
Schweiz	Mill. DM	1 012	1 051	877	942	1 142	1 086	948	1 072	1 310
USA und Kanada	Mill. DM	2 443	2 640	2 320	2 506	2 965	2 742	2 359	2 523	3 109
Entwicklungsänder	Mill. DM	5 794	5 977	5 682	6 332	6 633	5 122	6 159	5 605	5 417
Staatshandelsländer	Mill. DM	1 449	1 608	1 573	1 186	1 473	1 863	1 709	1 692	2 098
Einzelhandel										
Umsatz	1970 = 100	202,3	207,7 ^P	183,9 ^P	184,1 ^P	205,7 ^P	278,1 ^P	181,3 ^P	183,0 ^P	218,9 ^P
Gastgewerbe										
Umsatz	1970 = 100	169,8	162,9 ^P	162,9 ^P	162,9 ^P	162,9 ^P
Geld und Kredit										
(Stand am Jahres- bzw. Monatsende)										
Kredite an inländische Nichtbanken ¹⁾	Mrd. DM	1 428	1 555	1 424	1 439	1 446	1 555	1 554	1 556	1 563 ^P
Unternehmen und Privatpersonen	Mrd. DM	1 098	1 176	1 094	1 106	1 113	1 176	1 170	1 171	1 175 ^P
Öffentliche Haushalte	Mrd. DM	330	379	331	333	333	379	384	385	388 ^P
Einlagen von Nichtbanken ²⁾	Mrd. DM	1 011	1 059	993	997	990	1 059	1 045	1 049	1 044 ^P
Spareinlagen	Mrd. DM	486	483	484	480	472	483	481	482	482 ^P
Steuern										
Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	22 814	23 193	21 077	18 087	27 638	40 257	21 135	18 565	27 169 ^P
Steuern vom Einkommen	Mill. DM	14 488	14 523	11 982	8 655	20 204	29 977	12 120	8 906	20 207 ^P
Lohnsteuer	Mill. DM	9 297	9 713	9 956	8 096	7 481	16 122	10 565	8 439	8 077 ^P
Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	3 066	2 744	967	188	8 091	8 375	580	35	7 480 ^P
Steuern vom Umsatz	Mill. DM	7 787	8 149	9 171	9 304	7 417	8 765	9 061	9 548	6 945 ^P
Umsatzsteuer	Mill. DM	4 404	4 525	5 953	5 742	3 723	4 972	5 613	5 952	3 161 ^P
Bundessteuern	Mill. DM	3 838	4 006	1 167	3 624	3 981	7 584	880	3 798	4 259 ^P
Zölle	Mill. DM	384	412	294	412	449	426	333	397	439 ^P
Verbrauchsteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	3 243	3 366	685	2 737	3 284	6 973	346	2 913	3 529 ^P
Preise										
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel ³⁾	1976 = 100	112,7	121,9	117,6	118,6	119,6	124,8	125,9	126,3 ^P	125,8 ^P
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte ³⁾	1976 = 100	99,3	104,6	102,0	102,1	103,0	111,4	111,0	109,5 ^P	109,2 ^P
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ³⁾	1976 = 100	117,1	126,2	121,2	122,2	123,3	129,8	131,5	131,6	131,6
Preisindex für Wohngebäude										
Bauleistungen insgesamt	1976 = 100	133,7	141,3	..	137,9	144,6	..
Bauleistungen am Bauwerk ⁴⁾	1976 = 100	134,1	142,0	..	138,4	144,7	..
Preisindex für den Straßenbau	1976 = 100	136,2	139,8	..	138,4
Preisindex der Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1976 = 100	117,0	123,9	120,3	121,2	122,0	126,8	127,9	128,2	128,4
Nahrungs- und Genußmittel	1976 = 100	112,7	118,2	115,3	116,2	116,9	120,3	121,7	122,6	123,2
Kleidung und Schuhe	1976 = 100	120,8	126,8	124,0	124,7	125,3	129,7	130,0	130,9	131,4
Wohnungsmiete	1976 = 100	115,4	120,4	117,7	118,1	118,7	123,0	123,6	124,1	124,7
Elektrizität, Gas und Brennstoffe	1976 = 100	137,6	157,8	148,2	151,0	154,9	166,4	172,2	168,4	164,5
Übriges für die Haushaltserhaltung	1976 = 100	116,7	123,7	121,2	121,8	122,6	126,7	127,9	128,9	129,2
Waren und Dienstleistungen für Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1976 = 100	116,8	125,2	119,6	120,5	121,5	127,8	128,1	127,8	127,2
Körper- und Gesundheitspflege	1976 = 100	119,1	126,0	122,7	123,7	124,4	128,5	129,3	130,2	130,6
Bildung und Unterhaltung	1976 = 100	108,9	113,0	110,6	111,3	111,8	115,4	116,3	116,9	117,2
Persönliche Ausstattung, Sonstiges	1976 = 100	123,2	131,3	127,6	128,5	128,7	134,6	134,7	135,0	135,6

1) Kredite der Deutschen Bundesbank und der Kreditinstitute. - 2) Einlagen bei der Deutschen Bundesbank und den Kreditinstituten. - 3) Nettopreisindizes (ohne Umsatzsteuer). - 4) Ohne Beunebenleistungen.

Bautätigkeit im ersten Vierteljahr 1982 weiterhin abgeschwächt

Das durch die Baubehörden genehmigte Bauvolumen im Hochbau lag im ersten Vierteljahr 1982 mit 4,6 Mill. m³ umbauten Raumes um rund 12% unter dem entsprechenden Vorjahresergebnis. Besonders ausgeprägt war der Rückgang mit 22% im Wohnbau, während der Nichtwohnbau ein Plus von 7,8% verzeichneten konnte.

Die Zahl der zum Bau genehmigten Wohnungen nahm im Berichtszeitraum um 4,9% auf 5 900 ab. Gleichzeitig verringerte sich die durchschnittliche Wohnungsfläche von 100 auf 85 m². el

52 000 Wohngeldempfänger im März 1982

Im ersten Vierteljahr 1982 wurden 26,5 Mill. DM Wohngeld ausgezahlt. Das sind 8 Mill. DM oder 44% mehr als im Vorjahresquartal. Die Zahl der Wohngeldempfänger erhöhte sich im März um 22% auf 52 045 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahrs. Die durchschnittliche monatliche Wohngeldauszahlung lag bei 104 DM (März 1981: 93 DM). Von den Beziehern wohnten 46% im Regierungsbezirk Koblenz (Bevölkerungsanteil 37%), 12% im Regierungsbezirk Trier (Bevölkerungsanteil 13%) und 42% in Rheinhessen-Pfalz (Bevölkerungsanteil 50%). el

Anbau von Sommergetreide ausgeweitet

Extreme Witterungsverhältnisse im vergangenen Herbst sowie eine überdurchschnittlich hohe Auswinterung führten in Rheinland-Pfalz zu einer Ausweitung des Sommergetreideanbaus. Im Vergleich zum Frühjahr 1981 wurden diesmal etwa 6% mehr Sommergerste, 11% mehr Hafer und 2% mehr Sommermengengetreide ausgesät. Die Fläche für Winterweizen und Wintergerste ist dagegen um 5 bzw. 7% kleiner als 1981.

Bei den Hackfrüchten ergaben sich für Zuckerrüben (— 6%) sowie dem langjährigen Trend entsprechend auch bei Spätkartoffeln (— 3%) nennenswerte Anbaueinschränkungen. rö

Niedrigster Schweinebestand seit 1959

Im April waren in den Ställen der Züchter und Mäster in Rheinland-Pfalz 665 100 Schweine oder 5,9% weniger als im Vorjahr. Das ist der niedrigste Schweinebestand seit Frühjahr 1959. Auch die Zahl der trächtigen Zuchtsauen lag unter dem Vorjahresbestand. Insofern kann kurzfristig nicht mit einem Anstieg des Schweinefleischaufkommens aus heimischer Erzeugung gerechnet werden.

Die Zahl der schweinehaltenden Betriebe verzeichnete einen Rückgang um 9,2%. rö

Jedes fünfte Kraftfahrzeug wies beim TÜV Mängel auf

Im Jahre 1981 wurden von den rheinland-pfälzischen Prüfstellen des Technischen Überwachungsvereins (TÜV) 855 031 Kraftfahrzeuge auf Verkehrssicherheit und vorschriftsmäßigen Zustand überprüft. Das waren 5,7% mehr als ein Jahr zuvor. Bei diesen Untersuchungen wurden 46% der Fahrzeuge nicht beanstandet (1979: 41%). 32% wiesen leichte Mängel und 22%, gegenüber 28% vor zwei Jahren, erhebliche Mängel auf. 1 515 Fahrzeuge mußten aus dem Verkehr gezogen werden.

Mehr als drei Viertel der im Jahre 1981 überprüften Fahrzeuge waren Personenkraftwagen, von denen 55% beanstandet wurden. Bei 1 358 Personenkraftwagen war aufgrund des Prüfungsbefundes des TÜV eine sichere Führung im Straßenverkehr nicht mehr gewährleistet. Von insgesamt 58 104 geprüften Lastkraftwagen hatten 37% keine Mängel, von den Zugmaschinen 60%. gz

Segelfliegen immer beliebter

Im Jahre 1981 starteten auf den 48 rheinland-pfälzischen Verkehrslandeplätzen und Segelfluggeländen insgesamt 184 054 Luftfahrzeuge. Insbesondere durch den erheblichen Rückgang der Motorflüge (— 7,8%) ergab sich für alle Starts eine Einbuße von 2% gegenüber dem Jahre 1980. Indessen stieg die Zahl der Segelflüge um 11% auf fast 57 500 an. Die Starts der Motorsegler hielten sich knapp auf dem Niveau des Vorjahres (— 1%).

Bedeutender Flugplatz bleibt weiterhin Worms mit 19 675 Starts im Jahre 1981, gefolgt von Koblenz-Winningen, Langenlonsheim, Trier-Föhren und Speyer mit jeweils mehr als 10 000 Starts. Für Motorsegler und Segelflüge waren Ludwigshafen-Dannstadt, Langenlonsheim und Oppenheim die beliebtesten Startplätze.

Ende 1981 hatten 417 Motorflugzeuge, 20 Drehflügler, 68 Motorsegler und 370 Segelflugzeuge ihren Standort auf rheinland-pfälzischen Landeplätzen. pf

Heizöl und Treibstoffe im Mai wieder teurer

Die Verbraucherpreise für Heizöl, die im Vormonat um knapp 3% angestiegen waren, zogen im Mai erneut an. So kosteten in Rheinland-Pfalz 100 Liter Heizöl im Durchschnitt 75,76 DM. Das sind 4,8% mehr als im April und 13,6% mehr als im Jahr zuvor.

Die noch im April deutlich rückläufigen Treibstoffpreise erhöhten sich um bis zu 2,4%. Ein Liter Normalbenzin (Markenware, Selbstbedienung) kostete durchschnittlich 1,22 DM, ein Liter Superbenzin 1,28 DM. Der Preis für Dieselkraftstoff stieg auf 1,26 DM.

Ein Jahr zuvor war Normalbenzin um 10%, Superbenzin um 9,2% billiger. Dieselkraftstoff blieb im Preis nahezu unverändert. sn

kurz + aktuell

Verwaltungsgerichte erledigten 12 341 Verfahren

Bei den vier rheinland-pfälzischen Verwaltungsgerichten gingen im Jahre 1981 insgesamt 10 132, beim Oberverwaltungsgericht 2 169 Verfahren und Anträge neu zu. Die Zahl der Neuzugänge hat sich um 3% verringert. Zusammen mit den noch unerledigten 9 820 Verfahren standen damit 22 121 Streitsachen zur Bearbeitung an. Hier von konnten 12 341 oder 56% entschieden werden. 1980 waren es 51% gewesen.

Die erledigten Streitsachen betrafen hauptsächlich folgende Rechtsgebiete: Schul- und Hochschulrecht (25%), Asylrecht (17%), Abgaben- und Gemeindefinanzrecht (12%) sowie Bau-, Boden- und Naturschutzrecht (10%).

39% der erledigten Verfahren endeten durch Beschluß und 27% durch Urteil. Jede fünfte Streitsache wurde dadurch beendet, daß eine der Parteien den Antrag oder die Klage zurücknahm.

In drei von vier Verfahren erhielt die Behörde recht, in 1 621 Fällen (13%) der private Kläger. nö

Themen der letzten Hefte

Heft 7/Juli 1981

Zehn Jahre Krankenhausautomation
Studenten 1980/81
Haushalte und Familien 1980
Straßenverkehrsunfälle 1975 bis 1980
Baulandmarkt 1976 bis 1980

Heft 8/August 1981

Ausbildungsplätze 1981
Bevölkerung 1980
Ernteaussichten für 1981
Struktur der Weinbaubetriebe 1979
Arbeitnehmerverdienste in Industrie und Handel
1978 bis 1980
Fahrgastschiffahrt 1970 bis 1980

Heft 9/September 1981

Behinderte 1980
Wohngeldempfänger 1980
Regionale Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur 1978
Das vermögensteuerpflichtige Vermögen und seine Besteuerung

Heft 10/Oktober 1981

Medizinische Informatik - ein neues Tätigkeitsfeld der Statistik
Weiterbildung 1980
Entwicklung der Rebsorten 1964 - 1979
Ausbau der Kanalisierung 1963 - 1979
Technischer Wandel in der Bauproduktion

Heft 11/November 1981

Entwicklung und Tendenzen der amtlichen Statistik
Zu- und Fortzüge 1950 bis 1980
Wachstumsbranche Straßenfahrzeugbau
Kaufkraft der D-Mark im Ausland
Fächerwahl in der Mainzer Studienstufe 1975 bis 1980
Ausbildende 1980

Heft 12/Dezember 1981

Wirtschaftliche Entwicklung 1981
Neue Verfahren in der Schulstatistik
Personalkosten im produzierenden Gewerbe 1978
Wohnungsmarktsituation
Schaumweinindustrie

Heft 1/Januar 1982

Personalkosten und Personalnebenkosten im Handel,
bei Banken und Versicherungen 1978
Die Bundespost als Arbeitgeber
Kapazität der Campingplätze 1981
Regionale Entwicklung der Einzelhandelsunternehmen
Ernte von Feldfrüchten und Futterpflanzen 1981
Selbstmorde 1971 bis 1980

Heft 2/Februar 1982

Öffentliche Ausgaben für das Bildungswesen
Wandlungen im Bedarf an Arbeitskräften
Insolvenzen 1975 bis 1981
Die Bedeutung der Erbschaftsteuer im Steuersystem
Wein-, Obst- und Gemüsebau 1981

Heft 3/März 1982

Rationalisierung der Statistik und Entlastung der Bürger
Saisonale Entwicklung der Beschäftigten 1976 bis 1980
Kapazität der größeren Fremdenverkehrsbetriebe 1981
Neue Methoden zur Programmentwicklung und Wartung in
der Automatischen Datenverarbeitung

Heft 4/April 1982

Ausländer in Rheinland-Pfalz
Landwirtschaftliche Arbeitskräfte 1981
Energiepreise 1981
Straffälligkeit 1971 bis 1980
Auswirkungen der Körperschaftsteuerreform 1977

Heft 5/Mai 1982

Entwicklung des Sozialprodukts 1970 bis 1981
Außenhandel mit Argentinien
Wohnungsbau und Bauwirtschaft 1981
Industrie der Steine und Erden
Gastgewerbe 1979/80

Themen der folgenden Hefte

Baulandmarkt und Baupreise 1981
Die Arbeitsstätten des Einzelhandels
Beheizung von Neubauten
Die Verschuldung der öffentlichen Körperschaften
Entwicklung der Umsätze in der gewerblichen
Wirtschaft 1980
Strukturierte Programmierung

Zeichenerklärungen

- | | |
|--|------------------------|
| — = nichts vorhanden | Ø = Durchschnitt |
| 0 = Zahl ist vorhanden, aber kleiner als die
Hälfte der kleinsten in der betreffenden
Tabelle gewählten Stelleneinheit | p = vorläufige Angabe |
| . = kein Nachweis vorhanden/Angabe nicht
möglich | r = berichtigte Angabe |
| ... = Angabe fällt später an | s = geschätzte Angabe |
| () = Angabe, deren Aussagewert infolge geringer Feldbesetzung gemindert ist | |

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50 - 100“ verwendet. Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.